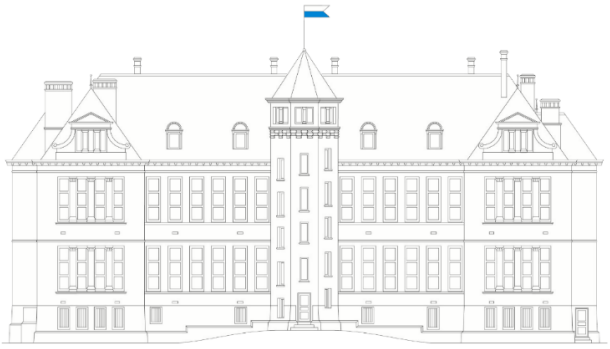
EUROPABERICHT



Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel

EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

die Verhandlungen der Europäischen Kommission mit der US-Regierung über die künftigen transatlantischen Handelsbeziehungen gehen mit Hochdruck weiter, haben aber zuletzt einen herben Dämpfer erhalten. Nachdem die Aussetzung der US-Zölle zunächst bis zum 1. August verlängert wurde, hat US-Präsident *Donald Trump* am 12. Juli – trotz laufender Verhandlungen – einen Basiszollsatz von 30 % für Waren aus der EU angekündigt, der ab August fällig werden soll. EU-Handelskommissar *Maros Šefčovič* warnte vor drastischen Auswirkungen auf den transatlantischen Handel und nannte den Zollsatz von 30 % ein „faktisches Handelsverbot". Die Kommission wird die verbleibende Zeit weiter nutzen, um eine Einigung mit den USA zu erzielen, aber gleichzeitig Gegenmaßnahmen vorbereiten. Derzeit wird eine von der Kommission vorgelegte Liste mit zusätzlichen Gegenzöllen auf US-Produkte im Umfang von 72 Mrd. Euro diskutiert.

Angesichts dieser Nachrichten ist es umso wichtiger, dass die EU intern ihre Hausaufgaben macht. Daher unterstütze ich die Schwerpunkte, die Dänemark, das am 1. Juli den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen hat, für die nächsten sechs Monate gewählt hat. Unter dem Motto „A Strong Europe in a Changing World" werden vor allem die Bereiche (1) Sicherheit und Verteidigung und (2) Wettbewerbsfähigkeit und grüne Transformation vorangetrieben. Den tatkräftigen und pragmatischen Dänen wünsche ich bei ihrer bereits achten Ratspräsidentschaft viel Erfolg und gutes Gelingen, insbesondere bei der Verhandlung der Omnibus-Pakete zum Bürokratieabbau und bei den geplanten Maßnahmen und Initiativen zur Förderung neuer Technologien und zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas.

Am 1. Juli – dem ersten Arbeitstag der dänischen Ratspräsidentschaft – kam auch der Bayerische Ministerrat zu einer Sitzung in die Bayerische Vertretung nach Brüssel. Es war das erste Mal seit 2018, dass das Kabinett

unter Leitung des Bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Markus Söder* in Brüssel tagte. Der Ministerrat bot Gelegenheit, um mit *Manfred Weber*, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und *Prof. Angelika Niebler*, der Vorsitzenden der CSU-Europagruppe, wichtige bayerische Anliegen wie den

Bürokratieabbau und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu besprechen. Mit der für technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie zuständigen Exekutiv-Vizepräsidentin *Henna Virkkunen* (Finnland) und dem Verteidigungs- und Raumfahrtkommissar *Andrius Kubilius* (Litauen) wurden konkrete EU-Projekte diskutiert, um Europa bei der Künstlichen Intelligenz, in der Raumfahrt und bei der Stärkung der Verteidigungsindustrie voranzubringen. Bayern als KI-Hochburg und Zentrum der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie kann hier einen starken Beitrag leisten. Den Abschluss der Kabinettssitzung bildete ein ausführlicher Gedankenaustausch mit Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*.

Während meine Kolleginnen und Kollegen nach dem ereignisreichen Tag zurück nach München reisten, habe ich meinen Aufenthalt in Brüssel noch etwas verlängert, um die für Bayern relevanten Themen weiter voranzubringen. Ein besonders wichtiges Anliegen ist mir dabei die Zukunft der EU-Agrarpolitik. Mit der Österreicherin *Elisabeth Werner*, seit kurzem Generaldirektorin der für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständigen Generaldirektion (AGRI), konnte ich die Anliegen und Sorgen der bayerischen Landwirtschaft diskutieren. Es war ein gutes erstes Gespräch und ich freue mich auf den weiteren Austausch.

Hervorheben möchte ich zudem das Gespräch mit der Präsidentin des Ausschusses der Regionen, *Katta Tüttő*. Wir haben uns über die Bedeutung der Regionen für die Europäische Union, die Notwendigkeit enger regionaler Zusammenarbeit und die wichtige Rolle des AdR ausgetauscht. Auch mit Blick auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 waren wir uns einig: Die Überlegungen der Kommission, für den MFR einen Plan pro Mitgliedstaat aufzustellen, der auf dem Modell der Aufbau- und Resilienzfazilität basiert, sind abzulehnen. Gleiches gilt für jede Form der Zentralisierung. Außerdem ist es wichtig, dass die Regionalförderung, die Gemeinsame Agrar-politik und die Forschungsförderung eigenständig bleiben. Ich freue mich, dass die AdR-Präsidentin unsere Forderungen teilt und unterstützt.

Die Arbeit ist damit aber noch nicht getan. Mit Blick auf die für den 16. Juli angekündigten Vorschläge der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen werde ich die bayerischen Anliegen und Positionen weiterhin mit Nachdruck einbringen.

Ich wünsche Ihnen nun eine angenehme und bereichernde Lektüre. Die nächste Ausgabe des Europaberichts folgt im September, nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause.

Ihr

Eric Beißwenger, MdL
Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales

EDITORIAL 2

POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIENPOLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN 13

RATSPRÄSIDENTSCHAFT 13

Europäischer Rat: Unterstützung der Ukraine, Lage im Nahen Osten, europäische Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit 13

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitung des Europäischen Rates, Länderempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters, Fortsetzung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs 14

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Russlands Aggression gegen die Ukraine, Prüfung des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Israel, EU-China-Beziehungen 14

EUROPÄISCHES PARLAMENT 15

Plenarwoche vom 07.07. - 10.07.2025: Misstrauensvotum, EU-Zollsystems, Aktualisierung des EU-Klimagesetzes, Handelsbeziehungen mit China, Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft 15

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN 16

AdR und Kommission unterzeichnen Klima-Aktionsplan 16

AdR befasst sich auf seiner 167. Plenartagung vor allem mit Agrar- und Klimapolitik sowie mit Wasserresilienz 16

INSTITUTIONELLES 17

Kommission kündigt eine neue Initiative BraveTech an 17

Kommission kündigt ein Maßnahmenpaket zur Militärischen Mobilität an 17

INTERNATIONALES 18

Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine 18

Verlängerung der militärischen Ausbildungsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik 18

Unterstützungsmaßnahmen für Kap Verde 18

Verlängerung der Beratungs- und Koordinierungszelle in der Sahelzone 19

Unterstützungsmaßnahme für den Senegal 19

1. Gipfeltreffen zwischen der EU und Moldau 19

23. Beitrittskonferenz zwischen der EU und Montenegro 20

Rat erneuert Mandate für zwei zivile GVSP-Missionen 20

Rat verlängert Mandat von EUBAM Libya um weitere zwei Jahre 20

20. Gipfeltreffen zwischen der EU und Kanada: Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und Ausbau der strategischen Partnerschaft 20

Programm für die Erholung und Resilienz Palästinas 21

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Australien 22

MEDIEN 22

Kommission führt Konsultation zu ersten Leitlinien nach dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz durch 22

Europaabgeordnete diskutieren die Umsetzung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes 22

Deutscher Medienstandort schneidet im Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 gut ab 23
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION 25
MIGRATION 25
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Regelungen zum Rückkehrausweis 25
Weltflüchtlingstag 2025: EU bekräftigt Solidarität mit Geflüchteten 25
Frontex eröffnet neues Ausbildungszentrum für europäische Grenzschutzbeamte in Warschau 25
Bürgerbeauftragte untersucht fehlende Folgenabschätzung der Europäischen Kommission 26
Urteil des EuGH in der Rechtssache C 610/23 Al Nasiria – Rechtsschutz gegen Ablehnung eines Asylantrags 26
CYBERSICHERHEIT 26
Schengener Informationssystem – Tausende von Cybersicherheitslücken im Jahr 2024 vom Europäischen Datenschutzbeauftragten festgestellt 26
SICHERHEIT 27
Fahrplan der Kommission zum Zugang zu Daten bei der Strafverfolgung 27
Europol veröffentlicht jährlichen Terrorismuslagebericht 27
Konsultation der Kommission zur Vorratsdatenspeicherung 28
Sondierung der Kommission zu Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität 28
Sondierung der Kommission zu Reform des Europol-Mandats 28
KATASTROPHENSCHUTZ & ZIVILSCHUTZ 29
EU-Strategie für die Vorratshaltung zur Stärkung der Krisenbereitschaft 29
WAHLEN 29
Rat stärkt Vorschriften über das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament 29
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR 31
VERKEHRSINFRASTRUKTUR 31
Kommission fördert 94 Verkehrsprojekte mit 2,8 Mrd. €, darunter das Zugleitsystem in Bayern 31
MILITÄRISCHE MOBILITÄT 31
Kommission erörtert Investitionsbedarf für militärische Mobilität in der EU 31
UKRAINE-EU 32
Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für Mai 2025 32
STRAßENVERKEHR 32
Kommission schlägt Verlängerung der Mautbefreiung für emissionsfreie Lkw bis 30.06.2031 vor 32
Kommission veröffentlicht Mitteilung zur Marktentwicklung emissionsfreier Lkw 32
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge 33

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung ... 33
SCHIENENVERKEHR ... 33
Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zum einheitlichen europäischen Eisenbahnraum ... 33
SCHIFFSVERKEHR ... 34
Europäisches Parlament und Rat einigen sich zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten (RIS) ... 34
Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Verringerung von CO_2-Emissionen in Häfen ... 35
Kommission leitet Sondierungen zur EU-Hafenstrategie und zum industriellen Seeverkehr ein ... 35
VERKEHRSPOLITIK ... 35
Kommission ruft zur Beteiligung an der Europäischen Mobilitätswoche 2025 auf ... 35
BAUEN UND WOHNEN ... 36
Kommission veröffentlicht Dokumente zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EPBD ... 36
Kommission zeichnet junge Architekten und Stadtplaner aus ... 36
Kommission ruft zur Teilnahme am Preis Barrierefreie Stadt 2026 auf ... 36
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für 1. Quartal 2025 ... 37
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für April 2025 ... 37
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ ... 38
EuGH: Schlussanträge des Generalanwalts zur Nutzung von „Samples“ ... 38
JURI: Billigung der neuen Vorschriften zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts ... 38
JURI: Billigung der neuen Vorschriften zur Verordnung im Erwachsenenschutz ... 39
IMCO: Billigung der neuen Vorschriften zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie ... 39
EuG: Urteil zum Begriff der „Unionsmarke“ ... 40
Europäisches Parlament und Rat: Trilogeinigung zur alternativen Streitbeilegung ... 41
Kommission: Veröffentlichung des dreizehnten EU-Justizbarometers ... 42
EuG: Urteile in den Rechtssachen Ferrari / EUIPO ... 42
JURI: Veröffentlichung des Initiativberichts zum 28. Gesellschaftsregimes ... 43
Informelles Treffen: Gespräche zwischen Vertretern der USA und der Innen- und Justizminister/-innen der EU ... 44
Kommission: Konsultationsphase zum 28. Gesellschaftsregime ... 44
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST ... 46
Stärkung der Forschungszusammenarbeit zwischen der EU und Kanada ... 46
Europäischer Innovationsrat fördert bayerische Unternehmen ... 46
Experten-Berichte zu Dual-Use mit Empfehlungen für künftiges EU-Forschungsrahmenprogramm ... 47
Politische Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025 - 2027 ... 48
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT ... 49

Euro-Gruppe am 19.06.2025: u. a. Erweiterung des Euro-Währungsgebiets und digitaler Euro 49
ECOFIN-Sitzung am 20.06.2025: u. a. Halbjahresbericht über Steuerfragen und EU-Haushalt 49
Euro-Gruppe am 07.07.2025: u. a. Erklärung zum haushaltspolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet und Wahl des Präsidenten der Euro-Gruppe 50
ECOFIN-Rat am 08.07.2025: u. a. Erweiterung des Euro-Raums und Finanzierung der Verteidigungsausgaben 50
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION 51
Europäische Fiskalausschuss: haushaltspolitischer Kurs für das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026 ... 51
Ausschuss für Wirtschaft und Währung am 23.06.2025: geldpolitischer Dialog mit *Christine Lagarde* ... 51
Kommission will in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 EU-Anleihen im Wert von 70 Mrd. € ausgeben . 52
Kandidaten für die Präsidentschaft der Euro-Gruppe stehen fest 52
EZB-Rat aktualisiert seine geldpolitische Strategie 52
HAUSHALT 53
Positionspapier zur Zukunft der Regionalpolitik im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens 53
Brief der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament an die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* 53
Haushalt 2026: Rat einigt sich auf seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans 54
STEUERN 54
Jahresbericht über die Besteuerung 2025 54
EuGH-Urteil: Steuererleichterungen in Spanien bei indirekten Beteiligungen an ausländischen Unternehmen 55
Zollreform: EU-Rat einigt sich auf Teilverhandlungsmandat 55
Kompromiss mit den USA bei globaler Mindeststeuer 55
Bruegel: Auswirkungen der G7-Einigung auf die globale Mindeststeuer 56
Öffentliche Konsultation zur Durchführungsverordnung der Kommission für Waren, die in die ausschließliche Wirtschaftszone der Mitgliedstaaten verbracht werden 56
Plenarsitzung des Europäisches Parlaments: Mehrwertsteuervorschriften für Fernverkäufe eingeführter Gegenstände und bei der Einfuhr 56
EuG-Urteil: Verbrauchsteuern 56
DIGITALES 57
Kommission stellt Fahrplan für Post-Quantum-Kryptographie zur Diskussion 57
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ... 58
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE 58
Bankenunion: Politische Einigung zur Reform des Rahmens für Krisenmanagement und Einlagenversicherung 58
Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen fest 58

Der Ausschuss für regionale Entwicklung legt Standpunkt zum Vorschlag zu Änderungen u.a. am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung fest 59
„Omnibus“-Paket zur Nachhaltigkeit: Rat legt Standpunkt zu inhaltlichen Änderungen an CSRD und CSDDD fest 59
Rat legt Standpunkt zum Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) fest 60
Kommission legt EU-Weltraumgesetz und Vision für die europäische Weltraumwirtschaft vor 60
Kommission nimmt Beihilferahmen für den Deal für eine saubere Industrie (CISAF) an 61
„Omnibus“-Paket zur Nachhaltigkeit: Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Änderung von derzeitigen delegierten Rechtsakten auf der Grundlage der Taxonomie-Verordnung an 61
Kommission veröffentlicht Zwischenevaluierung des Binnenmarktprogramms 61
Kommission initiiert Konsultation u.a. zum Anwendungsbereich des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus 62
Kommission initiiert Konsultation zur Festlegung von Rohstoffen betreffend den Critical Raw Materials Act 62
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge 62
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung 62
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für EU-Kartellverfahren 63
Kommission initiiert Sondierung zur Überarbeitung der Normungsverordnung 63
Kommission initiiert Sondierung zu einer Empfehlung über die automatische Einschreibung, Rentenverfolgungssysteme und Renten-Dashboards 63
Kommission legt Aktionsplan für die chemische Industrie vor 64
CBAM: Kommission kündigt Plan zur Minderung des Risikos der Verlagerung von CO_2-Emissionen für Exporteure an 64
Kommission ruft zur Einreichung von Bewerbungen für die Plattform für nachhaltiges Finanzwesen auf 64
Kommission gibt informelle Orientierungshilfe für die Einrichtung einer Verhandlungsgruppe für den Erwerb von Lizenzen im Automobilsektor 65
TECHNOLOGIE UND INNOVATION 66
Kommission initiiert Konsultation betreffend eine faire Nutzung und die Betrugsbekämpfung für die Kommunikation innerhalb der EU 66
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum Europäischen Innovationsgesetz 66
AUßENWIRTSCHAFT 66
Neuer US-Basiszoll von 30 % ab August: Kommission will weiterverhandeln, bereitet aber auch Gegenmaßnahmen vor 66
Handelsrat: Austausch zu den Handelsbeziehungen der EU mit den USA und China und zu den laufenden Handelsverhandlungen 67
EU und Indonesien erzielen politische Einigung über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) 67

EU und Ukraine einigen sich auf überarbeitetes Handelsabkommen 67
Rat verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate 68
ENERGIE 68
Politische Einigung zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung 68
Vertrag über die Energiecharta: Rat bestätigt, dass die Schiedsklausel nicht auf EU-interne Verfahren angewendet werden kann 69
Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Berechnung von Treibhausgaseinsparungen durch kohlenstoffarme Brennstoffe an 69
Kommission initiiert Sondierung zum „Bürger-Energiepaket“ 69
Kommission veröffentlicht Dokumente zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EPBD 70
Kommission veröffentlicht eine Empfehlung und drei Leitfäden für erneuerbare Energien, Netzinfrastruktur und Netztarife 70
Kommission nimmt Empfehlung zur Förderung der Entwicklung innovativer Formen des Solarenergieausbaus an 70
Kommission richtet Hydrogen Mechanism im Rahmen der EU Energy and Raw Materials Platform ein. 71
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 72
UMWELT 72
Europäisches Parlament positioniert sich zu Änderung der Batterie-Verordnung 72
Konsultation zum Gehalt an recyceltem Kunststoff in Einweggetränkeflaschen veröffentlicht 72
Kommission veröffentlicht Fahrplan für Naturgutschriften mit Konsultationsmöglichkeit 72
Kommission veröffentlicht Bericht zur Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik 2025 73
Ausschüsse des Europäischen Parlaments nehmen Bericht zu Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge an 73
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung 74
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge 75
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Luftqualität in europäischen Städten 75
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Studie zu Innovationsmöglichkeiten in der Bioökonomie 75
Kommission veröffentlicht Vorschlag für ein europäisches Klimaziel für 2040 76
Kommission veröffentlicht Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft 76
Europäische Umweltagentur veröffentlicht interaktives Onlineportal zu den Auswirkungen des Klimawandels 77
Konsultation zur Vereinheitlichung der Einstufung von bestimmten Abfalltypen veröffentlicht 77
Europäische Umweltagentur ruft zur Abstimmung über Sieger des Foto-Wettbewerbs „Die Umwelt & Ich“ auf 77
Kommission initiiert Konsultation u.a. zum Anwendungsbereich des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus 78

Kommission veröffentlicht Eurobarometer-Befragung zur Wahrnehmung des Klimawandels ... 78
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Zustand und Potenzial von natürlichen Kohlenstoffspeichern ... 78
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Fortschritten bei der Reduzierung von Luftschadstoffemissionen ... 79
Kommission initiiert Konsultation zur Festlegung von Rohstoffen betreffend den Critical Raw Materials Act ... 79
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Umgebungslärm ... 80
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität 2024 ... 80
Konsultation zur Wiederherstellungsverordnung – Methode zur Datenerhebung – veröffentlicht ... 81
Kommission initiiert Sondierung zum „Bürger-Energiepaket“ ... 81
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Schutz und Erhalt von Bestäubern ... 81
VERBRAUCHERSCHUTZ ... 82
Konsultation zur europäischen Bürgerinitiative „Pelzfreies Europa“ veröffentlicht ... 82
Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Verbreitungswegen der Vogelgrippe ... 82
Konsultation zur Aktualisierung der Prüfmethoden zur Feststellung von Pestizidrückständen in Lebensmitteln veröffentlicht ... 82
Konsultation zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Nutztieren im Haltungsbetrieb veröffentlicht ... 83
Kommission veröffentlicht ersten Teil des Chemie-Omnibusses ... 83
Kommission veröffentlicht Vorschlag für eine ECHA-Basisverordnung ... 83
Kommission legt Aktionsplan für die chemische Industrie vor ... 84
Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung von Heizkörpern veröffentlicht ... 84
Konsultation zu Ausnahmen vom Vernichtungsverbot unverkaufter Bekleidung und Schuhe veröffentlicht ... 85
Konsultation zur Einführung von Garantiehinweisen veröffentlicht ... 85
IMCO: Billigung der neuen Vorschriften zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie ... 85
Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zu Verordnungsvorschlägen zu Passagierrechten und zu multimodularen Reisen ... 86
Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung veröffentlicht ... 86
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS ... 88
Tagung des Agrarrates ... 88
Rat erzielt allgemeine Ausrichtung beim Waldmonitoring ... 89
Rat positioniert sich zum Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Weinsektors ... 90
Informelles Treffen des Agrarrats in Warschau ... 91
Landwirtschaftsausschuss legt Prioritäten für die Finanzierung der GAP nach 2027 fest ... 91

EU-Parlament verabschiedet Einwand gegen Risiko-Klassifizierungen der Entwaldungsverordnung (EUDR) ... 92
Europäisches Parlament: Berichtsentwurf zur beschleunigten Zulassung biologischer ... 93
Kommission genehmigt neue gentechnisch veränderte (GVO) Sojasorte als Lebens- und Futtermittel ... 93
EU und Ukraine einigen sich auf überarbeitetes Handelsabkommen ... 94
Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz im Agrar- und Lebensmittelsektor im 1. Quartal ... 94
Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) beschließt Handelsabkommen mit Mercosur ... 95
Konsultation zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Nutztieren im Haltungsbetrieb veröffentlicht ... 96
Konsultation zur Wiederherstellungsverordnung – Methode zur Datenerhebung – veröffentlicht ... 96
Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung veröffentlicht ... 97
EUROSTAT veröffentlicht Kennzahlen zum Einsatz von Mineraldüngern in der EU ... 97
Europäischer Rat der Junglandwirte: *Peter Meedendorp* als Vorsitzender wiedergewählt ... 97
Europäischer Gerichtshof untersagt Nutzung von Bio-Logo für Arzneimitteltees ... 98
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES ... 99
Bayerischer Tag der Jugend in Europa ... 99
Eurostat-Statistik: Nahezu ein Viertel aller EU-Haushalte mit mindestens einem Kind ... 99
Europäischer Globalisierungsanpassungsfond: Nach Betriebsschließung des Chipherstellers BelGaN werden entlassene Arbeitnehmer aufgefangen ... 99
Informelles Treffen der EU-Arbeitsminister in Aalborg ... 100
Europa hört zu: Der Jugendbeirat der Präsidentin der Europäischen Kommission nimmt seine Arbeit auf ... 101
Kommunal- und Regionalpolitiker warnen vor kurzfristiger Ausrichtung der EU-Politik ... 101
Exekutivvizepräsidentin *Roxana Mînzatu* hat das Stakeholder-Forum zur digitalen Bildung 2025 eröffnet ... 102
Der European Accessibility Act ist in Kraft ... 102
Hochrangige Veranstaltung der Europäischen Allianz für Lehrlingsausbildung in Brüssel ... 102
Neue Methode der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Bewertung der Beeinträchtigung von Berufen durch die Einführung von KI ... 103
Kommissar *Micallef* hält ersten Umsetzungsdialog über die jugendpolitische Toolbox ... 103
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION ... 105
Stärkung der Krisenbereitschaft und Gesundheitssicherheit: Neue EU-Strategien vorgestellt ... 105
Neue Strategie für Biowissenschaften ... 106
Rat fordert Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter ... 107
Aussprache des Rates der EU zum Gesetz über kritische Arzneimittel ... 107
Austausch des Rates der EU über EU-Maßnahmen zur Prävention, einschließlich der Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums ... 108
Beschaffung von Medizinprodukten aus China eingeschränkt ... 108

STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES 110
Kommission stellt Quantenstrategie vor 110
Kommission bereitet Aufbau von KI-Gigafactories vor 110
Kommission startet Überprüfung des Digital Markets Act 110
Rat fordert gezielte Maßnahmen für Gleichstellung im KI-Zeitalter 111
Debatte um Altersverifikation in sozialen Netzwerken 111
Maßnahmen gegen Desinformation großer Plattformen evaluiert 111
Code of Practice für General-Purpose AI übergeben 111

POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIENPOLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Europäischer Rat: Unterstützung der Ukraine, Lage im Nahen Osten, europäische Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit

Am 26.06.2025 tagte der Europäische Rat in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen geoökonomische Herausforderungen, die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die europäische Sicherheit und Verteidigung, die Migration, Vorsorge und innere Sicherheit. Die Staats- und Regierungschefs kamen (unter Ausklammerung der Schlussfolgerungen zur Ukraine, zu der nur 26 Mitgliedstaaten zustimmten,) zu Schlussfolgerungen überein.

Im Hinblick auf die Ukraine bekräftigen die Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Ungarns) ihre Bemühungen, zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden beizutragen und riefen Russland dazu auf, einer sofortigen, bedingungslosen und sofortigen Waffenruhe zuzustimmen. Unterdessen sollte der dringende militärische Bedarf der Ukraine weiter gedeckt und die ukrainische Verteidigungsindustrie unterstützt werden. Der Rat wurde dazu aufgerufen, alsbald ein 18. Sanktionspaket gegen Russland anzunehmen. Die Staats- und Regierungschefs der EU würdigten das Tempo der Ukraine bei ihren beitrittsbezogenen Reformen. Hinsichtlich der Entwicklungen im Nahen Osten forderte der Rat eine sofortige Waffenruhe im Gazastreifen und ein Ende der Blockade des Gazastreifens, verurteilte die Eskalation im Westjordanland und begrüßte die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Israel und dem Iran. Die Staats- und Regierungschefs riefen zu einer Beschleunigung der Arbeit in allen Bereichen auf, um die Verteidigungsbereitschaft Europas bis 2030 zu stärken und begrüßten in diesem Zusammenhang die Annahme der Verordnung zur Festlegung des Instruments „Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE)“ und die unmittelbar bevorstehende Aktivierung der nationalen Ausweichklauseln im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit forderte der Rat, diese durch Innovation und die Förderung der technologischen Führungsrolle Europas, die Vertiefung des Binnenmarkts, die Festigung der industriellen Basis der Union und das das Vorankommen bei der Spar- und Investitionsunion zu fördern. Der Europäische Rat bekräftigte außerdem, wie wichtig es sei, vor 2030 eine echte Energieunion zu schaffen, um die Energiesicherheit und -resilienz sowie die Sicherheit der Versorgung mit erschwinglicher und sauberer Energie für alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Tagungsseite
Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitung des Europäischen Rates, Länderempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters, Fortsetzung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs

Am 24.06.2025 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten. Für Deutschland nahm Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt *Gunther Krichbaum* teil. Der Rat beriet zunächst über den Entwurf der Schlussfolgerungen für die bevorstehende Tagung des Europäischen Rates am 26.06.2025. Im Rahmen des Europäischen Semesters 2025 billigte der Rat einen horizontalen Vermerk zu den integrierten länderspezifischen Empfehlungen und kam überein, diesen dem Europäischen Rat zur Billigung zu übermitteln. Schließlich führte der Rat im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs eine länderspezifische Aussprache mit Schwerpunkt auf der Lage der Rechtsstaatlichkeit in Finnland.

Tagungsseite

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Russlands Aggression gegen die Ukraine, Prüfung des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Israel, EU-China-Beziehungen

Am 23.06.2025 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel. Den Vorsitz führte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Kaja Kallas*. Für Deutschland nahm Bundesminister des Auswärtigen *Johann Wadephul* teil.

Nach einem informellen Gedankenaustausch per Videokonferenz mit dem ukrainischen Außenminister *Andrij Sybiha* berieten die Minister über die Aggression Russlands gegen die Ukraine. Das Ziel der Initiative der Hohen Vertreterin *Kallas*, der Ukraine 2 Mio. Schuss Artilleriemunition zur Verfügung zu stellen, sei von den Mitgliedstaaten zu 80 % erfüllt. Die Minister berieten über den Kommissionsvorschlag eines 18. Sanktionspakets gegen Russland sowie zu russischen hybriden Aktionen gegen europäische Staaten. Bezüglich des Iran bekräftigten die Minister die Forderung nach einer Deeskalation und unterstrichen, dass es dem Iran nicht gestattet werden dürfe, Atomwaffen zu erwerben. Die Hohe Vertreterin *Kallas* berichtete über die Bemühungen, die israelischen Behörden zu einer Aufhebung der Blockade von Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Gaza zu bewegen und stellte die Prüfung der Einhaltung von Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommen vor. Danach bestünden Hinweise darauf, dass Israel gegen seine Menschenrechtsverpflichtungen gemäß Artikel 2 des Abkommens verstoße. Der Direktor des EU-Zentrums für Informationsgewinnung und -analyse (EU-INTCEN), *Daniel Markić*, informierte über die Beziehungen der EU zu China. Diese seien durch die Zusammenarbeit im Bereich Klima, aber gleichzeitig durch Cyberattacken, erpresserisches Vorgehen beim internationalen Handel sowie die Beeinflussung demokratischer Prozesse durch China gekennzeichnet. Des Weiteren billigte der Rat Schlussfolgerungen zu Syrien und Schlussfolgerungen der EU anlässlich der 80. UN-Vollversammlung.

Tagungsseite

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 07.07. - 10.07.2025: Misstrauensvotum, EU-Zollsystems, Aktualisierung des EU-Klimagesetzes, Handelsbeziehungen mit China, Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Misstrauensantrag gegen Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen***

  Das EP lehnte das vom rumänischen Angeordneten *Gheorghe Piperea* angestoßene Misstrauensvotum gegen Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* am 10.07.2025 ab (175 Ja-Stimmen, 360 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen). Die sogenannte „*Von-der-Leyen*"-Koalition (EVP, S&D, Renew) und die Grünen stimmten gegen den Antrag.

- **Entschließung zur Änderung des EU-Zollsystems**

  Am 09.07.2025 stimmten die Abgeordneten in einer Entschließung für eine umfassende Änderung des EU-Zollsystems. Ziel ist es, der Einfuhr günstiger Kleinsendungen aus Drittstaaten (China) – vor allem über Plattformen wie Temu, Shein oder AliExpress – einen Riegel vorzuschieben. Konkret fordert das EP die Abschaffung der zollfreien Einfuhrgrenze von derzeit 150 €, eine digitale Voranmeldung jeder Sendung, eine Bearbeitungsgebühr von 2 € pro Paket, eine Produkthaftungspflicht für Plattformen wie Temu oder Shein und die Einrichtung eines Warenlagers innerhalb der EU für solche Anbieter. Eine zentrale EU-Zollbehörde soll zur besseren Überwachung und Verfahrensvereinfachung geschaffen werden.

- **Eilverfahren für die Aktualisierung des EU-Klimagesetzes ist gescheitert**

  Am 09.07.2025 stimmte das EP gegen den Antrag von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen, die Aktualisierung des EU-Klimagesetzes im beschleunigten Verfahren zu behandeln. Der Kommissionsvorschlag, der eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber dem Basisjahr 1990 vorsieht, wird nun zunächst in die beteiligten Ausschüsse überwiesen. Der Wunsch, den Industrieausschuss ITRE mit dem Kommissionsvorschlag zu befassen, war ausschlaggebend für die EVP-Fraktion, gegen den Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren zu stimmen.

- **EP fordert Kommission auf, gegen Chinas Ausfuhrbeschränkungen für Seltene Erden vorzugehen**
  In einer am 10.07.2025 angenommenen Entschließung brachte das EP seine Besorgnis über die chinesischen Ausfuhrbeschränkungen für kritische Rohstoffe zum Ausdruck. Die Ausfuhrbeschränkungen betreffen insbesondere sieben Seltenerdelemente und Magnete, die in der Verteidigungs-, Energie- und Automobilindustrie verwendet werden. China hatte die Beschränkungen am 04.04.2025 als Reaktion auf erhöhte US-Zölle eingeführt. Künftig benötigen Exporteure zusätzliche Lizenzen, was laut EP einem ungerechtfertigten Einsatz von Versorgungsketten als geopolitisches Druckmittel gleichkommt. Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung des Gesetzes über kritische Rohstoffe zu beschleunigen, um eine sichere, nachhaltige und diversifizierte Rohstoffversorgung

zu gewährleisten. Zudem soll die EU ihre eigenen Abbau- und Verarbeitungskapazitäten stärken und strategische Partnerschaften mit anderen Ländern eingehen.

- **Vorstellung der Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft**

  Die dänische Premierministerin *Mette Frederiksen* stellte am 08.07.2025 die Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft vor. Unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer sich wandelnden Welt" betonte sie die Notwendigkeit, Europas Verteidigungsfähigkeit bis 2030 zu stärken, insbesondere angesichts der Bedrohung durch Russland. Die Unterstützung der Ukraine sei dabei nicht nur solidarisch, sondern auch im Eigeninteresse Europas. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie eine ambitionierte Klimapolitik mit einem EU-Ziel für 2040. *Frederiksen* sprach sich zudem für einen flexibleren und krisenfesteren EU-Haushalt aus.

Die nächste Plenartagung des EP findet vom 08.09. – 11.09.2025 in Straßburg statt.

Pressemitteilungen des EP

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

AdR und Kommission unterzeichnen Klima-Aktionsplan

Am 24.06.2025 haben der Vorsitzende der Fachkommission für Umweltfragen, Klimaänderungen und Energie im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), *Kostas Bakoyannis* und der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion Klima der Europäischen Kommission, *Jan Dusík* einen Aktionsplan unterzeichnet, um die Zusammenarbeit bei den Klimaschutzmaßnahmen zu intensivieren. Mit dem Plan sollen die europäischen Regionen und Städte insbesondere bei der Dekarbonisierung und dem Übergang zu einer sauberen Wirtschaft gefördert werden. Dafür soll ihr Zugang zu entsprechenden EU-Mitteln verbessert werden. Der Aktionsplan umfasst ferner Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit und der subnationalen Klimadiplomatie auf den internationalen Klimakonferenzen sowie weiteren Formaten wie z.B. dem Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie und dem Europäischen Klimapakt.

Pressemitteilung des AdR

AdR befasst sich auf seiner 167. Plenartagung vor allem mit Agrar- und Klimapolitik sowie mit Wasserresilienz

Am 02./03.07.2025 sind die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zu ihrer 167. Plenarversammlung in Brüssel zusammengekommen, um über insgesamt 9 Stellungnahmen abzustimmen. Themenschwerpunkte waren die Klimapolitik und die diesjährige Klimakonferenz der Vereinten Nationen, Landwirtschaft und Ernährung, der Deal für eine saubere Industrie sowie die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern. Außerdem führten die AdR-Mitglieder in Anwesenheit hochrangiger Vertreter der EU-Institutionen insgesamt 4 Debatten durch. In ihnen ging es u. a. um die Zukunft

der gemeinsamen Agrarpolitik, die Wasserresilienz sowie nachhaltigen Tourismus. Schließlich dankte die AdR-Präsidentin der polnischen Ratspräsidentschaft für ihren wichtigen Einsatz bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Regionalförderung und wünschte Dänemark viel Erfolg für ihre Präsidentschaft.

Homepage des AdR (dort können alle Stellungnahmen und Debatten eingesehen werden)
Photos der 167. Plenarversammlung

INSTITUTIONELLES

Kommission kündigt eine neue Initiative BraveTech an

Gemeinsam mit der Ukraine kündigte die Europäische Kommission am 11.07.2025 die Initiative BraveTech an. Im Rahmen der Initiative sollen die Verteidigungsökosysteme der EU und der Ukraine einander angenähert und Innovationen im Verteidigungsbereich vorangetrieben werden. Dies soll durch eine enge Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer Unternehmen etwa im Rahmen von Hackathons, Schnelltests und direkter Kooperationen geschehen. Die EU hofft, von den kampferprobten Innovationen aus der Ukraine zu profitieren und die eigene Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. In einer ersten Phase sollen Aktivitäten zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Angleichung der Innovationsbemühungen eingeleitet werden, bevor in der zweiten Phase diese Pilotprojekte mit Unterstützung des Europäischen Programms für die Verteidigungsindustrie (EDIP) und des Unterstützungsinstruments für die Ukraine (USI) ausgeweitet werden.

Pressemitteilung
Kommissionsseite zur BraveTech-Initiative

Kommission kündigt ein Maßnahmenpaket zur Militärischen Mobilität an

Die Kommission plant, eine gemeinsame Mitteilung, eine Verordnung sowie Änderungen bestehender EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Militärischen Mobilität vorzuschlagen. Mit dem Paket sollen Infrastrukturengpässe, verfahrenstechnische Hindernisse und Lücken bei Verteidigungsfähigkeiten beseitigt werden, um die Mobilität von Truppen sowie von militärischer Ausrüstung in der EU und darüber hinaus zu verbessern. Die Kommission hat hierzu eine gezielte Konsultation der Interessensträger eingeleitet, an der die Mitgliedstaaten und Akteure wie die NATO, die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), Industrieverbände aus den Bereichen Verteidigung, Verkehr und Energie, Verkehrsinfrastrukturmanager, der Finanzsektor, die Zivilgesellschaft, Forschungsorganisationen und Denkfabriken bis zum 31.07.2025 teilnehmen können.

Pressemitteilung der Kommission
gezielte Konsultation

INTERNATIONALES

Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine

Auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine am 10.07.2025 in Rom wurden umfangreiche finanzielle Unterstützungsangebote für die Ukraine bekannt gegeben, die einen Umfang von bis zu 2,3 Mrd. € erreichen. Enthalten sind Bürgschaften und Darlehen sowie ein neuer Europäischer Flaggschifffonds für den Wiederaufbau der Ukraine, der von der Europäischen Kommission (über die Europäische Investitionsbank), Frankreich, Deutschland, Italien und Polen unterstützt wird. Die Mittel sollen ukrainischen KMUs zugutekommen und strategische Investitionen in große Projekte des Privatsektors ermutigen. Außerdem sollen Städte wieder aufgebaut und die Energiesicherheit, der grüne Wandel und die kritische Infrastruktur der Ukraine unterstützt werden.

Pressemitteilung

Verlängerung der militärischen Ausbildungsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik

Der Rat beschloss am 08.07.2025, die militärische Ausbildungsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik bis zum 19.09.2026 zu verlängern. Im Mittelpunkt der Militärmission EUTM RCA stehen die Unterstützung der Behörden durch strategische Beratung und die Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren der zentralafrikanischen Streitkräfte. Seit Juli 2016 wurden mit Hilfe der EUTM RCA mittels einer verstärkten operativen Ausbildungsstruktur fast 9.500 Angehörige der Streitkräfte ausgebildet und geschult; gleichzeitig wurde der Aufbau modernisierter, effizienter, glaubwürdiger, ethnisch ausgewogener und demokratisch rechenschaftspflichtiger Streitkräfte gefördert. Zusammen mit der Verlängerung des Mandats hat der Rat auch beschlossen, 11,4 Mio. € als Referenzbetrag für den betreffenden Zeitraum bereitzustellen.

Pressemitteilung

Unterstützungsmaßnahmen für Kap Verde

Der Rat beschloss am 08.07.2025 Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) zur Unterstützung der Streitkräfte von Kap Verde. Die Maßnahme beläuft sich auf 12 Mio. € für einen Zeitraum von 48 Monaten und zielt darauf ab, die Verteidigungskapazitäten der Streitkräfte zu stärken, um die Souveränität von Kap Verde auf See zu schützen und die regionale maritime Sicherheit zu verbessern. Die EPF wird den Streitkräften des Landes Ausrüstung und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Patrouillen- und Überwachungsaufgaben zur Verfügung stellen, einschließlich der Lieferung eines Hochseepatrouillenschiffs.

Pressemitteilung

Verlängerung der Beratungs- und Koordinierungszelle in der Sahelzone

Der Rat beschloss am 08.07.2025, das Mandat der regionalen Beratungs- und Koordinierungszelle (RACC) im Rahmen der zivilen Mission EUCAP Sahel Mali bis zum 31.01.2026 zu verlängern. Mit der RACC soll die regionale und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Sahelzone unterstützt und die Fähigkeiten in Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger auf nationaler Ebene gestärkt werden.

Pressemitteilung

Unterstützungsmaßnahme für den Senegal

Der Rat nahm am 08.07.2025 die erste Unterstützungsmaßnahme für den Senegal im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) an. Die Maßnahme beläuft sich auf 10 Mio. € über einen Zeitraum von 36 Monaten. Mit ihr werden die Fähigkeiten der Streitkräfte des Landes gestärkt, um die territoriale Unversehrtheit und Souveränität Senegals zu wahren sowie die Zivilbevölkerung des Landes vor internen und externen Angriffen zu schützen. Die EU wird wichtige nichtletale Ausrüstung und operative Infrastruktur in folgenden Bereichen bereitstellen: Tag- und Nacht-Überwachung für Land und Fluss, Erkenntnisgewinnung und Schutz der eigenen Kräfte.

Pressemitteilung

1. Gipfeltreffen zwischen der EU und Moldau

Am 04.07.2025 trafen sich Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und EU-Ratspräsident *António Costa* zum 1. Gipfeltreffen zwischen der EU und Moldau in Chișinău mit der Präsidentin der Republik Moldau *Maia Sandu*. Die Staats- und Regierungschefs erörterten den EU-Beitritt und die damit verbundenen Reformen, das Wirtschaftswachstum sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, einschließlich der Bekämpfung hybrider Bedrohungen (besonders vor dem Hintergrund der im September anstehenden Wahl). Im Rahmen des Wachstumsplans für Moldau werden 270 Mio. € zur Vorfinanzierung verschiedener Projekte freigegeben, bspw. für ein neues Regionalkrankenhaus in Bălți und die Wiederherstellung der Fernwärmeversorgung in Chișinău. Ab dem 05.10.2025 sollen zudem Euro-Überweisungen günstiger werden, weil Moldau in den einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum (SEPA) aufgenommen wird; zuletzt soll Moldau ab dem 01.01.2026 in den EU-Roaming-Raum aufgenommen werden.

Pressemitteilung der Kommission vom 04.07.2025
Gemeinsame Erklärung vom 04.07.2025

23. Beitrittskonferenz zwischen der EU und Montenegro

Am 27.06.2025 kamen die EU und Montenegro zur 23. Beitrittskonferenz zusammen. Auf dieser wurden die Verhandlungen zu Kapitel 5 (Öffentliches Auftragswesen) vorläufig abgeschlossen. In den Beitrittsverhandlungen mit dem Land wurden bislang 33 Verhandlungskapitel eröffnet und (Kapitel 5 mitgerechnet) sieben dieser Kapitel vorläufig geschlossen.

Tagungsseite

Rat erneuert Mandate für zwei zivile GVSP-Missionen

Am 26.06.2025 beschloss der Rat, die Mandate von zwei zivilen Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu verlängern: Die Mandate der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah) und der EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) wurden um ein Jahr bis zum 30.06.2026 verlängert. Die Missionen werden die Möglichkeit haben, ihre Mandate vor Ort durch einen flexiblen, realistischen und skalierbaren Ansatz weiterzuentwickeln, um sich an künftige Entwicklungen anzupassen. Ähnlich wie bei anderen zivilen Missionen gibt der Ratsbeschluss der EU BAM Rafah die Möglichkeit, eine Projektzelle einzurichten, um Projekte – auch mit externen Mitteln – durchzuführen.

Pressemitteilung

Rat verlängert Mandat von EUBAM Libya um weitere zwei Jahre

Am 26.06.2025 beschloss der Rat, das Mandat der EU-Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen (EUBAM Libya) um weitere zwei Jahre bis zum 30.06.2027 zu verlängern. Ihr Umfang für diesen Zeitraum beläuft sich auf fast 52 Mio. €. Mit der EUBAM Libya wird die Fähigkeit der libyschen Behörden unterstützt, die libysche Grenze zu verwalten und grenzüberschreitende Straftaten, darunter Menschenhandel und Schleuserkriminalität sowie Terrorismus zu bekämpfen. Die zivile Mission leistet fachliche Beratung sowie Aktivitäten zum Aufbau operativer und fachlicher Kapazitäten und sie führt Projekte durch, die durch spezielle Ausbildungsmaßnahmen und Workshops ergänzt werden. Die Gewährleistung der uneingeschränkten Einhaltung der internationalen Menschenrechtsnormen und die Förderung eines geschlechtersensiblen Ansatzes sind zentrale Aspekte der Arbeit der Mission.

Pressemitteilung

20. Gipfeltreffen zwischen der EU und Kanada: Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und Ausbau der strategischen Partnerschaft

Am 23.06.2025 fand das 20. Gipfeltreffen zwischen der EU und Kanada in Brüssel statt. Die EU wurde durch Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und durch EU-Ratspräsidenten *António Costa* vertreten, für

Kanada reiste Premierminister *Mark Carney* an. Auf dem Gipfel gaben die EU und Kanada eine gemeinsame Erklärung (u. a. Verstärkung der strategischen Partnerschaft, Bekenntnis zum Multilateralismus, zur regelbasierten internationalen Ordnung und zur Zusammenarbeit bei gemeinsamen Prioritäten wie Unterstützung der Ukraine, Sicherheit im Indo-Pazifik, Deeskalation im Nahen Osten, wirtschaftliche Sicherheit, Handel, digitale Innovation und Verteidigung) ab und gingen eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft ein.

Die EU und Kanada bekräftigten ihr Bekenntnis zum Multilateralismus, zur regelbasierten internationalen Ordnung sowie die Unterstützung der Ukraine und der Republik Moldau durch Erhöhung des Drucks auf Russland. Hinsichtlich des Nahen Ostens unterstützen beide einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza und riefen Israel und den Iran zu Zurückhaltung und zur Beachtung des internationalen Rechts auf.

EU und Kanada verpflichteten sich, ihre Handels- und Investitionsbeziehungen weiter auszubauen und auf die vollständige Ratifizierung und Umsetzung des CETA hinzuarbeiten. Beide Seiten bekräftigten ihr Engagement für einen nachhaltigen, fairen und offenen Handel auf der Grundlage international vereinbarter Regeln. Die EU und Kanada werden mit der Ausarbeitung eines Abkommens über den digitalen Handel beginnen, das CETA ergänzen soll. Im Rahmen einer engeren Zusammenarbeit soll u. a. die Beteiligung Kanadas an KI-Fabriken, die Verknüpfung von Hochleistungsrecheninfrastrukturen sowie eine Angleichung der Normen im Regulierungsbereich erreicht werden. Beide Seiten kamen weiter überein, ihre Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen zu intensivieren, um sichere Lieferketten zu stärken. Es soll einen industriepolitischen Dialog geben, um die Zusammenarbeit der Unternehmen in Schlüsselbereichen wie der sauberen Technologie zu vertiefen.

Die EU und Kanada einigten sich auf eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SVP). Damit wird ein Rahmen für eine vertiefte Kooperation etwa bei Verteidigungsmaßnahmen, der Unterstützung der Ukraine, der militärischen Mobilität und Operabilität, hybrider Bedrohungen, der Rüstungskontrolle, disruptiver Technologien sowie externer Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit gesetzt. Darüber hinaus soll auch die operative Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) intensiviert werden. Die SVP mit Kanada ist die inzwischen achte solche Partnerschaft. Diese öffnet das Tor zur Teilhabe kanadischer Firmen bei gemeinsamen Beschaffungen (etwa im Rahmen des SAFE-Instruments oder des gerade in Verhandlung befindenden Programms für die Verteidigungsindustrie EDIP). Die EU und Kanada verpflichteten sich, rasch ein entsprechendes bilaterales Abkommen abzuschließen, um Kanada den Zugang zur gemeinsamen europäischen Rüstungsbeschaffungsinitiative SAFE zu gewähren.

Tagungsseite

Programm für die Erholung und Resilienz Palästinas

Die Kommission wies dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für den Nahen Osten (UNRWA) und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) am 23.06.2025 insgesamt 202 Mio. € zu. Davon gehen 150 Mio. € an die PA zur Unterstützung öffentlicher Dienstleistungen wie etwa der Zahlung der Gehälter von Lehrern, Beamten und Beschäftigten im Gesundheitswesen und 52 Mio. € an das UNWRA zur Unterstützung von

Bildung, medizinischer Grundversorgung und Nothilfe für palästinensische Flüchtlinge. Die Auszahlung ist Teil des Mehrjahresprogramms 2025 – 2027 für die wirtschaftliche Erholung und die Resilienz Palästinas in Höhe von bis zu 1,6 Mrd. €. Dieses wurde auf dem politischen hochrangigen Dialog zwischen der EU und der Palästinensischen Behörde am 14.04.2025 vorgestellt.

Pressemitteilung

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Australien

Die EU und Australien werden Verhandlungen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SVP) aufnehmen. Die SVP soll unabhängig vom Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien verhandelt werden. Die EU bemüht sich verstärkt um den Abschluss von SVPs. Diese bilden einen Rahmen für die Zusammenarbeit in Bereichen wie der Verteidigungsindustrie (bspw. kann die Rüstungsindustrie des Partnerstaats an gemeinsamen Projekten im Rahmen des SAFE-Instruments teilnehmen), dem Cyberspace und der Terrorismusbekämpfung.

Pressemitteilung

MEDIEN

Kommission führt Konsultation zu ersten Leitlinien nach dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz durch

Das am 08.08.2025 in Kraft tretende Europäische Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act; EMFA) sieht in seinem Art. 18 Schutzvorkehrungen für Inhalte von Mediendiensteanbietern auf sehr großen Online-Plattformen vor. Danach müssen Plattformen u. a. die Begründung für eine beabsichtigte Löschung oder Sichtbarkeitsbeschränkung von Inhalten bestimmter Mediendiensteanbieter vorab übermitteln und den betroffenen Anbietern eine 24-stündige Stellungnahmefrist einräumen. Ziel ist, dass offline zulässige Medieninhalte auch in der Online-Welt sichtbar und zugänglich sind. Zur Erleichterung der einheitlichen und wirksamen Anwendung der Norm, kann die Kommission Leitlinien mit Blick auf Art. 18 Abs. 1 herausgeben. Danach müssen sehr große Online-Plattformen eine Funktion bereitstellen, die es den Empfängern ihrer Dienste ermöglicht, sich als Mediendiensteanbieter zu deklarieren. Die diesbezügliche Konsultation läuft noch bis 23.07.2025. Die Leitlinien dürften noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Konsultation der Kommission
Europäisches Medienfreiheitsgesetz

Europaabgeordnete diskutieren die Umsetzung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes

Am 08.07.2025 fand im Plenum des Europäischen Parlaments eine Aussprache zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act; EMFA) statt. Schwerpunkte bildeten die einheitliche

Umsetzung des EMFAs in den Mitgliedstaaten ab 08.08.2025 und die diesbezügliche Rolle der Europäischen Kommission. Die Redebeiträge der Abgeordneten reichten von deutlicher Unterstützung des EMFAs bis hin zu scharfer Ablehnung. Es wurde mehrfach betont, dass die Verabschiedung des EMFAs im vergangenen Jahr allein nicht ausreiche. Notwendig sei vielmehr ein politischer Wille zur Umsetzung. Zahlreiche EU-Abgeordnete riefen die Kommission dazu auf, die Umsetzungsbemühungen der Mitgliedstaaten eng zu verfolgen und ggf. Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung der ersten europäischen Medienverordnung in der gesamten EU sicherzustellen.

Videoaufzeichnung (Die EMFA-Debatte beginnt ab 13:03:49)

Deutscher Medienstandort schneidet im Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 gut ab

Die Europäische Kommission hat am 08.07.2025 ihren Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025 veröffentlicht (siehe auch Beitrag des StMJ in diesem EB). Der Gesamtbericht deckt die Justizsysteme, Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen, Medienpluralismus und -freiheit sowie institutionelle Fragen im Bereich der gegenseitigen Machtkontrolle ab. Erstmals nimmt er in diesen Bereichen auch die Wettbewerbsfähigkeit in den Blick. Laut Kommission seien 57 % der Empfehlungen des letztjährigen Berichts vollständig oder teilweise umgesetzt worden.

In medienrechtlicher Hinsicht hebt der Bericht zunächst die Schlüsselrolle freier, unabhängiger und pluraler Medien hervor. Zur Stärkung des Mediensektors würden auf europäischer Ebene insbesondere die Anti-SLAPP-RL und das Europäische Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act; EMFA) beitragen. Der dem Rechtsstaatlichkeitsbericht zugrundeliegende Medienpluralismusmonitor zeige laut Kommission auf, dass sich die Bedingungen für Journalisten in mehreren Ländern verschlechtert hätten (insb. bezüglich physischer Gewalt bei Protesten und Online-Belästigungen). Außerdem seien in einigen Mitgliedstaaten eine hohe Medienkonzentration sowie insgesamt starke wirtschaftliche Belastungen für den Sektor festzustellen.

Im deutschen Länderkapitel wird zur Lage der Medien u. a. festgestellt, dass die Unabhängigkeit der nationalen Medienaufsichtsbehörden gewährleistet bleibe und die Selbstregulierung der Presse durch den Deutschen Presserat nach wie vor gut etabliert sei. Das Risiko für die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sei gering. Zugleich würden die Reformen zur weiteren Stärkung ihrer Unabhängigkeit inklusive der Umsetzung entsprechender Vorgaben EMFAs voranschreiten. Gleiches gelte für die Pläne zur Überarbeitung des Rechtsrahmens für Medienmarktkonzentrationen. Das Geschäftsumfeld für Mediendienstleister sei in Deutschland insgesamt stabil. Der Zugang zu Informationen über die Eigentumsverhältnisse von Fernsehen, Rundfunk, Presse und Online-Medien sei über eine öffentliche Datenbank sichergestellt. Die Zuteilung von staatlicher Werbung sei weiterhin unproblematisch. Die Rahmenbedingungen für den Schutz von Journalisten seien insgesamt gut. Die Behörden auf Bundes- und Länderebene würden weiterhin Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit von Journalisten zu gewährleisten. Einziger offener Punkt aus dem letzten Rechtsstaatlichkeitsbericht ist der Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden. Daher wiederholt die Kommission ihre Empfehlung, den Plan zur Schaffung einer

entsprechenden Rechtsgrundlage unter Berücksichtigung europäischer Standards für den Zugang zu amtlichen Dokumenten voranzubringen.

Pressemitteilung der Kommission
Homepage der Kommission (dort können der Rechtsstaatlichkeitsbericht sowie die Länderkapitel und -empfehlungen abgerufen werden)
Media Pluralism Monitor

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

MIGRATION

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Regelungen zum Rückkehrausweis

Laut Kommission hat Deutschland versäumt, die Richtlinie (EU) 2019/997 des Rates zur Festlegung eines EU-Rückkehrausweises und die dazugehörige Delegierte Richtlinie (EU) 2024/1986 der Kommission ordnungsgemäß umzusetzen. In dieser Angelegenheit hat die Kommission am 31.01.2025 bereits ein Aufforderungsschreiben, unter anderem an Deutschland, gerichtet. Gemäß den EU-Vorschriften über den EU-Rückkehrausweis sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, EU-Bürgern, deren Pass bei einem Auslandsaufenthalt verloren gegangen ist oder gestohlen oder zerstört wurde, einen EU-Rückkehrausweis auszustellen, um eine Rückreise in das Herkunfts- oder Wohnsitzland zu ermöglichen. Deutschland kann nun innerhalb von zwei Monaten reagieren oder die Kommission kann beschließen, den Gerichtshof der Europäischen Union anzurufen.

Pressemitteilung

Weltflüchtlingstag 2025: EU bekräftigt Solidarität mit Geflüchteten

Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20.06.2025 veröffentlichten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin *Kaja Kallas* ein gemeinsames Statement. Darin würdigt die EU die Stärke und Widerstandsfähigkeit von Geflüchteten weltweit und betont ihre Rolle als sicherer Hafen. Die EU verweist auf ihre humanitären Programme und die Umsetzung des neuen Migrations- und Asylpakets bis 2026. Auch Bayern engagiert sich weiterhin in der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden im Rahmen europäischer Programme.

Pressemitteilung

Frontex eröffnet neues Ausbildungszentrum für europäische Grenzschutzbeamte in Warschau

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) plant die Eröffnung eines neuen Schulungszentrums in Warschau, Polen, in dem künftige europäische Grenzschutzbeamte auf einem einheitlich und qualitativ hochwertigen Niveau ausgebildet werden sollen. Das Schulungszentrum wird noch in diesem Jahr mehr als 200 Beamte aufnehmen, und in den kommenden Jahren werden Hunderte weitere hinzukommen. Das Zentrum wird an der Universität für Leibeserziehung angesiedelt sein, in unmittelbarer Nähe zum Hauptsitz der Agentur. Um diese Zusammenarbeit zu formalisieren, haben der Exekutivdirektor von Frontex, *Hans Leijtens*, und der polnische Innenminister, *Tomasz Siemoniak* am 27.06.2025 eine Absichtserklärung unterzeichnet. Dieser Schritt intensiviert die Kooperation von Frontex mit Polen und entspricht dem wachsenden Bedarf des Europäischen Ständigen Korps, des ersten uniformierten Grenzdienstes der EU.

Pressemitteilung

Bürgerbeauftragte untersucht fehlende Folgenabschätzung der Europäischen Kommission

Die Europäische Bürgerbeauftragte *Teresa Anjinho* untersucht die Entscheidung der Kommission, keine Folgenabschätzung zu zwei Legislativvorschlägen zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten durchzuführen. Konkret handelt es sich bei den Legislativvorschlägen um eine Richtlinie zur Verstärkung der polizeilichen Kooperation bei der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung der Schleusung von Migranten sowie um eine Verordnung zur Verhinderung und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU. Nachdem die Bürgerbeauftragte eine Begründung zur fehlenden Folgenabschätzung bei der Kommission erfragte, soll letztere auch die Dringlichkeit dieser zwei Legislativvorschläge darlegen.

Pressemitteilung

Urteil des EuGH in der Rechtssache C 610/23 Al Nasiria – Rechtsschutz gegen Ablehnung eines Asylantrags

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 03.07.2025 im Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-610/23 zur Auslegung der Richtlinie 2013/32/EU über gemeinsame Verfahren zur Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes entschieden, dass nationale Verfahrensregelungen, die bei Nichterscheinen eines Asylbewerbers zur Berufungsverhandlung automatisch zur Ablehnung des Rechtsbehelfs führen, mit dem Unionsrecht unvereinbar sind. Der EuGH vertritt die Auffassung, dass derartige nationale Verfahrensregelungen nicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sind. Zudem kann die Verpflichtung des Antragstellers, persönlich zu erscheinen, dann eine unverhältnismäßige Belastung für Antragsteller auf internationalen Schutz darstellen, wenn sie sich nicht in der Region aufhalten, in der das Rechtsmittel verhandelt wird.

Zum Urteil
Pressemitteilung

CYBERSICHERHEIT

Schengener Informationssystem – Tausende von Cybersicherheitslücken im Jahr 2024 vom Europäischen Datenschutzbeauftragten festgestellt

Das Schengener Informationssystem II (SIS II) wies Tausende von Cybersicherheitslücken auf, die der Europäische Datenschutzbeauftragte in einem Bericht von 2024 als „hoch“ einstufte. Der Bericht enthüllte auch, dass eine große Zahl von Konten Zugang zur Datenbank auf Administratorenebene hatte, was von internen Angreifern ausgenutzt werden könnte oder das Risiko einer Systemsättigung oder eines unbefugten Zugangs durch Hacker birgt.

Grundsätzlich ermöglicht das 2013 eingeführte SIS II den Mitgliedstaaten, Sicherheitsausschreibungen in Echtzeit herauszugeben und zu konsultieren, wenn markierte Personen, darunter Terrorverdächtige und Personen mit Haftbefehl, versuchen, eine EU-Grenze zu passieren. Das SIS II soll schließlich in das Einreise-/Ausreisesystem der EU integriert werden, um die Registrierung von Drittstaatsangehörigen, die die Außengrenzen der EU überschreiten, zu automatisieren. Dieses System hat sich ebenfalls verzögert und wird voraussichtlich im Oktober schrittweise in Kraft treten.

Jahresbericht 2024 des Europäischer Datenschutzbeauftragter

SICHERHEIT

Fahrplan der Kommission zum Zugang zu Daten bei der Strafverfolgung

Am 24.06.2025 legte die Kommission im Rahmen von ProtectEU einen Fahrplan für rechtmäßigen und effektiven Zugang zu Daten für Strafverfolgungsbehörden vor. Der Fahrplan beinhaltet sechs Schlüsselbereiche: 1. Vorratsdatenspeicherung: Noch in diesem Jahr führt die Kommission eine Folgenabschätzung zur Aktualisierung der Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung durch. Europol und Eurojust werden die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Diensteanbietern beim Zugang zu elektronischen Beweismitteln verstärken. 2. Rechtmäßige Überwachung: Bis 2027 prüft die Kommission Maßnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Abfangen von Daten sowohl zwischen Behörden als auch zwischen Behörden und Dienstanbietern. 3. Digitale Forensik: Die Kommission und Europol koordinieren eine Lücken- und Bedarfsanalyse technischer Lösungen in der digitalen Forensik. Europol soll sich ab 2026 zu einem Kompetenzzentrum in diesem Bereich entwickeln und die Koordinierung mit nationalen Behörden und privaten Parteien stärken. 4. Entschlüsselung: 2026 legt die Kommission einen Technologiefahrplan zur Verschlüsselung vor, um Lösungen zu ermitteln und zu bewerten, die den rechtmäßigen Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu verschlüsselten Daten ermöglichen. 5. Normung: Die Kommission arbeitet mit Europol, Industrie, Experten und Strafverfolgung zusammen, um einen EU-weiten Normungsansatz für innere Sicherheit zu entwickeln – mit Fokus auf digitale Forensik, rechtmäßige Offenlegung und Überwachung. 6. KI-Lösungen für Strafverfolgung: Bis 2028 fördert die Kommission KI-Instrumente zur rechtmäßigen und effizienten Verarbeitung großer Datenmengen durch Strafverfolgungsbehörden.

Die Kommission fordert die Mitgliedsstaaten auf, den Fahrplan auf der informellen Tagung des Innenrats am 22./23.07.2025 zu erörtern.

Zum Fahrplan
Pressemitteilung

Europol veröffentlicht jährlichen Terrorismuslagebericht

Am 24.06.2025 veröffentlichte Europol seinen jährlichen Terrorismuslagebericht. Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2024 in der EU 58 terroristische Anschläge registriert, von denen 34 vollendet, fünf gescheitert und 19

vereitelt wurden. 449 Personen in 20 Mitgliedstaaten wurden im Zusammenhang mit Terrorismusdelikten festgenommen. Der Anstieg jugendlicher Tatverdächtiger ist besorgniserregend. Zudem ist eine Radikalisierung zu verzeichnen, die zunehmend über digitale Plattformen erfolgt und durch geopolitische Konflikte wie in Gaza oder der Ukraine, eine zusätzliche Dynamik erhält. Darüber hinaus ist bei der Verbreitung extremistischer Inhalte sowie der Anstiftung zu Gewalttaten der Missbrauch neuer Technologien, wie etwa generativer KI, von Bedeutung.

Zum Bericht
Pressemitteilung

Konsultation der Kommission zur Vorratsdatenspeicherung

Am 20.06.2025 leitete die Kommission eine Konsultation zu einer möglichen EU-Regelung zur Vorratsdatenspeicherung ein. Ziel der Initiative ist es, eine wirksame Strafverfolgung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck soll den Strafverfolgungsbehörden der benötigte Zugriff auf bestimmte „Nichtinhaltsdaten“ von Kommunikationsanbietern erlaubt wird. Zu Erfüllung des Ziels sind zum einen unverbindliche Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation zwischen Behörden und Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste denkbar. Zum anderen werden auch legislative Maßnahmen mit verbindlichen Anforderungen an alle Dienstanbieter in Erwägung gezogen. Bis zum 12.09.2025 ist eine Beteiligung an der Konsultation möglich.

Initiative

Sondierung der Kommission zu Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität

Am 18.06.2025 startete die Kommission eine Sondierung für neue Vorschriften der EU, um Organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Ziel ist es, herauszufinden, ob und inwiefern eine Überarbeitung ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erforderlich ist. Der genaue Gegenstand der Initiative ist die Definition krimineller Vereinigungen, Straftatbestände und Strafrahmen sowie potenzielle Erweiterungen zur Vereinheitlichung der Informationslage der Mitgliedstaaten und bei Ermittlungstechniken, dem Einsatz von Kronzeugen oder Spezialeinheiten. Zudem soll dem Problem der unzureichenden systematischen Anwendung des administrativen Ansatzes in den Mitgliedstaaten sowie dem Problem der institutionellen Defizite begegnet werden. Schließlich zielt die Initiative darauf ab, die strafrechtliche Reaktion auf Organisierte Kriminalität zu intensivieren und operative Hindernisse abzubauen. Eine Beteiligung an der Sondierung ist bis zum 16.07.2025 möglich.

Zur Initiative

Sondierung der Kommission zu Reform des Europol-Mandats

Am 03.07.2025 startete die Kommission eine Sondierung für eine umfassende Reform des Europol-Mandats. Das Ziel besteht darin, Europol eine stärkere operative Rolle zu verleihen, um eine wirksame und effiziente

Reaktion auf die sich wandelnde Sicherheitslage und schwerste Formen von Kriminalität und Terrorismus sowohl online als auch offline zu ermöglichen. Reformbedarf besteht insbesondere hinsichtlich technischer und rechtlicher Hindernisse beim Datenaustausch sowie hinsichtlich der unzureichenden Ressourcenausstattung und der zu engen Mandatsgrenzen. Zudem sollen Verwaltungsstrukturen modernisiert und das Europol-Mandat erweitert werden, wobei letzteres die Bekämpfung hybrider Bedrohungen verbessern soll. Die Maßnahmen zur Erfüllung des Ziels reichen von Änderungen der bestehenden Verordnung bis hin zu einem komplett neuen Mandat, das Europol weitreichendere Befugnisse im operativen und analytischen Bereich geben könnte. Eine Beteiligung an der Sondierung ist bis zum 31.07.2025 möglich.

Zur Initiative

KATASTROPHENSCHUTZ & ZIVILSCHUTZ

EU-Strategie für die Vorratshaltung zur Stärkung der Krisenbereitschaft

Am 09.07.2025 veröffentlichte die Kommission ihre EU-Strategie zur Vorratshaltung als Teil der EU-Strategie der Bereitschaftsunion. Sie zielt auf die Sicherstellung der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Lebensmitteln, Wasser, Treibstoffen und Medikamenten in Krisenzeiten. Die Kernmaßnahmen sind der Aufbau eines EU-Bestandsaufnahmenetzes, die Identifikation von Bestandslücken und Überschneidungen durch verstärkte Kooperationen, die Erweiterung der Lagerbestände auf EU-Ebene, die Verbesserung von Transport und Logistik sowie die Förderung zivil-militärischer, öffentlich-privater und internationaler Partnerschaften. Gemeinsam mit der Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB) soll die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen oder geopolitischen Konflikten gestärkt und die Versorgungssicherheit für Bürger und Wirtschaft gewährleistet werden.

Pressemitteilung
Zur Bevorratungsstrategie

WAHLEN

Rat stärkt Vorschriften über das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament

Am 24.06.2025 verabschiedete der Rat eine Richtlinie, die EU-Bürgern mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den europäischen Parlamentswahlen vereinfachen soll. Ziel ist es, die Bereitstellung von Informationen für Bürger bei der Stimmabgabe bei den Europawahlen sowie den Austausch relevanter Informationen zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern. Bürger sollen über ihr Wahlrecht sowie die Registrierungsbedingungen informiert werden, einschließlich aussagekräftiger Übersetzungen in den gängigsten EU-Sprachen. Standardisierte Registrierungsvorlagen tragen zur Vereinheitlichung der Registrierungsprozesse bei. Zudem soll die Einführung

von Schutzmaßnahmen unterbinden, dass Bürger bei einer Registrierung im Ausland automatisch aus den Wählerverzeichnissen ihres Herkunftslandes entfernt werden. Schließlich dienen die neuen Regeln auch dazu, doppelte Stimmabgaben oder Kandidaturen zu verhindern.

Die Richtlinie wird im weiteren Verfahren im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt zwanzig Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben in der Regel zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Pressemitteilung

STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission fördert 94 Verkehrsprojekte mit 2,8 Mrd. €, darunter das Zugleitsystem in Bayern

Am 03.07.2025 hat die Kommission bekanntgegeben, 94 Verkehrsprojekte mit 2,8 Mrd. € im Rahmen der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) zur Verbesserung der transeuropäischen Verkehrsnetze für eine Förderung ausgewählt zu haben. Bereits am 17.07.2024 hatte die Kommission 134 Verkehrsprojekte mit über 7 Mrd. € gefördert, darunter den Bau eines schweren Frachtterminals des niederbayerischen Hafens Straubing-Sand (EB 08/24). Laut Projektliste wurden aus Deutschland zwölf Projekte für eine Förderung i.H.v. 133 Mio. € vorgesehen. In Bayern soll der Ausbau des europäischen Zugleitsystems (ERTMS) für eine bessere Steuerung und Interoperabilität des Eisenbahnverkehrs auf der Strecke München (Haar) – Rosenheim – Freilassung bis zur österreichischen Grenze mit rund 29,4 Mio. € gefördert werden. Die Kommission wird die EU-Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) beauftragen, die Finanzierungsvereinbarungen bis Oktober 2025 abzuschließen.

Pressemitteilung der Kommission
Projektliste

MILITÄRISCHE MOBILITÄT

Kommission erörtert Investitionsbedarf für militärische Mobilität in der EU

Am 01.07.2025 haben die Kommissare für nachhaltigen Verkehr und Tourismus, *Apostolos Tzitzikostas*, und für Verteidigung und Raumfahrt, *Andrius Kubilius*, mit den EU-Mitgliedstaaten und der NATO bei einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) den Investitionsbedarf für die militärische Mobilität in der EU erörtert. Wie der Plan „ReArm Europe/Readiness 2030“ vorsieht, könnten in den nächsten vier Jahren rund 800 Mrd. € für militärische Projekte mobilisiert werden. Nach den Vorgaben des Weißbuchs für die EU-Verteidigungsbereitschaft 2030 wurden mehr als 500 vorrangige Projekte definiert. Diese reichen von der Verstärkung von Brücken über den Ausbau von Tunneln bis hin zur Bereitstellung von Gleisanschlüssen. Daneben führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur militärischen Mobilität bis zum 31.07.2025 durch. Ein Maßnahmenpaket soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Pressemitteilung der Kommission
Weißbuch für die EU-Verteidigungsbereitschaft 2030

UKRAINE-EU

Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für Mai 2025

Am 24.06.2025 hat die Kommission aktualisierte Zahlen zum Güterverkehr der EU mit der Ukraine auf den EU-Solidaritätskorridoren veröffentlicht (EB 06/25). Im Mai 2025 wurden über die EU-Solidaritätskorridore rund 80 % der ukrainischen Einfuhren (20 % über das Schwarze Meer) sowie 60 % der ukrainischen Ausfuhren von nichtlandwirtschaftlichen Produkten und 20 % des ukrainischen Getreides, der Ölsaaten und verwandter Erzeugnisse transportiert. Seit Mai 2022 konnte die Ukraine hierüber rund 187 Mio. t an Waren ausführen, darunter rund 93 Mio. t an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Insgesamt wurden rund 40 % des ukrainischen Getreides und der Ölsaaten über diese Korridore und 60 % über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen transportiert. Die Einfuhren in die Ukraine betrugen seit Mai 2022 etwa 78 Mio. t an Waren, wie Treibstoff, Fahrzeuge und Düngemittel. Der Gesamtwert des Handels über die Korridore wird auf rund 219 Mrd. € geschätzt, wovon ca. 63 Mrd. € auf die ukrainischen Ausfuhren und 156 Mrd. € auf die Einfuhren in die Ukraine entfielen.

Pressemitteilung der Kommission

STRAßENVERKEHR

Kommission schlägt Verlängerung der Mautbefreiung für emissionsfreie Lkw bis 30.06.2031 vor

Am 27.06.2025 hat die Kommission eine Verlängerung der Befreiung von Straßennutzungsgebühren für emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge wie Lkw und Busse bis zum 30.06.2031 vorgeschlagen. Anderenfalls würde der derzeitige Ausnahmezeitraum zum 31.12.2025 enden. Wie im Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie angekündigt, wird die Kommission hierfür die Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG ändern. Durch den Verzicht auf Maut- und Straßennutzungsgebühren sollen Anreize für Investitionen in emissionsfreie Fahrzeuge geschaffen werden. Mit der Überarbeitung der Richtlinie soll es den EU-Mitgliedstaaten weiterhin möglich sein, für emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge keine Maut bzw. stark ermäßigte Tarife zu erheben. Der Kommissionsvorschlag wird nun vom Europäischen Parlament und dem Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geprüft.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission veröffentlicht Mitteilung zur Marktentwicklung emissionsfreier Lkw

Am 19.06.2025 hat die Kommission eine Mitteilung zur Bewertung der Marktentwicklung emissionsfreier schwerer Nutzfahrzeuge wie Lkw und Busse seit Annahme der Verordnung (EU) 2023/1804 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) veröffentlicht. Bis 2030 wird die emissionsfreie Fahrzeugflotte auf 410.000 bis 600.000 schwere Nutzfahrzeuge geschätzt, wobei 90 % der Fahrzeuge batterieelektrisch sein sollen. Damit entwickeln sich batterieelektrische Fahrzeuge mit einer höheren Geschwindigkeit als Wasserstoff-Brennstoffzellenmodelle. Mit Blick auf die Lade- und Tankinfrastruktur entlang der transeuropäischen

Verkehrsnetze (TEN-V) kommt die Mitteilung zum Ergebnis, dass durch die verbindlichen Ziele für die Hauptverkehrskorridore und städtischen Knoten etwa 50 % der erwarteten erforderlichen Infrastruktur für das Gesamtnetzwerk erreicht werden kann. Weitere Untersuchungen sollen im Rahmen der Folgenabschätzung von AFIR im Jahr 2026 durchgeführt werden.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge

Bis zum 29.09.2025 führt die Kommission eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EU) 2019/631 zur Festsetzung von CO_2-Emissionsnormen für neue Pkw und für neue leichte Nutzfahrzeuge durch (siehe weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB). Die Überarbeitung der Verordnung soll dazu beitragen, die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr fossiler Brennstoffe zu verringern. Die Bewertung soll u. a. den Verwaltungsaufwand, die CO_2-Emissionsziele für 2035 und die Rolle der verschiedenen Kraftstoffe betrachten. Die Annahme der Verordnung ist für das 2. Quartal 2026 geplant.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung

Bis zum 29.09.2025 führt die Kommission eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 1999/94/EG über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und die CO_2-Emissionen beim Marketing für neue Pkw durch (siehe weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB). Mit der Aktualisierung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung soll sichergestellt werden, dass den Verbrauchern alle Informationen über den Kraftstoffverbrauch und die CO_2-Emissionen von Neuwagen, die in der EU zum Verkauf oder Leasing angeboten werden, zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen die Verbraucher Entscheidungen in voller Kenntnis des Klimafußabdrucks und des Kraftstoffverbrauchs der von ihnen gekauften oder geleasten Pkw treffen können. Die Annahme der Richtlinie ist für das 2. Quartal 2026 geplant.

Pressemitteilung der Kommission

SCHIENENVERKEHR

Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zum einheitlichen europäischen Eisenbahnraum

Am 08.07.2025 hat die Kommission einen Fortschrittsbericht zur Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums und deren Änderung in der Richtlinie (EU) 2016/2370 bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der

Eisenbahninfrastruktur veröffentlicht. Ziel der Richtlinie ist es, einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum durch einen diskriminierungsfreien Zugang zur Eisenbahninfrastruktur und zu den damit verbundenen Schienenverkehrsdiensten zu schaffen. Der Bericht befasst sich u. a. mit der Entwicklung der Hochgeschwindigkeitsschienenverkehrsdienste in der EU und mit möglichen diskriminierenden Praktiken von integrierten Infrastrukturbetreibern und Eisenbahnunternehmen. Dabei stellt der Bericht fest, dass immer noch Hindernisse für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum bestehen. Die Kommission möchte daher verschiedene Rechtsgrundlagen überprüfen, insbesondere die Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 über den Zugang zu Serviceeinrichtungen und schienenverkehrsbezogenen Leistungen, die Durchführungsverordnung (EU) 2015/171 über bestimmte Aspekte des Verfahrens der Genehmigung von Eisenbahnunternehmen und die Durchführungsverordnung (EU) 2015/1100 über die Berichtspflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Überwachung des Schienenverkehrsmarktes. Laut Kommission möchte der Bericht keinem Standpunkt vorgreifen, welche die Kommission in etwaigen Gerichtsverfahren einnehmen könnte.

Pressemitteilung der Kommission

SCHIFFSVERKEHR

Europäisches Parlament und Rat einigen sich zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten (RIS)

Am 26.06.2025 haben das Europäische Parlament (EP) und der Rat eine vorläufige politische Einigung zur Richtlinie über Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) erzielt. Bereits am 18.06.2024 hatte der Rat seinen Standpunkt angenommen (EB 06/24). Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus des EP (TRAN) einigte sich am 18.03.2025, die Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten aufzunehmen. Ziel ist es, die Effizienz der Binnenschifffahrt durch harmonisierte Verkehrs- und Transportinformationen auf allen Binnenwasserstraßen des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu steigern. Damit soll die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Binnenwasserstraßen gefördert und die Integration des Sektors in die multimodalen Lieferketten beschleunigt werden. Die Einigung sieht u. a. vor, die Einrichtung einer einzigen Digitalplattform, einheitliche Vorgaben für den Informationsaustausch und die Einführung eines Feedback-Mechanismus zur Bewertung der RIS-Richtlinie. Die vorläufige Einigung muss noch vom EP und Rat gebilligt werden, bevor sie förmlich angenommen werden kann. Die Richtlinie tritt nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt 20 Tage später in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten müssen die neuen Vorschriften innerhalb von drei Jahren im nationalen Recht umsetzen.

Pressemitteilung des Rates
Pressemitteilung der Kommission

Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Verringerung von CO_2-Emissionen in Häfen

Am 09.07.2025 hat die Kommission nicht verbindliche Leitlinien zur Verringerung der CO_2-Emissionen in europäischen Häfen veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht eine Nachhaltigkeitsvereinbarung für den gemeinsamen Einkauf von Hafenterminalbetreibern und die Festlegung technischer Spezifikationen für batterieelektrische Containerumschlaggeräten in Häfen. Damit soll die Abschaffung von Dieselgeräten beschleunigt werden. Laut den Leitlinien zögern die Hafenbetreiber bei der Umstellung auf elektrische Geräte aufgrund von höheren Kosten und mangelnder Interoperabilität von Ladegeräten. Die Leitlinien haben eine Gültigkeit von fünf Jahren.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission leitet Sondierungen zur EU-Hafenstrategie und zum industriellen Seeverkehr ein

Bis zum 28.07.2025 hat die Kommission Sondierungen zur EU-Hafenstrategie und zum industriellen Seeverkehr eingeleitet. Die beiden Mitteilungen sollen die EU-Prioritäten für den Hafensektor festlegen, Schwerpunktbereiche für Überarbeitungen der Rechtsprechung identifizieren und Empfehlungen für Interessenträger geben. Im Mittelpunkt stehen die Themenfelder Wettbewerbsfähigkeit, Energiewende, Gefahrenabwehr, militärische Mobilität und Finanzierungsbedarfe. Eine Annahme der Mitteilungen ist für das 4. Quartal 2025 geplant.

Pressemitteilung der Kommission
Sondierung zur EU-Hafenstrategie
Sondierung zum industriellen Seeverkehr

VERKEHRSPOLITIK

Kommission ruft zur Beteiligung an der Europäischen Mobilitätswoche 2025 auf

Am 24.06.2025 hat die Kommission zur Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche vom 16. - 22.09.2025 aufgerufen. Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen urbanen Mobilität durch Maßnahmen zur Verhaltensänderung. In diesem Jahr soll der Schwerpunkt auf Mobilität für alle liegen, um niemanden bei der Umstellung auf nachhaltigen Verkehr zurückzulassen. Der Aufruf richtet sich an Kommunen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen. Die Erfolgsgeschichten werden während der Europäischen Mobilitätswoche 2025 durch die Kommission präsentiert.

Pressemitteilung der Kommission

BAUEN UND WOHNEN

Kommission veröffentlicht Dokumente zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EPBD

Am 30.06.2025 hat die Kommission neue Leitlinie zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) veröffentlicht und eine Expertengruppe Wohnen („Housing Advisory Board“) eingesetzt (siehe weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB). Das Paket umfasst 20 Dokumente, bestehend aus einer Mitteilung mit 13 Anhängen zu Artikeln der EPBD, eine delegierte Verordnung mit Anhang zur Berechnung des kostenoptimalen Niveaus, eine Kostenoptimalitätsrichtlinie mit Anhang sowie eine Durchführungsverordnung mit Anhang zur Übermittlung von Informationen aus nationalen Datenbanken an die EU-Beobachtungsstelle für den Gebäudebestand. Die Umsetzungsfrist der EPBD im deutschen Gebäudeenergiegesetz (GEG) endet zum 29.05.2026. Bereits bis Ende 2025 müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre vorläufigen nationalen Gebäuderenovierungspläne der Kommission vorlegen. Die endgültigen Pläne müssen dann bis zum 31.12.2026 eingereicht werden. Daneben hat die Kommission eine Expertengruppe Wohnen eingesetzt, die bei der Ausarbeitung des ersten EU-Plans für bezahlbares Wohnen unterstützen soll. Die Gruppe umfasst 15 Expertinnen und Experten aus der Politik, Wissenschaft, von Think Tanks und Verbänden. Der EU-Plan für bezahlbares Wohnen soll im 1. Quartal 2026 vorgelegt werden.

Pressemitteilung der Kommission
Dokumente zur EPBD
Expertengruppe Wohnen

Kommission zeichnet junge Architekten und Stadtplaner aus

Am 20.06.2025 hat die Kommission junge Architekten und Stadtplaner mit dem Preis „EUmies Awards Young Talents“ für ihre Masterarbeiten ausgezeichnet. Aus Deutschland erhielt *Andreas Stanzel* von der Bauhaus-Universität Weimar den Preis für seine Arbeit „Hotel Interim“, in der er ein leerstehendes Hotel in Halle untersuchte, das seit 2022 auf den Abriss wartet. Das von ihm erstellte Konzept für eine Zwischennutzung berücksichtigt, wie das Gebäude im Kontext eines schrittweisen Rückbaus dennoch als Stadtbaustein erhalten bleiben könnte. *C. von Hammerstein* und *V. Kellmann* von der Technischen Universität Berlin entwickelten in ihrer Masterarbeit „Forest & Phoenix“ hybride Infrastrukturen zur Waldbrandvorsorge in Brandenburg. Dabei wird zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit ein Waldbrandkompetenzzentrum vor Ort vorgeschlagen. Die Preise werden alle zwei Jahre an junge Architekten und Stadtplaner verliehen.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission ruft zur Teilnahme am Preis Barrierefreie Stadt 2026 auf

Bis zum 09.09.2025 können sich Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern für den Preis Barrierefreie Stadt 2026 („Access City Award“) bewerben. Im Jahr 2025 erhielt Wien diesen Preis; auf dem zweiten Platz lag Nürnberg.

Die ersten drei Gewinner sollen ein gestaffeltes Preisgeld i.H.v. 150.000 €, 120.000 € und 80.000 € erhalten. Damit werden die Städte für ihre jeweiligen Beiträge zur Verbesserung der Barrierefreiheit gewürdigt. Für das Jahr 2026 soll „Barrierefreiheit im Wohnungsbau“ im Mittelpunkt stehen. Die Preisträger werden im Rahmen der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen am 04./05.12.2025 in Brüssel verliehen.

Pressemitteilung der Kommission
Preis Barrierefreie Stadt 2025

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für 1. Quartal 2025

Am 04.07.2025 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das 1. Quartal 2025 veröffentlicht (EB 05/25). Danach stiegen die Hauspreise in der EU gegenüber dem 1. Quartal 2024 um +5,7 %. Die jährlichen Hauspreise sind am stärksten in Portugal (+16,3 %), Bulgarien (+15,1 %) und Kroatien (+13,1 %) gestiegen. Demgegenüber sanken diese nur in Finnland (-1,9 %). In Deutschland steigen die Hauspreise um +3,8 %. Die nächste Veröffentlichung des HPI für das 2. Quartal 2025 ist am 03.10.2025 geplant.

Pressemitteilung von Eurostat

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für April 2025

Am 19.06.2025 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für April 2025 veröffentlicht (EB 05/25). Danach stieg diese in der EU gegenüber April 2024 um +2,5 %. Die Bautätigkeit stieg im Hochbau um +0,5 % und im Tiefbau um +2,4 %. Die höchsten Anstiege der Produktion im Baugewerbe wurden in Spanien (+14,7 %), Bulgarien (+7,0 %) und Belgien (+6,6 %) verzeichnet. Die größten Rückgänge gab es in Slowenien (-5,9 %), Polen (-4,3 %) und der Slowakei (-2,1 %). Für Deutschland wurde ein Anstieg um +0,3 % registriert.

Pressemitteilung von Eurostat

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

EuGH: Schlussanträge des Generalanwalts zur Nutzung von „Samples“

Am 17.06.2025 hat der Generalanwalt *Nicholas Emiliou* seine Schlussanträge in der Rechtssache C-590/23 vorgelegt.

Bei dem Verfahren handelt es sich um ein Vorabentscheidungsersuchen des deutschen Bundesgerichtshofs (BGH). Dies steht im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung zwischen der Elektronik-Musikgruppe Kraftwerk einerseits und den Hip-Hop-Produzenten SD und UP sowie der Produktionsfirma Pelham GmbH andererseits. Es geht um die Nutzung eines Ausschnitts von zwei Sekunden Länge im Jahr 1997 von den Beklagten veröffentlichten Hip-Hop-Titel „Nur mir“, den sie unbefugt dem Tonträger eines 1977 von Kraftwerk produzierten avantgardistischen Elektroniktitels („Metall auf Metall“) „entlehnt“ hatten.

Der BGH ersucht den Gerichtshof um Auskunft, ob „Sampling“ dennoch als eine unter Art. 5 Richtlinie 2001/29/EG fallende Ausnahme, und zwar „für die Nutzung zum Zwecke von … Pastiches“ (Abs. 3 Buchst. k), erlaubnisfrei zulässig sein könnte. In dieser Hinsicht wirft der BGH die Frage auf, ob diese Ausnahmeregelung es Dritten gestatte, sich vor dem Hintergrund der Freiheit der Kunst nach Art. 13 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union freizügig an bestehendes geschütztes Material anzulehnen, um neue künstlerische Darstellungen zu schaffen.

Nach Ansicht des Generalsanwalts *Emiliou* ist Art. 5 Abs. 3 Buchst. k der Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.05.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft dahin auszulegen, dass der Begriff „Pastiche“ im Sinne dieser Vorschrift künstlerische Schöpfungen erfasst, die erstens an ein oder mehrere bestehende Werke, ein Genre, einen Künstler oder eine Schule erinnern, indem seine (bzw. ihre) charakteristische „ästhetische Sprache“ übernommen wird, zweitens gegenüber der imitierten Quelle wahrnehmbare Unterschiede aufweisen und drittens als Nachahmung erkennbar sein sollen. Der mit dieser offenen stilistischen Nachahmung verfolgte Zweck ist hingegen unerheblich.

Schlussanträge vom 17.06.2025

JURI: Billigung der neuen Vorschriften zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts

Am 24.06.2025 haben die Abgeordneten des Rechtsausschusses (JURI) des Europäischen Parlamentes (EP) mit 19 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltungen für die neuen Regeln zum Richtlinienvorschlag der Kommission zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts (COM (2022) 702) gestimmt.

Die Abgeordneten sprachen sich u. a. für eine Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Vermögenswerten und des Zugangs für Insolvenzverwalter und strengere Regeln für Geschäftsführer aus. Geschäftsführer insolventer Unternehmen müssten innerhalb einer Frist von drei Monaten einen Insolvenzantrag stellen und müssten auch für den Fall haften, dass sie einen solchen Antrag nicht stellen.

Nun muss noch das Plenum des EPs die in dem Bericht des JURI-Ausschusses enthaltenen Vorschriften billigen, dann können die interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat beginnen. Dieser hatte seine Allgemeine Ausrichtung am 12.06.2025 verabschiedet.

Pressemitteilung des EP vom 24.06.2025

JURI: Billigung der neuen Vorschriften zur Verordnung im Erwachsenenschutz

Am 24.06.2025 haben mit 19 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltungen die Abgeordneten des Rechtsausschusses (JURI) des EPs für neue Regeln in Gestalt einer Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen und die Zusammenarbeit in Fragen des Erwachsenenschutzes (COM (2023) 280 final) gestimmt.

Die in dem Bericht enthaltenen neuen Regelungen umfassen u. a. den Bereich der Entscheidungsfindung. Die Abgeordneten sprechen sich für einen Vorrang der unterstützten Entscheidungsfindung vor der substituierten Entscheidungsfindung aus.

Es wird zudem eine Unterstützungs- und Vertretungsbescheinigung eingeführt. Damit soll eine benannte Person ermächtigt werden, einen Erwachsenen in einem anderen Mitgliedstaat zu unterstützen oder zu vertreten, wenn es um den Erwerb oder die Veräußerung seines Vermögens, die Ausübung von Handels- oder Geschäftstätigkeiten und die Entscheidung über die medizinische Behandlung oder den Wohnort eines Erwachsenen geht. Das Zertifikat soll kostenlos und in zugänglichen Formaten für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Abgeordneten lehnten indes die Einrichtung und Vernetzung nationaler Schutzregister ab.

Nun steht noch die Billigung durch das Plenum des EPs aus, dann können die interinstitutionellen Verhandlungen beginnen, sobald der Rat seinen eigenen Standpunkt zu dem Dossier festgelegt hat, bislang ist nur eine partielle Allgemeine Ausrichtung verabschiedet worden.

Pressemitteilung des EP vom 24.06.2025

IMCO: Billigung der neuen Vorschriften zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie

Am 26.06.2025, haben die Abgeordneten des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) ihren Berichtsentwurf mit den neuen Regelungen zum Vorschlag der Kommission vom 29.11.2023 zur Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2015/2302) aus dem Jahr 2015 (COM(2023) 905 final) mit 35 JA-Stimmen, 1 NEIN-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

Am 29.11.2023 hatte die Kommission ihr EU-Mobilitätspaket für verbesserte Rechte für Reisende vorgelegt. Dieses besteht unter anderem aus der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie.

Die überarbeiteten Regelungen sollen den Schutz von Reisenden verbessern, wenn bspw. ein Reiseveranstalter in Konkurs geht. Die COVID-19-Pandemie und die Insolvenz von ThomasCook hatten insoweit den Änderungsbedarf der bestehenden Vorschriften indiziert.

Die neuen im o. g. Ausschuss bereits abgestimmten Regelungen umfassen u. a. Erstattungsrechte und Insolvenzschutz. Der Reisende soll eine Rückerstattung für Vorauszahlungen und noch nicht erbrachte Dienstleistungen sowie Rückführungshilfe erhalten, sollte der betreffende Reiseveranstalter in die Insolvenz fallen.

Zudem enthalten die überarbeiteten Vorschriften neben einer neuen Definition des Begriffs der „Pauschalreise“ auch eine Aufstellung über die Punkte und Themen, zu denen Reisende vor, während und nach ihrer Reise informiert werden müssen.

Das Plenum des EPs wird voraussichtlich im September über den angenommenen Berichtsentwurf des Ausschusses abstimmen und somit seinen Standpunkt verabschieden. Anschließend können die Trilogverhandlungen mit dem Rat, der seine Allgemeine Ausrichtung bereits im Dezember 2024 verabschiedet hatte, beginnen.

Pressemitteilung des EP vom 26.06.2025
Dokumentenübersicht

EuG: Urteil zum Begriff der „Unionsmarke“

Am 25.06.2025 hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) in der Rechtssache T-239/23 entschieden, dass Nero CHAMPAGNE nicht als Unionsmarke für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g.U.) „Champagne“ eingetragen werden kann.

Im Jahr 2019 meldete die italienische Gesellschaft Nero Lifestyle beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) die Wortmarke NERO CHAMPAGNE an. Diese Anmeldung erfasst bestimmte Waren und Dienstleistungen, darunter „Weine gemäß den Anforderungen der Spezifikation der geschützten Ursprungsbezeichnung (g. U.) ‚Champagne“. Das Comité interprofessionnel du vin de Champagne und das Institut national de l’origine et de la qualité erhoben gegen die Eintragung u. a. mit der Begründung Widerspruch, dass die g. U. „Champagne“ seit 1973 eingetragen sei. Die Marke NERO CHAMPAGNE könne von dem Ansehen der Waren mit dieser g. U., deren Schutz im Wesentlichen den Verbrauchern gewährleisten solle, dass sie bestimmte besondere Eigenschaften aufwiesen und somit eine Qualitätsgarantie aufgrund ihrer geografischen Herkunft böten, in missbräuchlicher Weise profitieren.

In seinem Urteil hebt das EuG die Entscheidung des EUIPO auf und gibt dem Widerspruch statt, und zwar auch in Bezug auf „Weine gemäß den Anforderungen der Spezifikation der [g.U.] ‚Champagne“. Die Anmeldung der Marke NERO CHAMPAGNE wird somit zurückgewiesen.

Nach Auffassung des Gerichts hat die Beschwerdekammer trotz einer entsprechenden ständigen Praxis des EUIPO einen Rechtsfehler begangen, indem sie im Wesentlichen festgestellt habe, dass diese Vermutung

durch keinen Beweis in Frage gestellt werden könne. Zum anderen habe die Beschwerdekammer des EUIPO gegen die ihr obliegende Begründungspflicht verstoßen. Sie habe nämlich nicht hinreichend dargelegt, inwiefern die von den Branchenverbänden vorgelegten Beweise nicht geeignet waren, die Vermutung zu widerlegen. Schließlich entscheidet das Gericht, dass der Begriff „Nero“ vom Verbraucher als Hinweis entweder auf die Rebsorte des Champagners oder auf seine Farbe wahrgenommen werden könne, so dass die angemeldete Marke eine falsche oder irreführende Information vermitteln könnte.

Pressemitteilung des EuGH vom 25.06.2025
Urteil des EuG vom 25.06.2025

Europäisches Parlament und Rat: Trilogeinigung zur alternativen Streitbeilegung

Am 26.06.2025 haben sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates auf neue Vorschriften zum Vorschlag der Kommission vom 17.10.2023 für eine Richtlinie zur Änderung der derzeit geltenden Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (2013/11/EU) geeinigt. Damit soll es Verbrauchern und Unternehmern ermöglicht werden, Streitigkeiten ohne gerichtliche Intervention schnell und kostengünstig beizulegen.

Jedes Jahr werden etwa 300.000 förderfähige Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmern von Stellen der alternativen Streitbeilegung bearbeitet, wobei die Lösungsquoten in der gesamten EU zwischen 17 % und 100 % liegen. Trotzdem ist die Inanspruchnahme von alternativen Streitbeilegungsverfahren nach wie vor gering, was zum Teil auf das geringe Bewusstsein der Verbraucher, die geringe Beteiligung der Händler, die Deckungslücken, die hohen Kosten und die komplexen Verfahren in einigen Mitgliedstaaten zurückzuführen ist.

Durch die neuen Regelungen werden Verbraucher und Unternehmen zukünftig durch unparteiische, außergerichtliche Stellen wie Schlichter, Mediatoren, Schiedsrichter, Bürgerbeauftragte und Beschwerdestellen unterstützt, um mögliche Streitigkeiten gütlich, fair und kostengünstig zu lösen.

Der neue Anwendungsbereich soll sich auf Verbraucherrechtsstreitigkeiten beziehen, die sich aus einem Vertrag ergeben, einschließlich Fragen, die vor dem Vertrag (z. B. Werbung und Informationsbereitstellung) und nach dessen Beendigung (z. B. Nutzung digitaler Inhalte) auftreten und auch Händlern aus Drittstaaten die Teilnahme an Verfahren zur alternativen Streitbeilegung ermöglichen.

Das EP und der Rat haben eine „Einigung in vorgezogener zweiter Lesung“ erzielt. Es wird erwartet, dass der Rat diese Vereinbarung förmlich annimmt, woraufhin das EP im Plenum in zweiter Lesung die Einigung noch billigen muss. Die Richtlinie tritt sodann 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Die Bestimmungen treten nach 32 Monaten in Kraft.

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 26.06.2025

Kommission: Veröffentlichung des dreizehnten EU-Justizbarometers

Am 01.07.2025, hat die Kommission die dreizehnte Ausgabe des EU-Justizbarometers veröffentlicht.

Sinn und Zweck des seit 2013 jährlich ermittelten und veröffentlichten EU-Justizbarometers ist es, einen vergleichbaren Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den Mitgliedstaaten zu geben. Die im EU-Justizbarometer enthaltenen Angaben fließen zudem in den Rechtstaatlichkeitsbericht 2025 ein und die Informationen werden für die Überwachung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne verwendet.

Zur Bewertung der drei genannten Schlüsselbereiche stützt sich das EU-Justizbarometer auf verschiedene Indikatoren. Das EU-Justizbarometer 2025 enthält neue Indikatoren, die für den Binnenmarkt relevant sind und die wesentliche Rolle effizienter und unabhängiger Justizsysteme bei der Förderung eines fairen und wettbewerbsfähigen Marktumfelds hervorheben. Zu den neuen Indikatoren gehören beispielsweise die Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Unternehmen von den Prüfstellen für die Vergabe öffentlicher Aufträge und der nationalen Wettbewerbsbehörden und die Ernennungs- und Entlassungsvorschriften für Überprüfungsstellen für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die nationalen Wettbewerbsbehörden und die Obersten Rechnungskontrollbehörden.

Unter anderem Deutschland gehört im Bereich der Qualität der Justiz zu den 26 Mitgliedstaaten, die über Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen von Opfern von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verfügen, und zu den 25 Mitgliedstaaten, die sicherstellen, dass Kontakte zwischen Opfern und Tätern bei Bedarf vermieden werden.

Die Ergebnisse des EU-Justizbarometers tragen zu der Überwachung bei, die im Rahmen des jährlichen Zyklus zur Rechtsstaatlichkeit und des Europäischen Semesters durchgeführt wird.

EU-Justizbarometer 2025
EU-Justizbarometer (Factsheet)
Pressemitteilung der Kommission vom 01.07.2025

EuG: Urteile in den Rechtssachen Ferrari / EUIPO

Am 02.07.2025 verkündete das Gericht der Europäischen Union (EuG) seine Urteile in den Rechtssachen T-1103/23 und T-1104/23 (Ferrari / EUIPO - Hesse (TESTAROSSA)). In seinen Urteilen hebt das von Ferrari angerufene EuG die Entscheidungen des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) auf, mit denen die Wortmarke TESTAROSSA von Ferrari für bestimmte Waren für verfallen erklärt wurde, darunter Automobile, Einzelteile und Zubehör sowie Modellfahrzeuge.

Im Jahr 2007 trug das EUIPO zugunsten von Ferrari die Registrierung der Wortmarke TESTAROSSA mit Benennung der Europäischen Union ein, u. a. für Autos, Ersatzteile, Zubehör und Spielzeugautos.

Das mit zwei Anträgen von *K. Hesse* auf Erklärung des Verfalls der Marke TESTAROSSA befasste EUIPO erklärte diese Marke von Ferrari für verfallen. Es war der Ansicht, dass diese Marke für die Waren, für die sie eingetragen worden war, während eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren zwischen 2010 und 2015 in der Europäischen Union nicht „ernsthaft benutzt" worden sei. Diese Entscheidungen der Beschwerdekammer des EUIPO wurden von Ferrari vor dem EuG angefochten.

In seinen Urteilen hebt das EuG die Entscheidungen des EUIPO auf.

In der Rechtssache T-1103/23 kommt das EuG hinsichtlich der Fahrzeuge des Modells TESTAROSSA sowie der Einzelteile und Zubehör zu dem Ergebnis, dass das Unternehmen seine stillschweigende Zustimmung zur Benutzung der betreffenden Marke durch Dritte nachgewiesen hat.

In der Rechtsache T-1104/23 stellte das EuG hinsichtlich der Modellfahrzeuge fest, dass diese im betreffenden Zeitraum von Dritten für Modellfahrzeuge mit der Angabe „offizielles Produkt unter Ferrari-Lizenz" und somit entsprechend ihrer Hauptfunktion benutzt wurden. Zudem sei ihre Benutzung für Modellfahrzeuge durch Dritte mit der stillschweigenden Zustimmung von Ferrari erfolgt.

Pressemitteilung des EuG vom 02.07.2025
Urteil des EuG vom 02.07.2025 (T-1103/23)
Urteil des EuG vom 02.07.2025 (T-1104/23)

JURI: Veröffentlichung des Initiativberichts zum 28. Gesellschaftsregimes

Der für das Dossier eines 28. Gesellschaftsregime zuständige Berichterstatter *René Repasi* (S&D) im Rechtsausschuss (JURI) hat seinen Bericht vom 30.06.2025 veröffentlicht. Darin wird der geplante Legislativvorschlag grundsätzlich begrüßt, der nach Ansicht des Rechtsauschusses auf der Grundlage von Art. 50 und 114 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfolgen sollte.

Art. 352 Abs. 1 AEUV stellen nach Ansicht der Abgeordneten keine geeignete Rechtsgrundlage dar, da dies die Annahme des Legislativvorschlags aufgrund des Erfordernisses der Einstimmigkeit voraussichtlich verzögern würde.

Die Abgeordneten sprechen sich darüber hinaus für eine maximale Harmonisierung aus, um einheitliche Vorschriften in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Unternehmen, die sich freiwillig für die 28. Regelung entscheiden, sollen an deren Regeln gebunden sein.

JURI: Veröffentlichungen

Informelles Treffen: Gespräche zwischen Vertretern der USA und der Innen- und Justizminister/-innen der EU

Am 08.07.2023 veröffentlichte die Kommission ihren jährlichen Rechtstaatlichkeitsbericht. Dieser enthält sowohl eine Evaluation der im letzten Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024 veröffentlichten länderspezifischen Empfehlungen als auch (teilweise daraus folgende) neue Empfehlungen.

Die Kommission veröffentlicht seit 2020 jährlich einen Rechtstaatlichkeitsbericht. Dieser enthält eine Mitteilung sowie 27 Länderkapitel. Ziel des Berichts ist es, die wichtigsten – positiven und negativen – Entwicklungen innerhalb der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten zu beleuchten. Dabei stehen weiterhin vier Säulen im Fokus: Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und -freiheit sowie institutionelle Gewaltenteilung. Dieses Jahr enthält der Bericht erneut auch länderspezifische Empfehlungen. Der Bericht enthält in diesem Jahr auch noch einen weiteren Bereich: Die Unterstützung des Binnenmarktes. Damit werden Fragen der Rechtsstaatlichkeit behandelt, die Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – betreffen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Im Bereich Justiz fiel der Bericht überwiegend positiv aus. Die Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz durch die Unternehmen sei im Vergleich zu 2024 (69 %) sowie 2021 (68 %) leicht gestiegen. Bezüglich der Höhe der Besoldung von Richterinnen und Richtern sowie von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten kritisierte die Kommission, dass zwar einige Schritte unternommen worden seien, doch bestünden nach wie vor Herausforderungen im Zusammenhang mit Neueinstellungen in diesem Bereich.

Die Berichterstattung zu Deutschland erscheint insgesamt weiterhin insgesamt ausgewogen.

Der veröffentliche Rechtsstaatlichkeitsbericht hat keine unmittelbaren rechtlichen Folgen. Er dient auf EU-Ebene (Rat, Europäisches Parlament) sowie auf nationaler Ebene als Diskussionsgrundlage und bietet die Möglichkeit, die allgemeinen und länderspezifischen Gespräche auf der Grundlage dieses Berichts fortzusetzen und dabei auch auf die Empfehlungen zurückzugreifen, um die konkrete Umsetzung weiter zu prüfen (siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission vom 08.07.2024
Rechtsstaatlichkeitsbericht 2025

Kommission: Konsultationsphase zum 28. Gesellschaftsregime

Die Kommission hat am 08.07.2025 die Konsultationsphase betreffend das 28. Gesellschaftsregime gestartet.

Das 28. Gesellschaftsregime soll Unternehmen, einschließlich innovativer, Start-up- und Scale-up-Unternehmen, dabei helfen, Hindernisse bei der Gründung und Tätigkeit im Binnenmarkt zu überwinden. Zu diesem Zweck soll Unternehmen ein einheitliches Regelwerk zur Verfügung gestellt werden, einschließlich eines EU-Rechtsrahmens für Unternehmen, der auf standardmäßigen Digitallösungen basiert. Neben dem Gesellschaftsrecht sollen die Ergebnisse der Konsultation auch dazu beitragen, wie Aspekte im Zusammenhang mit anderen Rechtsbereichen wie Arbeit und Steuern Berücksichtigung finden werden.

Das 28. Gesellschaftsregime wurde im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit sowie im Binnenmarkt und in den Start-up - und Expansionsstrategien angekündigt.

Die Konsultation läuft vom 08.07.2025 - 30.09.2025.

Konsultation: 28. Gesellschaftsregime

STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Stärkung der Forschungszusammenarbeit zwischen der EU und Kanada

Auf dem 20. EU-Kanada-Gipfel am 23.06.2025 haben die europäischen und kanadischen Führungsspitzen die Stärkung ihrer strategischen Partnerschaft und eine vertiefte Kooperation auf zahlreichen Feldern, darunter auch im Bereich Forschung und Innovation, beschlossen. Für die EU nahmen Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und Ratspräsident *António Costa*, für die kanadische Seite Premierminister *Mark Carney* an dem Gipfeltreffen teil.

Beide Parteien unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, wonach Kanada und die EU eine engere Zusammenarbeit in Forschung und Innovation, insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz (KI), Quantenwissenschaft und Hochleistungsrechnen anstreben. Die Zusammenarbeit umfasst die Angleichung von Rechtsvorschriften, die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen und die Förderung der Forschungssicherheit. Außerdem soll eine koordinierte Arbeit an KI-Innovation – einschließlich KI-Fabriken – und der Verknüpfung von High-Performance-Computing-Infrastrukturen stattfinden. Industrielle Kooperationen sind in Bereichen wie Halbleiter, Cybersicherheit, Klimawandel, Ozeane und Polarforschung geplant. Kanada intendiert daneben die Ausweitung seiner Assoziierung mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa (EB 12/23) und erwägt, am Folgeprogramm für die Laufzeit 2028 - 2034 teilzunehmen. Zudem sollen Mobilität und Ausbildung von Forscherinnen und Forschern durch Programme wie Erasmus+, den Europäischen Forschungsrat und die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen gefördert und die akademische Freiheit geschützt werden.

Pressemitteilung der Kommission
Gemeinsame Erklärung

Europäischer Innovationsrat fördert bayerische Unternehmen

Am 30.06.2025 gab der Europäische Innovationsrat (EIC) die Förderung von 40 Unternehmen im Rahmen der zweiten Runde des EIC Accelerator-Programms 2025 bekannt. Unter den ausgewählten Firmen befinden sich sieben aus Deutschland, darunter zwei mit Sitz in Bayern.

Die Unternehmen wurden aus insgesamt 150 Bewerbungen ausgewählt, die bis zur Frist im März 2025 vollständige Finanzierungsvorschläge eingereicht hatten. Die beiden Preisträger mit bayerischer Beteiligung sind dabei insbesondere im Bereich Biotechnologie tätig. Bemerkenswert ist, dass 32 % der ausgewählten Unternehmen von Frauen in wichtigen Führungspositionen wie CEO, CTO oder CSO geleitet werden, was einen Fortschritt für die Geschlechtervielfalt im Bereich Technologie und Innovation darstellt. Insgesamt erhalten die geförderten Unternehmen rund 230 Mio. €, wobei 87 % der Begünstigten eine gemischte Finanzierung – eine Kombination aus Zuschüssen und Kapitalbeteiligungen – erhalten. Weitere 109 von der EIC-Jury positiv bewertete Anträge erhielten ein Exzellenzsiegel und 20 Unternehmen, die zumindest die

Interviewphase erreichten, ein STEP-Siegel – ein Qualitätssiegel, das an Projekte vergeben wird, die zu mindestens einem der Ziele der Plattform Strategische Technologien für Europa (STEP) beitragen. Die Auszeichnungen sollen den Unternehmen den Zugang zu ergänzenden oder alternativen EU-Finanzierungen erleichtern.

Der EIC ist Teil der dritten Säule „Innovatives Europa“ des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und bietet Unterstützung für hochinnovative Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen. Der nächste Stichtag für Bewerbungen ist der 01.10.2025.

Liste der ausgewählten Unternehmen
Pressemitteilung des EIC

Experten-Berichte zu Dual-Use mit Empfehlungen für künftiges EU-Forschungsrahmenprogramm

Am 25.06.2025 hat die Kommission zwei sich ergänzende Experten-Berichte zum Thema Dual-Use mit Empfehlungen für das künftige EU-Forschungsrahmenprogramm veröffentlicht.

Zentrale Empfehlungen des ersten Berichts mit dem Titel „Making the Most of EU Research and Innovation Investments: Rethinking Dual-Use“ sind eine Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und die Förderung von Bewusstsein und Wissenstransfer sowie die Einrichtung institutioneller Ethik- und Sicherheitskomitees und potenzieller Systeme zur Vorfallmeldung und Risikobewertung. Außerdem soll neben der Anwendung des Prinzips „so offen wie möglich“ auch der „Dual-Use-by-Design“-Ansatz und die Integration von Dual-Use-Forschung in das nächste Forschungsrahmenprogramm sowie eine entsprechende Koordinierung mit dem Europäischen Verteidigungsfonds integriert werden. Der zweite Bericht mit dem Titel „Unlocking the Potential of Dual-Use Research and Innovation“ wurde von einer Experten-Gruppe aus der zivilen und Verteidigungs-F&I-Community verfasst und bietet damit praxisnahe Einblicke in die Umsetzung. Die zentralen Punkte für Forschungseinrichtungen sind eine frühzeitige Identifikation mit Dual-Use-Potenzial, eine spezifische Unterstützung und Leitlinien für die Exportkontrolle, die Einführung eines Dual-Use-Kennzeichnungsmechanismus, der Projekten gezielte EU-Unterstützung gewährleistet, eine bessere Koordination zwischen Fördergebern und Exportkontrollbehörden sowie eine Kohärenz zwischen Exportkontroll-, Forschungs- und Wirtschaftssicherheitsrahmen.

Beide Berichte sollen bei der Gestaltung des nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms seitens der Kommission berücksichtigt werden.

Pressemitteilung der Kommission
Experten-Bericht „Making the Most of EU Research and Innovation Investments: Rethinking Dual-Use“
Experten-Bericht „Unlocking the Potential of Dual-Use Research and Innovation“

Politische Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025 - 2027

Am 20.06.2025 hat der Rat eine Empfehlung zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum (ERA) 2025 - 2027 verabschiedet.

Die Empfehlung zur Weiterentwicklung des ERA widmet sich der Entwicklung im nächsten Dreijahreszyklus und stellt einen umfassenden Fahrplan für den ERA dar. Laut Rat zielt die politische Agenda darauf ab, das europäische Ökosystem für Forschung und Innovation zu stärken, große Herausforderungen in den Bereichen Wissensmobilität, Nachhaltigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewältigen und gleichzeitig messbare Ergebnisse zu erreichen. Zu den neuen Prioritäten im ERA gehört die Verbesserung der Forschungssicherheit in der EU, die Vertiefung des Prinzips der offenen Wissenschaft (Open Science), die Beschleunigung des Einsatzes verantwortlicher Künstlicher Intelligenz in der EU und die stärkere Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Entscheidungsfindung (Science for Policy).

Der kommissionsseitige Vorschlag für die Politikagenda wurde gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, europäischen Interessengruppen sowie mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa assoziierten Ländern im ERA-Forum erarbeitet und im Februar diesen Jahres angenommen (EB 03/25).

Ratsempfehlung zur ERA Policy Agenda

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 19.06.2025: u. a. Erweiterung des Euro-Währungsgebiets und digitaler Euro

Am 19.06.2025 tagten die EU-Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der Euro-Gruppe. Für Deutschland nahm *Lars Klingbeil* als Bundesfinanzminister teil.

Zunächst präsentierten die Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) ihre positiven Konvergenzbewertungen in Bezug auf Bulgarien. Die Euro-Gruppe schloss sich diesen Bewertungen an und billigte eine Empfehlung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets an den Rat zur Einführung des Euro in Bulgarien.

Des Weiteren wurden die Minister über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum digitalen Euro informiert. Sie bekräftigten ihre anhaltende politische Unterstützung für dieses Schlüsselprojekt und hoben dessen strategische Bedeutung und die wachsende Notwendigkeit eines zügigen Fortschritts hervor.

Unter Verschiedenes ging es um den Wahlprozess für den Präsidenten der Euro-Gruppe. Die Minister wurden über den genauen Ablauf der für den 07.07.2025 geplanten Wahl informiert.

Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 19.06.2025
Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 19.06.2025
Pressemitteilung des Rates zu Bulgarien vom 19.06.2025

ECOFIN-Sitzung am 20.06.2025: u. a. Halbjahresbericht über Steuerfragen und EU-Haushalt

Im Rahmen des ECOFIN-Rates am 20.06.2025 führten die EU-Finanz- und Wirtschaftsminister einen Gedankenaustausch zu den Vorschlägen der Kommission für eine umfassende Reform zur Modernisierung der EU-Zollunion (Zollreformpaket) vom 17.05.2023. Der Rat bekundete in der Sitzung seine breite Unterstützung für eine rasche Einigung über sein Verhandlungsmandat.

Zudem führte der Rat einen Gedankenaustausch über die Konvergenzberichte für Bulgarien (Beitritt Bulgariens zum Euro-Währungsgebiet zum 01.01.2026) und nahm die Kommissionsempfehlung zur Aufnahme von Bulgarien in die Eurozone an.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führten die Minister eine Orientierungsaussprache darüber, wie die Energiepreise in der EU gesenkt werden können. Sie verschafften sich zudem einen Überblick über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und nahmen die Durchführungsbeschlüsse zur Änderung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne von Belgien, Zypern, Kroatien, Italien, Malta, Slowenien, Litauen und Polen an.

Wichtigste Ergebnisse der Tagung des ECOFIN-Rates am 20.06.2025

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Rat entscheidet über weiteres Vorgehen für Belgien und Rumänien im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit
Aufbau- und Resilienzfazilität: Rat gibt grünes Licht für geänderte Pläne Belgiens, Zyperns, Kroatiens, Italiens, Litauens, Maltas, Polens und Sloweniens
Umsetzung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung: Rat billigt mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Pläne von Bulgarien und Belgien

Euro-Gruppe am 07.07.2025: u. a. Erklärung zum haushaltspolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet und Wahl des Präsidenten der Euro-Gruppe

Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone tagten am 07.07.2025 im Rahmen der Euro-Gruppe. Zum einen nahmen sie eine Erklärung zum haushaltspolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026 an, in der sie betonen, dass mit Ausnahme der Verteidigungsausgaben ein restriktiver haushaltspolitischer Kurs nach wie vor angemessen ist. Die Minister erwarten für 2026 einen weitgehend neutralen haushaltspolitischen Kurs.

Zum anderen führte die Euro-Gruppe auf Grundlage der von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten, jährlichen Überprüfung einen Gedankenaustausch über die internationale Rolle des Euro und wählte einvernehmlich *Paschal Donohoe*, den irischen Minister der Finanzen, für eine dritte Amtszeit zu ihrem Präsidenten.

Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 07.07.2025
Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 07.07.2025

ECOFIN-Rat am 08.07.2025: u. a. Erweiterung des Euro-Raums und Finanzierung der Verteidigungsausgaben

Am 08.07.2025 fand ein Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister im Rahmen des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zum ersten Mal unter Vorsitz der dänischen Wirtschaftsministerin *Stephanie Lose* statt.

Der Rat nahm die notwendigen drei Rechtsakte zur Einführung des Euro in Bulgarien zum 01.01.2026 an und setzte den Umrechnungskurs auf 1,95583 Lewa pro 1 € fest. Dies entspricht dem gegenwärtigen Leitkurs für den Lew im Wechselkursmechanismus (WKM II).

Die Minister nahmen 15 Empfehlungen des Rates an, die es Mitgliedstaaten gestatten, auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2024/1263 von der vom Rat festgelegten Obergrenze für das Nettoausgabenwachstum abzuweichen (Aktivierung der nationalen Ausweichklausel). Ziel ist es, den Mitgliedstaaten den Übergang zu höheren Verteidigungsausgaben auf nationaler Ebene zu erleichtern und gleichzeitig nachhaltige öffentliche Finanzen aufrechtzuerhalten.

Der Rat leitete auch ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit in Bezug auf Österreich ein, indem er das Bestehen eines übermäßigen Defizites feststellte und zugleich eine Empfehlung zur Korrektur des übermäßigen Defizits annahm. Österreich hat bis zum 15.10.2025 Zeit, wirksame Maßnahmen vorzulegen und umzusetzen. Für Rumänien wurde eine revidierte Empfehlung zur Korrektur des übermäßigen Defizits angenommen.

Die weiteren Themen waren etwa eine Orientierungsaussprache über das Paket zur einheitlichen Währung auf der Grundlage eines Eckpunktepapiers des Vorsitzes sowie die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität.

Wichtigste Ergebnisse der Tagung des ECOFIN-Rates am 08.07.2025
Bulgarien bereit für die Einführung des Euro ab dem 01.01.2026: Rat unternimmt letzte Schritte
Stabilitäts- und Wachstumspakt: Rat leitet neues Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegen Österreich ein und überarbeitet den Korrekturpfad für Rumänien
Aufbau- und Resilienzfazilität: Rat gibt grünes Licht für geänderte Pläne Österreichs, Belgiens, Tschechiens, Dänemarks, Deutschlands und Irlands
Europäisches Semester 2025: Rat verabschiedet länderspezifische Empfehlungen

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Europäische Fiskalausschuss: haushaltspolitischer Kurs für das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026

In seinem Bericht vom 23.06.2025 bewertet der Europäische Fiskalausschuss (European Fiscal Board - EFB) den haushaltspolitischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026. Er empfiehlt eine restriktive Fiskalpolitik, mit Ausnahme für höhere Verteidigungsausgaben, denn in der Eurozone herrscht derzeit außergewöhnliche geopolitische Unsicherheit. Zu erwarten ist nur ein moderates Wirtschaftswachstum.

Der EFB schlägt auch die breite Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts vor. Um die Glaubwürdigkeit der nationalen öffentlichen Finanzen zu wahren, empfiehlt er den Ländern, die auf diese Ausweichklausel zurückgreifen, robuste mittelfristige Pläne vorzulegen, in denen dargelegt wird, wie sie höhere Verteidigungsausgaben nachhaltig finanzieren werden.

Pressemitteilung des EFB vom 23.06.2025
Bericht des EFB vom 23.06.2025

Ausschuss für Wirtschaft und Währung am 23.06.2025: geldpolitischer Dialog mit *Christine Lagarde*

Im Rahmen des geldpolitischen Dialogs befragten die Abgeordneten des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament (EP) die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), *Christine Lagarde*, zur EU-Geld- und Wirtschaftspolitik sowie zur jüngsten Zinssenkung um 25 Basispunkte.

Laut *Lagarde* dürfte sich das Wirtschaftswachstum des Euroraums etwas abschwächen. „Umfragedaten deuten insgesamt auf etwas schwächere Aussichten für die Wirtschaftstätigkeit in naher Zukunft hin. Höhere Zölle und ein stärkerer Euro dürften die Exporte dämpfen, während hohe Unsicherheit Investitionsentscheidungen

verzögert“, so die Präsidentin der EZB. *Lagarde* zufolge gibt es aber auch mehrere Faktoren, die die Wirtschaft widerstandsfähig halten und die das Wachstum mittelfristig stützen dürften: der starke Arbeitsmarkt, steigende Realeinkommen, robuste Bilanzen des Privatsektors, leichtere Finanzierungsbedingungen sowie Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur.

Pressemitteilung des EP vom 24.06.2025

Kommission will in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 EU-Anleihen im Wert von 70 Mrd. € ausgeben

Die Kommission gab am 23.06.2025 das Vorhaben bekannt, in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 bis zu 70 Mrd. € an EU-Anleihen auszugeben. Dies baut auf den 86 Mrd. € auf, die in der ersten Jahreshälfte 2025 aufgenommen wurden, und entspricht dem geplanten Gesamtvolumen von etwa 160 Mrd. € für das Jahr 2025. Die Mittel sollen NextGenerationEU und andere politische Programme – wie etwa die Fazilität für die Ukraine sowie die Reform- und Wachstumsfazilität für den westlichen Balkan – finanzieren.

Die Kommission wird weiterhin NextGenerationEU-Anleihen ausgeben, um die grünen Komponenten der Aufbau- und Resilienzfazilität zu finanzieren. Bisher wurden 75 Mrd. € durch diese grünen Anleihen aufgenommen.

Pressemitteilung der Kommission vom 24.06.2025
Finanzierungsplan

Kandidaten für die Präsidentschaft der Euro-Gruppe stehen fest

Drei Minister haben ihre Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Euro-Gruppe eingereicht: der bisherige Präsident der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* (Irland), *Carlos Cuerpo* (Spanien) und *Rimantas Šadžius* (Litauen).

Die Wahl des neuen Präsidenten fand auf der Sitzung der Euro-Gruppe am 07.07.2025 statt.

Pressemitteilung des Rates vom 27.06.2025

EZB-Rat aktualisiert seine geldpolitische Strategie

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 30.06.2025 die Ergebnisse seiner Strategieüberprüfung veröffentlicht. Er bestätigt das symmetrische mittelfristige Inflationsziel von 2 %. Es wird allerdings betont, dass dieses Ziel ein symmetrisches sei. Symmetrie bedeute in diesem Zusammenhang, dass der EZB-Rat negative Abweichungen von diesem Zielwert als ebenso unerwünscht betrachtet wie positive. Um die Symmetrie seines Inflationsziels zu wahren, ist es nach Ansicht des EZB-Rats wichtig, auf starke, dauerhafte Abweichungen der Inflationsrate vom Zielwert in beide Richtungen mit angemessen kraftvollen oder langanhaltenden geldpolitischen Maßnahmen zu reagieren.

Die EZB überprüft ihre geldpolitische Strategie regelmäßig. Die nächste Bewertung steht 2030 an.

Pressemitteilung der EZB vom 30.06.2025

HAUSHALT

Positionspapier zur Zukunft der Regionalpolitik im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) hat am 02.07.2025 einstimmig ihr Positionspapier zur Zukunft der Regionalpolitik im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach 2027 angenommen. Darin werden die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Entwicklung von Regionen, Städten und ländlichen Gebieten in der EU betont sowie die wichtigsten Forderungen zur Finanzierung der EU-Regionen dargelegt.

Die EVP-Fraktion betont insbesondere, dass die Kohäsionspolitik eine eigenständige und klar erkennbare Säule innerhalb des nächsten MFR bleiben muss, mit eigenen Ressourcen und Verwaltung, um weiterhin erfolgreich territoriale Unterschiede zu bekämpfen und langfristige Investitionen in weniger entwickelten Regionen zu unterstützen. Sie fordert die verpflichtende Einbeziehung lokal gewählter Vertreter, der Zivilgesellschaft und sektoraler Interessengruppen – insbesondere aus ländlichen Gebieten – in die Programmplanung und Verwaltung der EU-Kohäsionsfonds. Nur ein Bottom-up-Ansatz, der auf den realen Bedürfnissen der Regionen basiert, könne eine effiziente und akzeptierte Projektumsetzung gewährleisten.

Es wird auch eine starke und angemessene finanzierte Kohäsionspolitik im nächsten MFR gefordert, die auf einer dezentralen Umsetzung basiert, um den spezifischen Bedürfnissen der Regionen gerecht zu werden. Die Mittelverteilung sollte auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Regionen basieren, um lokale Herausforderungen effektiv zu bewältigen.

Die EVP-Fraktion betont schließlich, dass Bemühungen zur Vereinfachung nicht zur Zentralisierung von Politiken und/oder zur Zusammenlegung von Fonds und Instrumenten zu einem einzigen nationalen Fonds führen dürfen. Darüber hinaus dürfen die Methoden für die Zuweisung und Auszahlung der Strukturgelder nicht dem Vorbild der nationalen Pläne in der Aufbau- und Resilienzfazilität folgen.

Pressemitteilung der EVP-Fraktion vom 02.07.2025

Brief der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament an die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*

Die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) hat sich in einem Brief an die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* gewandt. Darin kritisiert sie insbesondere die Pläne der Kommission zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027, einen nationalen Plan pro Mitgliedstaat einzuführen, der mit der Kommission ausgehandelt wird und in dem die Auszahlung von EU-Geldern an Reformen geknüpft werden sollte.

Die Abgeordneten betonen außerdem, dass eine robuste, effiziente Kohäsionspolitik der Schlüssel zum zukünftigen MFR sei. Die zukünftige Kohäsionspolitik solle mit einem starken finanziellen Mandat im nächsten langfristigen EU-Haushalt einhergehen, das auf einem Bottom-up-Ansatz basiert. Auch die gemeinsame Agrarpolitik dürfe nicht in nationale Pläne aufgeweicht und an Reformen geknüpft werden.

Die Abgeordneten fordern auch einen viel größeren MFR, der über das derzeitige Niveau von 1 % des Bruttonationaleinkommens der EU-27 hinausgehen sollte, um neue Prioritäten zu finanzieren, ohne Mittel aus den Kernprogrammen der EU zu kürzen oder umzuleiten. Zudem seien die neuen Eigenmittel erforderlich.

Pressemitteilung der S&D-Fraktion vom 02.07.2025

Haushalt 2026: Rat einigt sich auf seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten (AStV II) haben die EU-Botschafter am 09.07.2025 eine Einigung zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2026 erzielt. Insgesamt sind darin 186,24 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen und 186,49 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen vorgesehen (Kommissionsvorschlag: 193,26 Mrd. €). Der Rat verfolgt dabei einen umsichtigen und realistischen Ansatz. Ziel sei ein Haushalt, der ausreichend Mittel für die Umsetzung bestehender Projekte vorsehe und zugleich flexibel genug bleibe, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

Pressemitteilung des Rates vom 09.07.2025
Standpunkt des Rates

STEUERN

Jahresbericht über die Besteuerung 2025

Die Kommission hat am 24.06.2025 ihren Jahresbericht über die Besteuerung 2025 veröffentlicht, der einen detaillierten Überblick über die Steuerpolitik in allen EU-Ländern bietet.

Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten auf 39 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückgegangen sind (niedrigster Stand seit 2011). Der Rückgang sei laut Kommission auf geringere Einnahmen aus Umwelt- und Grundsteuern zurückzuführen.

Der Steuermix der EU blieb laut Bericht in den letzten zehn Jahren weitgehend stabil, wobei die Steuern auf Arbeit auf 51,2 % und die Verbrauchssteuern auf 26,9 % zurückgegangen sind, während die Kapitalsteuern aufgrund höherer Unternehmensgewinne auf 21,9 % gestiegen sind. Nach Angaben der Kommission meldeten die Mitgliedstaaten zwar 466 Steuerreformmaßnahmen für 2024, die darauf abzielen, die Einnahmen zu steigern, Fairness zu gewährleisten, Nachhaltigkeit zu fördern und Investitionen anzuregen. Es bestehen allerdings weiterhin Compliance-Lücken mit geschätzten Verlusten etwa bei der Mehrwertsteuer in Höhe von 89 Mrd. € (2022). Dies ist besonders erheblich im Hinblick auf die hohe Staatsverschuldung und die Defizite.

Pressemitteilung der Kommission vom 24.06.2025
Jahresbericht über die Besteuerung 2025

EuGH-Urteil: Steuererleichterungen in Spanien bei indirekten Beteiligungen an ausländischen Unternehmen

Am 26.06.2025 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-776/23 P, C-777/23 P, C-778/23 P usw. bestätigt, dass der Beschluss der Kommission, die spanische Steuerregelung für Abschreibungen indirekter Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften für rechtswidrig zu erklären, nichtig ist.

Pressemitteilung des EuGH vom 26.06.2025
Urteil des EuGH vom 26.06.2025

Zollreform: EU-Rat einigt sich auf Teilverhandlungsmandat

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten (AStV II) haben die EU-Botschafter am 27.06.2025 eine Allgemeine Ausrichtung (= Positionierung des Rates - partielles Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP)) zur Verordnung zur Festlegung des Zollkodex der Union und zur Einrichtung der Zollbehörde der EU erzielt.

Diese Einigung sieht insbesondere die Einrichtung einer neuen dezentralen EU-Zollbehörde vor, die das Risikomanagement der nationalen Zollbehörden unterstützt und koordiniert sowie den EU-Zolldaten-Hub verwaltet. Sie wird zudem das Krisenmanagement im Zollbereich auf EU-Ebene koordinieren. Geplant ist auch die Schaffung einer einheitlichen EU-weiten Online-Umgebung – des EU-Zolldaten-Hubs – einer zentralen IT-Plattform für die Interaktion mit dem Zoll und zur Verbesserung der Datenintegrität, Rückverfolgbarkeit und Zollkontrollen. Unternehmen müssen künftig nur noch einmal ihre Zollinformationen übermitteln, wodurch Zeit und Geld eingespart wird. Darüber hinaus sollen eine verbesserte Zollvereinfachung für die vertrauenswürdigen Wirtschaftsbeteiligten und ein moderner Ansatz für den elektronischen Handel eingeführt werden.

Pressemitteilung des Rates von 27.06.2025

Kompromiss mit den USA bei globaler Mindeststeuer

Die EU und die USA befinden sich in intensiven Handelsgesprächen, da Präsident *Donald Trump* droht, die Zölle auf europäische Waren zu erhöhen, falls bald keine Einigung erzielt wird. Um amerikanische Gegenmaßnahmen zu vermeiden, haben die EU, Kanada, Japan und das Vereinigte Königreich zugestimmt, die USA von der 15 %-Mindeststeuer auf multinationale Unternehmen auszunehmen. Im Gegenzug verzichten die Vereinigten Staaten auf eine sogenannte „Vergeltungssteuer“ (Section 899) gegen Länder, die angeblich diskriminierende Abgaben auf US-Unternehmen erheben.

Erklärung vom 28.06.2025

Bruegel: Auswirkungen der G7-Einigung auf die globale Mindeststeuer

Die Brüsseler Denkfabrik Bruegel hat am 30.06.2025 eine Analyse zu den Auswirkungen der G7-Einigung auf die globale Mindeststeuer veröffentlicht. Danach könnte die Vereinbarung zwar als Niederlage für Europa und andere G7-Länder gesehen werden, da sie eine Ausnahme für US-Unternehmen vorsieht. Jedoch bleibe die Mindeststeuer erhalten. Die USA würden die strenge Umsetzung der Regeln in anderen OECD-Ländern unterstützen.

Pressemitteilung vom 30.06.2025

Öffentliche Konsultation zur Durchführungsverordnung der Kommission für Waren, die in die ausschließliche Wirtschaftszone der Mitgliedstaaten verbracht werden

Die Kommission hat am 02.07.2025 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für Waren und verarbeitete Erzeugnisse, die auf den Festlandsockel oder in die ausschließliche Wirtschaftszone der Mitgliedstaaten verbracht werden, initiiert. Diese Initiative definiert insbesondere den Importeur sowie den Empfänger solcher Waren, welcher eine Empfangserklärung innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Waren bei der zuständigen Zollbehörde des Mitgliedstaats einreichen muss. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 30.07.2025.

Zur Konsultation

Plenarsitzung des Europäisches Parlaments: Mehrwertsteuervorschriften für Fernverkäufe eingeführter Gegenstände und bei der Einfuhr

Am 08.07.2025 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mit Mehrheit der Stimmen (mit 623 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen) im besonderen Gesetzgebungsverfahren (erneute Anhörung) eine legislative Entschließung (= Positionierung des EP) zu Mehrwertsteuervorschriften betreffend Steuerpflichtige, die Fernverkäufe eingeführter Gegenstände unterstützen, an.

Text der legislativen Entschließung

EuG-Urteil: Verbrauchsteuern

Das Gericht der EU (EuG) hat am 09.07.2025 in der Rechtssache T-534/24 [Gotek] ein Vorabentscheidungsurteil erlassen und entschieden, dass nationale Rechtsvorschriften, die die Entstehung des Verbrauchsteueranspruchs auf Basis einer fiktiven Lieferung von verbrauchsteuerpflichtigen Waren auf gefälschten Rechnungen vorsehen, mit dem Unionsrecht unvereinbar sind.

Das EuG weist in seinem Urteil darauf hin, dass Verbrauchsteuern nur bei tatsächlicher Überführung der Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr entstehen dürfen. Im vorliegenden Fall wurden die Steuern wegen Rechtsmissbrauchs und gefälschter Rechnungen erhoben, obwohl die Waren nicht geliefert wurden. Es betonte

auch, dass die Mitgliedstaaten zwar bestimmte Maßnahmen zum Schutz ihrer finanziellen Interessen ergreifen dürfen, diese aber nicht gegen die Bestimmungen der Richtlinie verstoßen dürfen.

Urteil des EuG vom 09.07.2025

DIGITALES

Kommission stellt Fahrplan für Post-Quantum-Kryptographie zur Diskussion

Die Kommission hat am 23.06.2025 ihren Fahrplan für Post-Quantum-Kryptographie vorgelegt, wie sie ihre digitalen Infrastrukturen vor zukünftigen Bedrohungen durch Quantencomputer schützen will. Alle Mitgliedstaaten sollen insbesondere bis Ende 2026 erste Maßnahmen umsetzen und sensible Bereiche spätestens bis Ende 2030 umstellen.

Pressemitteilung der Kommission vom 23.06.2025

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Bankenunion: Politische Einigung zur Reform des Rahmens für Krisenmanagement und Einlagenversicherung

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 25.06.2025 eine politische Einigung über drei der vier Legislativvorschläge der Kommission vom 18.04.2023 (EB 05/23) zur Reform des Rahmens für Krisenmanagement und Einlagenversicherung (CMDI) erzielt: (i) Richtlinie zur Änderung der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (BRRD); (ii) Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DGSD); (iii) Verordnung zur Änderung der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM). Ziel ist im Besonderen die Verbesserung des Abwicklungsverfahrens für kleine und mittlere Banken. Die politische Einigung sieht u. a. einen erleichterten, aber gleichzeitig strengen Schutzmaßnahmen unterliegenden Zugang zu industriefinanzierten Sicherheitsnetzen, erweiterte Kriterien und die Berücksichtigung sowohl der nationalen als auch der regionalen Ebene bei der Bewertung des öffentlichen Interesses (PIA), einen harmonisierten Ansatz für die Durchführung des „Least-Cost-Test“ und die Beibehaltung der derzeitigen Präferenz für die Rückzahlung von durch nationale Einlagensicherungssysteme (DGS) geschützten Einlegern in erster Instanz und eine zweite Stufe für Einlagen von privaten Haushalten und KMU-Einlegern, die nicht durch DGS gedeckt sind, vor. Die politische Einigung muss nun noch vom EP und vom Rat formal bestätigt werden und wird anschließend im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

Pressemitteilung der Kommission
Pressemitteilung des EP
Pressemitteilung des Rates

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen fest

Der Haushaltsauschuss (BUDG) und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments (EP) haben sich am 24.06.2025 zum von der Kommission am 26.02.2025 (EB 03/25) vorgelegten Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen positioniert. Darüber hinaus stimmten die Abgeordneten für die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen mit dem in den Ausschüssen angenommenen Bericht. Der Standpunkt des EP sieht u. a. eine Aufstockung der EU-Garantie um 4,5 Mrd. € vor, was zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 70 Mrd. € freisetzen soll, sowie eine Erweiterung der Beratungsdienste um 200 Mio. €, um „komplexe“ Sektoren wie den sozialen Wohnungsbau und die Verteidigung zu unterstützen. Nachdem der Rat seinen Standpunkt bereits am 16.04.2025 festgelegt hat (EB 05/25), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

Pressemitteilung des EP

Der Ausschuss für regionale Entwicklung legt Standpunkt zum Vorschlag zu Änderungen u.a. am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung fest

Der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments (EP) hat sich am 25.06.2025 zum Vorschlag der Kommission zur Anpassung der Prioritäten der EU-Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021 - 2027 und zur gezielten Änderung u.a. am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) positioniert (EB 04/25). Der Bericht sieht u. a. vor: (i) Unterstützung der Einführung neuer Ziele: industrielle Verteidigungskapazitäten, militärische Mobilität, Widerstandsfähigkeit der Wasserressourcen, erschwinglicher Wohnraum, Dekarbonisierung, Energieinfrastruktur; (ii) Mobilisierung eines Teils der Mittel in Richtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“; (iii) Schaffung geänderter Bedingungen betreffend u. a. die Kofinanzierung; (iv) Vorrang für Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck betreffend Finanzierungen der Verteidigungsindustrie und der militärischen Mobilität; (v) Anpassungen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Wohnraum, kritische Energieinfrastrukturen und Infrastrukturen für die zivile Vorsorge; (vi) Änderungen hinsichtlich der Zielgruppe, indem nur weniger entwickelte Regionen und Übergangsregionen Zugang zu den neuen Finanzmitteln für Verteidigung und Dekarbonisierung erhalten können; (vi) Gewährung von Unterstützung für größere Unternehmen unter bestimmten Bedingungen. Der Beginn der direkten Verhandlungen mit dem Rat wurde mehrheitlich gebilligt.

Pressemitteilung des EP

„Omnibus“-Paket zur Nachhaltigkeit: Rat legt Standpunkt zu inhaltlichen Änderungen an CSRD und CSDDD fest

Der Rat hat am 23.06.2025 seine Positionierung zum Vorschlag der Kommission vom 26.02.2025 zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der Sorgfaltspflichten (CSDDD) festgelegt (EB 03/25). Die Positionierung der Mitgliedstaaten sieht betreffend die CSRD u. a. vor: Anhebung der Beschäftigtenschwelle auf 1.000 Mitarbeiter; Festlegung einer Nettoumsatzschwelle in Höhe von 450 Mio. €; Herausnahme von börsennotierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus dem Geltungsbereich; Einführung einer Überprüfungsklausel hinsichtlich einer möglichen Ausweitung des Anwendungsbereichs; Vereinfachungen sowie zeitliche Verschiebung betreffend die Übergangspläne. Die Positionierung der Mitgliedstaaten sieht hinsichtlich der CSDDD u. a. vor: Anhebung der Beschäftigtenschwelle auf 5.000 Mitarbeiter; Festlegung einer Nettoumsatzschwelle von 1,5 Mrd. €; Übergang von einem unternehmensbasierten Ansatz zu einem risikobasierten Ansatz, dabei Beschränkung der Berücksichtigung der Aktivitäten bis „Tier 1“; Ausweitung der Verpflichtungen unter bestimmten Umständen; Einführung einer Überprüfungsklausel; Anpassungen im Bereich der zivilrechtlichen Haftungsbedingungen; Verschiebung der Umsetzungsfrist. Sobald das Europäische Parlament (EP) seine Positionierung gefasst hat, können die Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

Pressemitteilung des Rates

Rat legt Standpunkt zum Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) fest

Der Rat hat sich am 23.06.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 05.03.2024 (EB 03/24) zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) positioniert. Das EDIP zielt darauf ab, die Bereitschaft der EU-Verteidigungsindustrie zu verbessern, indem es die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis (EDTIB) und ihre Fähigkeit zur Anpassung an strukturelle Veränderungen stärkt. Der Standpunkt des Rates legt u. a. fest, welche Maßnahmen für eine Finanzierung im Rahmen des EDIP in Frage kommen (gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, die von mindestens drei, darunter zwei EU-Ländern durchgeführt werden, Maßnahmen zur Stärkung der Industrie, Unterstützungsmaßnahmen und europäische Verteidigungsprojekte von gemeinsamem Interesse). Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten u. a. vereinbart, dass die Kosten für Komponenten mit Ursprung außerhalb der EU und ihrer assoziierten Länder (EWR-Staaten) 35 % der geschätzten Kosten der Komponenten des Endprodukts nicht überschreiten dürfen, und die Einrichtung eines Ausschusses für die Versorgungssicherheit im Verteidigungsbereich vorgeschlagen, der sich aus den Mitgliedstaaten, der Kommission, dem Hohen Vertreter und der Europäischen Verteidigungsagentur zusammensetzen soll. Nachdem das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt bereits am 24.04.2025 (EB 05/25) festgelegt hat, können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

Pressemitteilung des Rates

Kommission legt EU-Weltraumgesetz und Vision für die europäische Weltraumwirtschaft vor

Die Kommission hat am 25.06.2025 einen Vorschlag für eine Verordnung über die Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit von Weltraumaktivitäten in der Union (sog. „EU-Weltraumgesetz“) vorgelegt. Der Vorschlag baut auf drei Säulen auf: (i) Sicherheit: Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verfolgung von Weltraumobjekten; Einrichtung einer zentralen Datenbank; Definition von Anforderungen an eine sichere Satellitenentsorgung am Ende der Betriebsdauer; (ii) Resilienz: Verpflichtung zur Durchführung von Risikobewertungen während des gesamten Lebenszyklus eines Satelliten durch Betreiber; Anwendung bestimmter Verschlüsselungstechnologien durch die Betreiber; Verpflichtung zur Anwendung von Cybersicherheitsvorschriften und zur Meldung von Vorfällen; (iii) Nachhaltigkeit: Einführung gemeinsamer Standards; Festlegung von Regelungen zur Messung der Umweltauswirkungen. Daneben wurde eine Vision für die europäische Weltraumwirtschaft vorgelegt. Ziel ist, die EU bis 2050 als weltweit führend in der Weltraumwirtschaft zu positionieren. Vorgeschlagen werden mehr als 40 Maßnahmen mit dem Ziel der Stärkung des Weltraumökosystems der EU. Der Legislativvorschlag wird nun vom Europäischen Parlament (EP) und vom Rat aufgegriffen und beraten.

Pressemitteilung der Kommission
Zum EU Space Act
Zur Vision for the European Space Economy

Kommission nimmt Beihilferahmen für den Deal für eine saubere Industrie (CISAF) an

Die Kommission hat am 25.06.2025 den Beihilferahmen für den Deal für eine saubere Industrie (CISAF) angenommen. Mit dem CISAF werden die Beihilfevorschriften in fünf Hauptbereichen vereinfacht: (i) Ausbau erneuerbarer Energien, verstärkte Nutzung kohlenstoffarmer Brennstoffe und nichtfossile Flexibilität; (ii) befristete Strompreisentlastung für energieintensive Verbraucher, um den Übergang zu niedrigpreisigem sauberem Strom sicherzustellen; (iii) Dekarbonisierung bestehender Produktionsanlagen; (iv) Entwicklung von Fertigungskapazitäten für saubere Technologien in der EU; (v) Verringerung der Risiken privater Investitionen in Vorhaben zur Unterstützung des Deals für eine saubere Industrie. Der CISAF ersetzt den seit 2022 geltenden Befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels (TCTF) und gilt bis zum 31.12.2030.

Pressemitteilung der Kommission

„Omnibus“-Paket zur Nachhaltigkeit: Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Änderung von derzeitigen delegierten Rechtsakten auf der Grundlage der Taxonomie-Verordnung an

Die Kommission hat am 04.07.2025 den im Rahmen des „Omnibus“-Pakets zur Nachhaltigkeit (EB 03/25) im Februar/März 2025 zur Konsultation gestellten delegierten Rechtsakt zur Änderung des delegierten Taxonomie-Rechtsakts über die Offenlegungspflichten und der delegierten Rechtsakte zur Klimataxonomie und zur Umwelttaxonomie angenommen. Der delegierte Rechtsakt umfasst verschiedene Vereinfachungsmaßnahmen wie keine Pflicht zur Bewertung der Taxonomiefähigkeit und -konformität von Wirtschaftstätigkeiten, die für die Geschäftstätigkeit finanziell nicht wesentlich sind, eine Vereinfachung der wesentlichen Leistungsindikatoren (KPI) für Finanzunternehmen und eine Reduktion der Anzahl der zu meldenden Datenpunkte. Die Vereinfachungsmaßnahmen sollen ab dem 01.01.2026 gelten und ab dem Geschäftsjahr 2025 angewendet werden können. Der delegierte Rechtsakt wird nun dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat zur Prüfung vorgelegt. Es kann innerhalb einer Frist von vier Monaten (einmal verlängerbar um zwei weitere Monate) Einspruch erhoben werden – eine Änderung ist aber ausgeschlossen.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission veröffentlicht Zwischenevaluierung des Binnenmarktprogramms

Die Kommission hat am 01.07.2025 die Zwischenevaluierung des Binnenmarktprogramms (Evaluierungszeitraum 2021 - 2023) angenommen. Art des Rechtsakts ist ein Bericht.

Zum Bericht

Kommission initiiert Konsultation u.a. zum Anwendungsbereich des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus

Die Kommission hat am 01.07.2025 eine Konsultation zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf nachgelagerte Produkte sowie zu Maßnahmen zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken initiiert. Art des Rechtsakts ist eine Verordnung. Annahme durch die Kommission ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 26.08.2025.

Zur Konsultation

Kommission initiiert Konsultation zur Festlegung von Rohstoffen betreffend den Critical Raw Materials Act

Die Kommission hat am 27.06.2025 eine Konsultation zur Auflistung jener Produkte, Komponenten und Abfallströme initiiert, die gemäß dem Critical Raw Materials Act (CRMA) als kritische Rohstoffe mit Verwertungspotenzial gelten sollen (EB 11/23). Art des Rechtsakts ist eine Durchführungsverordnung. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 25.07.2025.

Zur Konsultation

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge

Die Kommission hat am 07.07.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge eingeleitet, mit der sie – wie angekündigt (EB 03/25) – die Überprüfung der entsprechenden Verordnung beschleunigt. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 29.09.2025.

Zur Sondierung und zur öffentlichen Konsultation

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung

Die Kommission hat am 07.07.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung initiiert. Die Vorschriften sollen sicherstellen, dass den Verbrauchern Informationen über den Kraftstoffverbrauch und die CO_2-Emissionen von Neuwagen, die in der Union zum Verkauf oder Leasing angeboten werden, zur Verfügung gestellt werden, damit sie eine fundierte Entscheidung treffen können. Art des Rechtsakts ist eine Richtlinie. Annahme durch die Kommission ist geplant für das 2. Quartal 2026. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 29.09.2025.

Zur Sondierung und zur öffentlichen Konsultation

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für EU-Kartellverfahren

Die Kommission hat am 10.07.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für EU-Kartellverfahren eingeleitet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bewertung, die am 05.09.2024 mit der Veröffentlichung eines Arbeitsdokuments der Kommissionsdienststellen abgeschlossen wurde, hat die Kommission beschlossen, den Prozess zur Überarbeitung der EU-Wettbewerbsvorschriften einzuleiten, um insbesondere mit den transformativen Veränderungen wie der Digitalisierung der Wirtschaft Schritt zu halten. Die Kommission beabsichtigt, den Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Kartellverfahrensordnung und einen Folgenabschätzungsbericht bis September 2026 vorzulegen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 02.10.2025.

Pressemitteilung der Kommission
Zur Sondierung und zur öffentlichen Konsultation

Kommission initiiert Sondierung zur Überarbeitung der Normungsverordnung

Die Kommission hat am 23.06.2025 eine Sondierung zur Überarbeitung der Normungsverordnung initiiert. Die Initiative ist Teil der am 21.05.2025 vorgelegten Binnenmarktstrategie (EB 06/25). Mit der Überarbeitung der Normungsverordnung sollen die bei der Bewertung der Verordnung ermittelten Unzulänglichkeiten behoben und die Entwicklung systemischer Normen im Zusammenhang mit der Resilienz und dem grünen und dem digitalen Wandel in der EU beschleunigt werden. Die Vorlage des Verordnungsvorschlags durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.07.2025.

Zur Sondierung

Kommission initiiert Sondierung zu einer Empfehlung über die automatische Einschreibung, Rentenverfolgungssysteme und Renten-Dashboards

Die Kommission hat am 23.06.2025 eine Sondierung zu einer Empfehlung über die automatische Einschreibung, Rentenverfolgungssysteme und Renten-Dashboards initiiert. Die Initiative ist Teil der am 19.03.2025 vorgelegten Strategie für eine Spar- und Investitionsunion (EB 04/25). Ziel ist die Beteiligung an zusätzlicher Altersversorgung und Alterseinkommen zu erhöhen sowie die Fähigkeit der Pensionsfonds zur Lenkung privater Ersparnisse in produktive Investitionen und die Überwachung der Angemessenheit der Pensionssysteme durch die Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Vorlage der Empfehlung durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.07.2025.

Zur Sondierung

Kommission legt Aktionsplan für die chemische Industrie vor

Die Kommission hat am 08.07.2025 einen Aktionsplan für die chemische Industrie vorgelegt. Es sind Maßnahmen in vier Bereichen vorgesehen: (i) Resilienz und gleiche Wettbewerbsbedingungen (u. a. Bildung einer „Allianz für kritische Chemikalien“, Handelsschutzmaßnahmen); (ii) bezahlbare Energie und Dekarbonisierung (u. a. Förderung der Nutzung sauberer Kohlenstoffquellen, Konsultation zur Verbesserung des chemischen Recyclings); (iii) Leitmärkte und Innovation (u.a. steuerliche Anreize, EU-Inhalts- und Nachhaltigkeitsvorschriften im bevorstehenden Gesetz zur Beschleunigung der industriellen Dekarbonisierung, Verbesserung der Ressourceneffizienz und des Recyclings von Chemikalien durch die angekündigten Initiativen einer Bioökonomie-Strategie und eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes, Einrichtung von EU-Innovations- und Substitutionszentren, Bereitstellen von EU-Mitteln im Rahmen von „Horizont Europa“); (iv) Maßnahmen gegen Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) (u. a. fundierte Beschränkungen bei gleichzeitiger Gewährleistung der weiteren Verwendung in kritischen Anwendungen unter strengen Auflagen, wenn es keine Alternativen gibt).

Pressemitteilung der Kommission
Zur Konsultation zur Verbesserung des chemischen Recyclings

CBAM: Kommission kündigt Plan zur Minderung des Risikos der Verlagerung von CO_2-Emissionen für Exporteure an

Die Kommission hat am 02.07.2025 Pläne zur Einführung einer neuen Maßnahme angekündigt, um das Risiko der Verlagerung von CO_2-Emissionen für in der EU produzierte Waren, die in vom CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) betroffenen Sektoren hergestellt werden, zu verringern. Der Vorschlag, der bis Ende 2025 vorgelegt werden soll, zielt darauf ab, die Hersteller von Waren zu unterstützen, bei denen das Risiko einer Verlagerung von CO_2-Emissionen besteht, und die Gleichbehandlung aller Waren zu gewährleisten, unabhängig davon, ob sie in der EU hergestellt und verkauft, in die EU eingeführt oder ausgeführt werden. Die Regelung soll zunächst für einen bestimmten Zeitraum gelten und nach der Verabschiedung der neuen Reform zum Emissionshandelssystem 2026 überprüft werden.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission ruft zur Einreichung von Bewerbungen für die Plattform für nachhaltiges Finanzwesen auf

Die Kommission hat am 09.07.2025 zur Einreichung von Bewerbungen für die Auswahl der Mitglieder der Plattform für nachhaltiges Finanzwesen für die dritte Amtszeit aufgerufen. Das Mandat der Plattform für nachhaltiges Finanzwesen 2.0 endete im März 2025; das Mandat der nächsten Plattform soll vom 1. Quartal 2026 bis zum 4. Quartal 2027 laufen. Die künftige Plattform soll aus bis zu 35 Mitgliedern bestehen und insbesondere an Konsultationen zu den Entwürfen für delegierte Rechtsakte zur EU-Taxonomie, der

Entwicklung zusätzlicher technischer Taxonomie-Screening-Kriterien und gegebenenfalls Überarbeitungen der Kriterien, der Überwachung der Kapitalströme in nachhaltige Investitionen und der Umsetzung von Strategien zur Übergangsfinanzierung arbeiten. Die Bewerbungsfrist endet am 07.09.2025.

Zur Aufforderung der Kommission

Kommission gibt informelle Orientierungshilfe für die Einrichtung einer Verhandlungsgruppe für den Erwerb von Lizenzen im Automobilsektor

Die Kommission hat am 09.07.2025 ein informelles Beratungsschreiben an u. a. die Bayerische Motoren Werke Group AG (BMW) für die Einrichtung einer Verhandlungsgruppe für den Erwerb von Lizenzen im Automobilsektor („Automotive Licensing Negotiation Group“, ALNG) herausgegeben, die Lizenzen für die Nutzung von Technologien aushandeln soll, die durch standardessenzielle Patente (SEPs) geschützt sind. Zusammen mit einem Schreiben an APM Terminals (ein weltweit tätiger Betreiber von Hafenterminals und Teil des Schifffahrtskonzerns Maersk) handelt es sich bei dem Schreiben um die ersten Beratungsschreiben, die die Kommission im Rahmen der Bekanntmachung über informelle Orientierungshilfen von 2022 herausgegeben hat. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Einrichtung einer ALNG keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken gibt. Sie würde Lizenzen für Normen aushandeln, bei denen der gemeinsame Marktanteil der ALNG-Mitglieder 15 % nicht übersteigen würde. Die ALNG stünde auch anderen interessierten Unternehmen des Automobilsektors offen. Zudem wären die Verhandlungen mit der ALNG für SEP-Inhaber freiwillig. Der Informationsaustausch zwischen den ALNG-Mitgliedern würde sich auf das objektiv Notwendige zur Durchführung der gemeinsamen Lizenzverhandlungen beschränken.

Pressemitteilung der Kommission

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Kommission initiiert Konsultation betreffend eine faire Nutzung und die Betrugsbekämpfung für die Kommunikation innerhalb der EU

Die Kommission hat am 23.06.2025 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für die Anwendung der Verordnung vom 25.11.2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet in Bezug auf eine angemessene Nutzung, anhand typischer Nutzungsmuster, und Betrugsbekämpfungsmaßnahmen für die Kommunikation innerhalb der EU initiiert. In dem Vorschlag werden die technischen Bedingungen für eine angemessene Nutzung und Betrugsbekämpfungsmaßnahmen für Auslandsanrufe und -SMS-Nachrichten innerhalb der EU festgelegt. Betreiber können diese Regelungen anwenden, wenn sie freiwillig Endkundentarife gemäß Artikel 5a der oben genannten Verordnung (in der durch Artikel 17 Absatz 8 der Gigabit-Infrastrukturverordnung geänderten Fassung) anbieten. Wenn sie sich an diese Bedingungen halten, sind sie von den ansonsten vorgeschriebenen Entgeltobergrenzen für Endkunden ausgenommen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 21.07.2025.

Zur Konsultation

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum Europäischen Innovationsgesetz

Die Kommission hat am 08.07.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zum Europäischen Innovationsgesetz eingeleitet. Die Initiative ist Teil der am 28.05.2025 (EB 06/25) vorgelegten EU-Startup- und Scaleup-Strategie. Der Rechtsakt soll es erleichtern, innovative Ideen in allen Sektoren auf den Markt zu bringen. Die Annahme durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 30.08.2025.

Pressemitteilung der Kommission
Zur Sondierung und zur öffentlichen Konsultation

AUßENWIRTSCHAFT

Neuer US-Basiszoll von 30 % ab August: Kommission will weiterverhandeln, bereitet aber auch Gegenmaßnahmen vor

Kommissionspräsidentin *von der Leyen* hat am 12.07.2025 unmittelbar auf den Brief von US-Präsident Trump vom 11.07.2025 reagiert, in dem er einen neuen „Basiszoll“ von 30 % für Importe aus der EU ab August ankündigt. Demnach sei die EU weiterhin bereit, auf eine Einigung bis zum 01.08.2025 hinzuarbeiten. Gleichzeitig würden jedoch alle notwendigen Schritte unternommen werden, um die Interessen der EU zu wahren, einschließlich der Verabschiedung angemessener Gegenmaßnahmen, falls erforderlich. Auch sollen die globalen Partnerschaften der EU weiter vertieft werden, fest verankert in den Grundsätzen eines regelbasierten internationalen Handels.

Pressemitteilung der Kommission

Handelsrat: Austausch zu den Handelsbeziehungen der EU mit den USA und China und zu den laufenden Handelsverhandlungen

Die Handelsministerinnen und -minister haben sich am 14.07.2025 zu einer außerordentlichen Tagung in Brüssel getroffen. Während der Rat die von US-Präsident Trump am 11.07.2025 angekündigten US-Zölle von 30 % für ungerechtfertigt und inakzeptabel hielt, zeigten sich die Minister nach wie vor fest entschlossen, gemeinsam mit den USA auf ein Verhandlungsergebnis hinzuarbeiten, und haben die Verlängerung der Aussetzung der ersten Reihe von EU-Gegenmaßnahmen vom 15.07.2025 bis Anfang August weitgehend unterstützt. Doch sollen parallel dazu die Vorbereitungen für mögliche zusätzliche Gegenmaßnahmen intensiviert werden. Darüber hinaus führten die Minister einen Gedankenaustausch über die bereits ausgehandelten und noch ausstehenden Abkommen mit dem Mercosur, Mexiko, Indonesien und der Ukraine sowie über die laufenden Handelsverhandlungen mit Indien, Thailand, den Philippinen, Malaysia, Australien und den Ländern des Golf-Kooperationsrates. Schließlich informierte die Kommission die Minister über den aktuellen Stand zu den chinesischen Ausfuhrkontrollen für seltene Erden, zu den Ungleichgewichten beim Marktzugang, zu den Ausgleichszöllen auf die Einfuhren von batterieelektrischen Fahrzeugen (BEV) aus China und die chinesische Reaktion darauf in Form von Handelsschutzverfahren gegen EU-Importe von Schweinefleisch, Milchprodukten und Branntwein.

Pressemitteilung des Rates

EU und Indonesien erzielen politische Einigung über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA)

Die EU und Indonesien haben am 13.07.2025 eine politische Einigung über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) erzielt. Das Abkommen soll den Handel und Investitionen fördern, ein integratives und nachhaltiges Wachstum begünstigen, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten verbessern und die Zusammenarbeit bei wichtigen Rohstoffen unterstützen. Die politische Einigung ist ein entscheidender Meilenstein auf dem Weg zur Fertigstellung des Abkommens durch Kommissar *Maroš Šefčovič* und Koordinierungsminister *Airlangga Hartarto* bis September 2025.

Pressemitteilung der Kommission

EU und Ukraine einigen sich auf überarbeitetes Handelsabkommen

Die Kommission hat am 30.06.2025 über den Abschluss der Verhandlungen über die Überprüfung der vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und der Ukraine informiert. Das überarbeitete Abkommen baut auf drei wesentlichen Säulen auf: (i) Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen: Schrittweise Angleichung der Ukraine an die einschlägigen EU-Produktionsstandards; die Ukraine soll über

entsprechende Fortschritte regelmäßig Bericht erstatten; (ii) Einführung von Schutzklauseln: Möglichkeiten zur Aktivierung von Schutzmechanismen, sofern nachteilige Auswirkungen durch die Einfuhren festgestellt werden; EU-seitig soll eine Aktivierung u. a. möglich sein, sofern eine Störung auf der Ebene eines oder mehrerer Mitgliedstaaten festgestellt wird; (iii) Liberalisierung des Handels unter Berücksichtigung spezifischer Belange: Maßnahmen zur Unterstützung des Handels mit der Ukraine unter Berücksichtigung (sektor)spezifischer Belange; u. a. Abschaffung bzw. Absenkung auf von der EU in die Ukraine eingeführte Waren; Erhöhung bestimmter Quoten betreffend Exporte von der EU in die Ukraine; (teilweise) Öffnung des EU-Marktes für bestimmte Erzeugnisse aus der Ukraine, dabei Berücksichtigung von Zollkontingenten für „sensible Waren“. Auf Seiten der EU und der Ukraine werden die Arbeiten auf technischer Ebene fortgesetzt. Vorbehaltlich der endgültigen rechtlichen Überarbeitung des Abkommens werden die weiteren Schritte zur förmlichen Billigung auf beiden Seiten eingeleitet.

Pressemitteilung der Kommission
Fragen und Antworten
Ausführungen der Kommissare *Šefčovič* and *Hansen*

Rat verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate

Der Rat hat am 30.06.2025 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31.01.2026 verlängert. Die Maßnahmen umfassen u. a. Beschränkungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Energie, Technologie und Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Industrie, Verkehr und Luxusgüter. Zudem umfasst das Paket u. a. ein Verbot der Einfuhr oder des Transfers von Rohöl und bestimmten Erdölerzeugnissen auf dem Seeweg, eine Entkopplung vom SWIFT-Zahlungssystem mehrerer Banken und Maßnahmen gegen die Umgehung der Sanktionen.

Pressemitteilung des Rates

ENERGIE

Politische Einigung zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 24.06.2025 eine vorläufige politische Einigung zum Kommissionsvorschlag vom 05.03.2025 (EB 03/25) zur Verlängerung der Gasspeicherverordnung um zwei Jahre (bis zum 31.12.2027) erzielt. Die politische Einigung behält das bestehende verbindliche Speicherziel von 90 % bei, bietet aber die Flexibilität, dieses Ziel jederzeit zwischen dem 01.10.2025 und dem 01.12.2025 zu erreichen, anstatt wie bisher bis zum 01.11.2025 Des Weiteren haben sich das EP und der Rat darauf geeinigt, dass die Zielvorgaben für die Zwischenspeicherung indikativ sind. Die politische Einigung muss nun noch vom EP und vom Rat formal bestätigt werden und wird anschließend im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

Pressemitteilung des EP
Pressemitteilung des Rates

Vertrag über die Energiecharta: Rat bestätigt, dass die Schiedsklausel nicht auf EU-interne Verfahren angewendet werden kann

Der Rat hat am 08.07.2025 die von der Kommission am 02.07.2024 vorgeschlagene Auslegung des Vertrags über die Energiecharta (ECT) bestätigt, wonach seine Schiedsklausel nicht auf EU-interne Verfahren angewendet werden kann. Der Standpunkt entspricht dem Standpunkt des Europäischen Parlaments (EP) (die Abstimmung in den federführenden Ausschüssen INTA und ITRE fand am 29.01.2025 und die Abstimmung im Plenum am 18.06.2025 statt). Nach der Unterzeichnung wird der Beschluss im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und er tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Zum Gesetzgebungsverfahren

Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Berechnung von Treibhausgaseinsparungen durch kohlenstoffarme Brennstoffe an

Die Kommission hat am 08.07.2025 – wie in der Richtlinie über den Wasserstoff- und Gasmarkt vorgesehen – eine delegierte Verordnung zur Festlegung einer Methode zur Bewertung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch kohlenstoffarme Brennstoffe angenommen. Die Methode ergänzt die bereits bestehenden Methoden für erneuerbaren Wasserstoff und erneuerbare Brennstoffe nicht biogenen Ursprungs (RFNBO) und vervollständigt somit den EU-Rechtsrahmen für Wasserstoff. Damit Wasserstoff und verwandte Brennstoffe als kohlenstoffarm gelten, müssen sie hinsichtlich der Einsparungen von Treibhausgasemissionen einen Schwellenwert von 70 % im Vergleich zu fossilen Brennstoffen ohne CO_2-Abscheidung und -Speicherung erreichen. Kohlenstoffarmer Wasserstoff kann somit auf unterschiedliche Weise erzeugt werden, beispielsweise unter Einsatz von Erdgas mit nachfolgender CO_2-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCUS) sowie aus CO_2-armen Stromquellen (im Besonderen auch Atomstrom). Der Rechtsakt wird nun dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat übermittelt, die zwei Monate Zeit haben, um ihn zu prüfen und die Vorschläge entweder anzunehmen oder abzulehnen. Auf Antrag kann der Prüfungszeitraum um zwei weitere Monate verlängert werden. Das EP und der Rat haben keine Möglichkeit, die Vorschläge zu ändern.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission initiiert Sondierung zum „Bürger-Energiepaket“

Die Kommission hat am 19.06.2025 eine Sondierung zum „Bürger-Energiepaket“ im Kontext des Aktionsplans für erschwingliche Energie initiiert. Ziel der Initiative ist, die soziale Dimension der Energieunion zu stärken und Energiearmut zu bekämpfen. Art des Rechtsakts ist eine Mitteilung. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 11.09.2025.

Zur Sondierung

Kommission veröffentlicht Dokumente zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EPBD

Die Kommission hat am 30.06.2025 eine delegierte Verordnung, eine Durchführungsverordnung und einen Leitfaden betreffend die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) vorgelegt (EB 12/23). Ziel ist, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EPBD zu unterstützen: (i) Delegierte Verordnung zur Überarbeitung des methodischen Rahmens für die Berechnung kostenoptimaler Niveaus – der delegierten Verordnung sind zudem Leitlinien beigefügt; (ii) Durchführungsverordnung zur Festlegung gemeinsamer Meldebögen für die Übermittlung von Informationen aus nationalen Datenbanken an die EU-Beobachtungsstelle für den Gebäudebestand; (iii) Leitfaden betreffend die geänderten Bestimmungen der Neufassung der Richtlinie.

Pressemitteilung der Kommission
Zur Delegierten Verordnung
Zu den Leitlinien zur Delegierten Verordnung
Zur Durchführungsverordnung
Zum Leitfaden

Kommission veröffentlicht eine Empfehlung und drei Leitfäden für erneuerbare Energien, Netzinfrastruktur und Netztarife

Die Kommission hat am 02.07.2025 eine Empfehlung und drei Leitfäden für erneuerbare Energien, Netzinfrastruktur und Netzentgelte veröffentlicht. Demnach sollen die EU-Staaten klare regulatorische Rahmenbedingungen schaffen, um die Entwicklung von innovativen Technologien wie Meeresenergie, schwimmende Offshore-Windkraft und Agrisolar zu unterstützen, bestimmte Gebiete ausgewiesen werden, in denen Netze und Speicherprojekte von bestimmten Arten der Umweltprüfung ausgenommen werden können, und Stromtarife so gestaltet werden, dass sie die Nutzung von Flexibilität im Stromnetz fördern und Verbrauchern Anreize bieten, Strom zu günstigen Zeiten zu nutzen.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission nimmt Empfehlung zur Förderung der Entwicklung innovativer Formen des Solarenergieausbaus an

Die Kommission hat am 02.07.2025 eine Empfehlung zur Förderung der Entwicklung innovativer Formen des Solarenergieausbaus angenommen (EB 03/24).

Zur Empfehlung

Kommission richtet Hydrogen Mechanism im Rahmen der EU Energy and Raw Materials Platform ein

Die Kommission hat am 02.07.2025 im Rahmen der neuen EU Energy and Raw Materials Plattform den Hydrogen Mechanism gestartet. Ziel ist es, europäische Unternehmen in die Lage zu versetzen, Energie und Rohstoffe effizient zu beschaffen. Die erste Runde der Abstimmung von Angebot und Nachfrage ist für September 2025 geplant.

Pressemitteilung der Kommission

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäisches Parlament positioniert sich zu Änderung der Batterie-Verordnung

Am 10.07.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments mit 542 Ja-Stimmen zu 97 Nein-Stimmen und bei 12 Enthaltungen den Vorschlag der Kommission zu Änderung der Batterie-Verordnung (Verordnung (EU) 2023/1542) bestätigt. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, die Fristen für die Anwendung der Sorgfaltspflichten nach der Verordnung um zwei Jahre nach hinten zu verschieben („Stop-the-clock“). Die Verpflichtungen sollen nicht mehr ab dem 18.08.2025, sondern erst ab dem 18.08.2027 gelten. Außerdem soll insbesondere die Häufigkeit der öffentlichen Berichterstattung für alle betroffenen Unternehmen von jährlich auf 1x alle 3 Jahre reduziert werden. Am 03.07.2025 hatte sich der federführende Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) dafür ausgesprochen, den Kommissionsvorschlag anzunehmen. Da das Plenum den Vorschlag des Ausschusses nun ohne Änderungen bestätigt hat, kann auf Trilogverhandlungen verzichtet werden, da der Rat den Vorschlag der Kommission ebenfalls bereits am 19.06.2025 ohne Änderungen angenommen hat.

Abstimmungsergebnis

Konsultation zum Gehalt an recyceltem Kunststoff in Einweggetränkeflaschen veröffentlicht

Am 08.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu einer geplanten Durchführungsverordnung zu Berechnung, Überprüfung und Meldung von Daten zum Anteil an recyceltem Kunststoff in Einweggetränkeflaschen veröffentlicht. Damit soll für die Mitgliedstaaten Rechtssicherheit bei der Anwendung der Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Richtlinie (EU) 2019/904) geschaffen werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 19.08.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant.

Konsultation

Kommission veröffentlicht Fahrplan für Naturgutschriften mit Konsultationsmöglichkeit

Am 07.07.2025 hat die Kommission eine nichtlegislative Mitteilung mit dem Titel „Fahrplan für Naturgutschriften“ (COM(2025) 374 final) veröffentlicht. Der Fahrplan zeigt auf, wie sich die Kommission die weitere Entwicklung von privat finanzierten Naturgutschriften und die Etablierung eines Marktes für Naturgutschriften vorstellt und welche Schritte für den Zeitraum 2025 - 2027 geplant sind.

Ziel der Kommission ist es, Anreize für Maßnahmen, die die Natur schützen und erhalten, zu schaffen und private Investitionen in solche Maßnahmen anzukurbeln. Um die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit von Naturgutschriften sicherzustellen, möchte die Kommission klare Standards und eine verlässliche,

wissenschaftsbasierte Zertifizierung entwickeln. Greenwashing soll durch transparente Regelungen und ein verlässliches Überwachungssystem vermieden werden. Bei der Entwicklung eines Marktes für Naturgutschriften setzt die Kommission auf die Evaluierung bestehender Prozesse, Pilotprojekte und die internationale Zusammenarbeit, und möchte sich an bereits etablierten Systemen orientieren. In einer Expertengruppe sollen bis 2027 u. a. Vorschläge für die Gestaltung eines Regelungsrahmens für Naturgutschriften entwickelt werden. Diese Expertengruppe soll noch im Jahr 2025 eingesetzt werden und sicherstellen, dass die betroffenen Interessenträger eingebunden werden. Bewerbungen können bis zum 10.09.2025 eingereicht werden.

Gleichzeitig mit dem „Fahrplan für Naturgutschriften“ wurde eine Konsultation veröffentlicht, über die Interessenträger Rückmeldungen bis 30.09.2025 zum Fahrplan geben können.

Pressemitteilung
Konsultation

Kommission veröffentlicht Bericht zur Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik 2025

Am 07.07.2025 hat die Kommission ihren Bericht zur Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik 2025 veröffentlicht. Adressiert werden darin für jeden Mitgliedstaat die Bereiche Kreislaufwirtschaft und Abfallbewirtschaftung, Natur und Biodiversität, Schadstofffreiheit, Industrieunfälle und Chemikalien, Klimaschutz, Finanzierung und Governance. Im Länderbericht für Deutschland wird u. a. positiv hervorgehoben, dass Deutschland mit einer Recyclingquote im Jahr 2022 bei Verpackungsabfällen von 69 % und einer Deponiequote kleiner 1 % einer der führenden Mitgliedstaaten ist. Auch das UVP-Portal und das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ werden positiv bewertet. Als Hauptherausforderungen für Deutschland werden insbesondere die anhaltende Verschlechterung von Ökosystemen und erhebliche Populationsrückgänge bei geschützten Vogelarten angesehen. Als eine wesentliche Belastung von Gewässern und Böden wird der Eintrag von Schadstoffen aus Landwirtschaft und Industrie genannt. Es wird in Deutschland ein Gesamtinvestitionsbedarf zur Erreichung der Umweltziele von etwa 80,2 Mrd. € im Jahr und eine Investitionslücke von etwa 20 Mrd. € im Jahr gesehen. Die Veröffentlichung durch die Kommission erfolgt 2025 zum vierten Mal. Auf der Grundlage von Analysen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten werden dabei die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EU-Umweltpolitik bewertet und die Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung beschrieben.

Pressemitteilung

Ausschüsse des Europäischen Parlaments nehmen Bericht zu Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge an

Am 07.07.2025 haben die federführenden Ausschüsse für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) ihren Bericht zu dem

Verordnungsvorschlag der Kommission über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen (COM(2023) 451 final) mit 79 Ja-Stimmen zu 27 Gegenstimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass der in neuen Fahrzeugtypen verwendete Kunststoff innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten der neuen Verordnung mindestens 20 % recycelten Kunststoff enthalten muss. Innerhalb von 10 Jahren nach Inkrafttreten der neuen Verordnung sollen die Hersteller einen Anteil von mindestens 25 % erreichen, sofern genügend recycelter Kunststoff verfügbar ist und die Preise nicht überteuert sind. Vom Anwendungsbereich der Verordnung sollen dem Bericht von ENVI und IMCO zufolge Pkw und Lieferwagen (ein Jahr nach Inkrafttreten) sowie Busse, schwere Nutzfahrzeuge, Anhänger, Motorräder, Quads, Mopeds und Minicars (fünf Jahre nach Inkrafttreten) erfasst sein. Ausnahmen sind vorgesehen, z. B. für Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung und Fahrzeuge von historischem Interesse. Ergänzend zu der Vorgabe, dass neue Fahrzeuge so konstruiert sein müssen, dass möglichst viele Teile, Komponenten und Materialien von zugelassenen Verwertungsanlagen leicht entfernt werden können, um z. B. ersetzt oder recycelt zu werden, fordern die Abgeordneten, dass die Hersteller das Entfernen und den Austausch nicht durch Software-Updates behindern sollen.

Damit die Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission über die endgültige Fassung des künftigen Rechtstextes beginnen können, ist noch die Bestätigung des Berichts im Plenum des EP erforderlich.

Pressemitteilung

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung

Am 07.07.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Kfz-Kennzeichnung veröffentlicht. Ziel der Initiative ist es, eine Überarbeitung der Richtlinie über Verbraucherinformationen zu Personenkraftwagen (Richtlinie 1999/94/EG) vorzubereiten. Zweck dieser Richtlinie ist es, Verbraucher über den Kraftstoffverbrauch und die CO_2-Emissionen von neuen Pkw, die in der EU verkauft oder zum Leasing angeboten werden, zu informieren, damit die Verbraucher ihre Kaufentscheidung auf einer fundierten Grundlage treffen können. Die Vorschriften sollen aktualisiert werden, um auf Entwicklungen des Automobilmarktes und in der Technologie zu reagieren. Die Überarbeitung soll sich auch auf den Inhalt der Verbraucherinformationen, insbesondere in Bezug auf emissionsfreie Fahrzeuge und die Nutzung digitaler Instrumente erstrecken, außerdem sollen Vereinfachungsoptionen geprüft werden.

Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 29.09.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Konsultation

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge

Am 07.07.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu den CO_2-Grenzwerten für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge veröffentlicht. Ziel der Initiative ist es, die geltenden Vorschriften der Verordnung (EU) 2019/631 zur Festsetzung von CO_2-Emissionsnormen für neue Pkw und für neue leichte Nutzfahrzeuge unter Berücksichtigung des technologischen Fortschritts und der Bedeutung einer rentablen und gleichzeitig fairen Verkehrswende zu überarbeiten. Dabei soll ein technologieneutraler Ansatz verfolgt werden.

Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 29.09.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Konsultation

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Luftqualität in europäischen Städten

Am 04.07.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht zur Luftqualität in europäischen Städten veröffentlicht. Die EEA stellt darin fest, dass sich die Luftqualität grundsätzlich in den letzten drei Jahrzehnten zwar verbessert habe, in einigen Städten aber immer noch Gesundheitsgefahren in Folge von Luftverschmutzung beständen. In einem Online-Tool werden die europäischen Städte von der am wenigsten zur am stärksten belasteten Stadt gereiht, basierend auf dem Sterberisiko durch die langfristige Exposition gegenüber Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon. Europaweit ist die Luftqualität in Städten in den nördlichen Ländern, insbesondere Finnland, Schweden, Norwegen und Island, am besten. Von den deutschen Städten ist die Belastung in Kiel am geringsten. Auch bayerische Städte werden betrachtet, hier ist die Luftqualität in Kempten, Schweinfurt und Würzburg am besten. Außerdem wurde das Tool „Europäischer Luftqualitätsindex“ aktualisiert, das aktuelle Informationen zu Luftqualitätswerten und entsprechende Prognosen öffentlich zugänglich bereitstellt. Die Daten werden stündlich aktualisiert- auch die Daten für die Feinstaubbelastung, die bisher als 24-Stunden-Durchschnitt dargestellt wurden.

Pressemitteilung

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Studie zu Innovationsmöglichkeiten in der Bioökonomie

Am 03.07.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) eine Studie zu den Möglichkeiten für Innovationen im Bereich der Bioökonomie veröffentlicht. Demnach könnte mit einer stärker kreislauforientierten Nutzung heimischer Biomasse, wie beispielsweise Holz- und Pflanzenresten, Gülle und Mist, die Abhängigkeit von Importen reduziert werden. Innovationen in diesem Bereich sollten daher als Teil der Bioökonomie gestärkt werden. Gerade in den Schlüsselsektoren, die besonders große Umweltauswirkungen haben, insbesondere im Bauwesen, der Lebensmittelindustrie und im Verkehrsbereich, bestehen laut EEA biobasierte Alternativen, die als nachhaltige Lösungen die Dekarbonisierung unterstützen können. Die Studie untersucht insgesamt

23 biobasierte Innovationen in den Bereichen Lebensmittel, Landwirtschaft, Bausektor, Textilindustrie, Energie und Verkehr, die das Potential für skalierbare Lösungen aufzeigen.

Pressemitteilung

Kommission veröffentlicht Vorschlag für ein europäisches Klimaziel für 2040

Am 02.07.2025 hat die Kommission ihren Vorschlag für ein europäisches Klimaziel für 2040 veröffentlicht. Durch eine Änderung des Europäischen Klimagesetzes (Verordnung (EU) 2021/1119) soll das verbindliche Ziel festgelegt werden, EU-weit die Netto-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2040 um 90 % gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 zu reduzieren. Die Kommission wird dafür auch den bestehende Rechtsrahmen prüfen und die notwendigen Maßnahmen für den Rechtsrahmen nach 2030 vorschlagen. Flexibilität bei der Zielerreichung soll durch drei Elemente sichergestellt werden. Ab 2036 sollen maximal 3 % der Nettoemissionen der EU im Jahr 1990 durch qualitativ hochwertige internationale Zertifikate beigebracht werden können. Das bedeutet, das in dieser Höhe das EU-Reduktionsziel über den Erwerb von Zertifikaten auch durch CO_2-Reduktionen im Rahmen von Projekten in Drittstaaten erreicht werden kann. Außerdem soll die inländische dauerhafte Kohlenstoffentnahme im EU-Emissionshandelssystem verwendet werden und die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, die Anteile der verschiedenen Sektoren wie Industrie und Landwirtschaft bei der Reduzierung flexibel zu gestalten. Das Ziel soll laut Kommission auf einfache, kosteneffiziente und in sozial gerechterweise erreicht werden; die Technologieneutralität soll dabei gewährleistet werden. Der Vorschlag wird nun an den Rat und das Europäische Parlament übermittelt, die den Vorschlag im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren behandeln werden.

Pressemitteilung

Kommission veröffentlicht Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft

Am 02.07.2025 hat die Kommission mehrere Maßnahmen veröffentlicht, mit denen die Kreislaufwirtschaft gefördert und das für 2026 angekündigte Kreislaufwirtschaftsgesetz vorbereitet werden soll. Es soll ein digitales Abfallverbringungssystem (DIWASS) eingeführt werden, um den Transport von Abfällen innerhalb der EU zu vereinfachen. Ab 21.05.2026 soll dieses System das Papier-Verfahren komplett ersetzen. Außerdem hat die Kommission ihr Ergebnis der Überprüfung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Richtlinie 2012/19/EU) veröffentlicht. Wesentliche Erkenntnis dabei ist, dass zu viele Altgeräte bzw. enthaltene Materialien nicht recycelt werden. Laut Kommission muss daher die Sammlung von Altgeräten verbessert und Anreize zur Weiterverwendung geschaffen werden. Die Ergebnisse sollen nun bei der geplanten Überarbeitung der Richtlinie herangezogen werden. Diese wird einen zentralen Teil des angekündigten Kreislaufwirtschaftsgesetzes darstellen. Eine öffentliche Konsultation und ein „Call for evidence“ sollen zeitnah erfolgen.

Pressemitteilung

Europäische Umweltagentur veröffentlicht interaktives Onlineportal zu den Auswirkungen des Klimawandels

Am 02.07.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) ein interaktives Onlineportal vorgestellt, das die wichtigsten Klimawandelfolgen in Europa sowie Anpassungsmaßnahmen übersichtlich darstellt. Das Portal zeigt vergangene und prognostizierte Ereignisse wie Hitze, Dürre, Überschwemmungen und Waldbrände – deren Häufigkeit in Europa stetig zunimmt – und verdeutlicht die unterschiedlich ausgeprägte Anpassungsfähigkeit der Länder an Extremwetterereignisse. Laut einer EEA-Analyse haben wetterbedingte Extremereignisse 2023 in 38 europäischen Staaten (einschließlich EU- und anderer EWR-Mitgliedstaaten und kooperierender Länder) Schäden in Höhe von über 45 Mrd. € verursacht. Seit 1980 summieren sich die Verluste auf mehr als 790 Mrd. €. Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien sind am stärksten betroffen. Laut EEA wächst die Versicherungslücke beträchtlich, weil weniger als ein Drittel der Schäden versichert sind. Die meisten Todesfälle gehen auf Hitze- und Kältewellen, Dürren und Waldbrände zurück. Mit dem Portal will die EEA das Bewusstsein für Klimarisiken stärken und Klimaschutz sowie die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel verbessern.

Pressemitteilung

Konsultation zur Vereinheitlichung der Einstufung von bestimmten Abfalltypen veröffentlicht

Am 02.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Vereinheitlichung der Einstufung von bestimmten Abfalltypen veröffentlicht. Wie in der Abfallverbringungsverordnung (Verordnung (EU) 2024/1157) vorgesehen, möchte die Kommission die Liste der Abfälle der „Grünen“ Liste erstellen und Schwellenwerte einführen, unterhalb derer auch andere Abfälle als solche eingestuft werden können. Stellungnahmen zur geplanten delegierten Verordnung sind bis zum 31.10.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant.

Konsultation

Europäische Umweltagentur ruft zur Abstimmung über Sieger des Foto-Wettbewerbs „Die Umwelt & Ich“ auf

Am 01.07.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) zur Abstimmung über die Sieger des diesjährigen Fotowettbewerbs „Die Umwelt & Ich“ aufgerufen. Aus über 1800 Beträgen aus 36 Ländern hat die EEA 42 Beiträge vorausgewählt. Über die Sieger in den Kategorien Blau: Wasser & Ich, Grün: Natur & Ich und Orange: Alltag & Ich kann nun bis zum 15.07.2025 abgestimmt werden. Die Gewinner erhalten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 1000 € und werden am 25.07.2025 bekanntgegeben.

Pressemitteilung

Kommission initiiert Konsultation u.a. zum Anwendungsbereich des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus

Am 01.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Ausweitung des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf nachgelagerte Erzeugnisse veröffentlicht. Unter das CBAM-System fallen derzeit Zement, Eisen und Stahl, Aluminium, Dünger, Strom und Wasserstoff. Mit der Ausweitung soll die Verlagerung von CO_2-Emissionen auf nachgelagerte Erzeugnisse, also auf Erzeugnisse, die unter Verwendung von unter das CBAM fallenden Erzeugnissen, hergestellt werden und Umgehungen des Systems verhindert werden. Bei der Auswahl nachgelagerter Erzeugnisse werden als Kriterien u. a. das Risiko einer Verlagerung und die technische Durchführbarkeit herangezogen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 26.08.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Konsultation

Kommission veröffentlicht Eurobarometer-Befragung zur Wahrnehmung des Klimawandels

Am 30.06.2025 hat die Kommission eine Eurobarometer-Befragung zur Wahrnehmung des Klimawandels in der EU veröffentlicht. Gefragt nach einem Ranking der größten globalen Probleme liegt der Klimawandel bei den Befragten EU-weit auf dem vierten Platz hinter bewaffneten Konflikten, Armut, Hunger und Trinkwassermangel und der wirtschaftlichen Lage. Bei den deutschen Befragten liegt der Klimawandel auf dem zweiten Platz nach den bewaffneten Konflikten und vor dem Verfall von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie vor Armut, Hunger und Trinkwassermangel und der wirtschaftlichen Lage. 85 % der EU-Bürger bewerten den Klimawandel als ein ernstes Problem, in Deutschland sind es 84 %. 81 % der befragten EU-Bürger befürworten das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, in Deutschland sind es 80 % aller Befragten. EU-weit gaben 59 % aller Befragten an, in den letzten sechs Monaten selbst Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels unternommen zu haben, unter den deutschen Befragten waren es 72 %. EU-weit sehen sich 74 % persönlich stark Risiken und Gefahren im Zusammenhang mit Umwelt und Klima ausgesetzt, in Deutschland sind es 70 %. Befragt wurden im Zeitraum von Mitte Februar bis Mitte März EU-weit insgesamt 26.319 Bürgerinnen und Bürger, in Deutschland wurden 1.510 Bürgerinnen und Bürger befragt.

Übersichtsseite der Befragung

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Zustand und Potenzial von natürlichen Kohlenstoffspeichern

Am 30.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht zum Beitrag des Sektors der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (Land Use, Land Use Change and Forestry, LULUCF) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen veröffentlicht. Demnach ist der Beitrag des Sektors als natürliche Kohlenstoffsenke zuletzt stark zurückgegangen. Als natürliche Kohlenstoffsenke werden

Gebiete, insbesondere Wälder und Moore, bezeichnet, die Kohlenstoff aufnehmen und damit die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre reduzieren. Faktoren für den Rückgang der Kapazität sind die Alterung von Waldbeständen, deren vermehrte Abholzung und die Folgen von klimawandelbedingten Naturkatastrophen wie Waldbränden, Dürren und Schädlingsbefall, die sich auf die Kohlenstoffvorräte der Wälder auswirken. Die EEA sieht dennoch ein großes Potential des Sektors bei der Erreichung des Ziels der Klimaneutralität. Hierfür ist es aus Sicht der EEA unter anderem notwendig, die Entwässerung von Mooren zu vermeiden, die Bewirtschaftung von Wäldern, Acker- und Grünland zu verbessern und aufzuforsten.

Pressemitteilung

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Fortschritten bei der Reduzierung von Luftschadstoffemissionen

Am 27.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht veröffentlicht, der die Fortschritte der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Reduzierung von Luftschadstoffemissionen darstellt, die in der Richtlinie über nationale Emissionsminderungsverpflichtungen (Richtlinie (EU) 2016/2284) für den Zeitraum von 2020 - 2029 festgelegt sind. Die Analyse basiert auf den im Jahr 2025 gemeldeten Daten zu den Emissionen aus dem Jahr 2023. Die EEA bestätigt, dass die Emissionen der wichtigsten Luftschadstoffe in den meisten EU-Ländern weiterhin rückläufig sind. Dennoch bereitet die Minderung von Ammoniakemissionen – vor allem aus der Landwirtschaft – nach wie vor besondere Herausforderungen. Im Jahr 2023 haben 19 Mitgliedstaaten ihre Emissionsziele für die fünf Hauptschadstoffe (Stickstoffoxide, flüchtige organische Verbindungen, Ammoniak, Schwefeldioxid und Feinstaub) erreicht, während acht Länder zumindest bei einem Schadstoff, meist Ammoniak, ihre Ziele verfehlt haben. Besonders erfolgreich verlief laut EEA die Reduktion von Schwefeldioxid, wobei bereits 25 Länder ihre Zielvorgaben für 2030 erfüllt haben. Insgesamt kommt die EEA zu dem Ergebnis, dass zwar die Emissionen seit 2005 deutlich gesunken sind, es für alle Mitgliedstaaten aber weiterhin herausfordernd bleiben wird, die strengeren Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2030 und darüber hinaus in Bezug auf fast alle Luftschadstoffe zu erreichen.

Pressemitteilung

Kommission initiiert Konsultation zur Festlegung von Rohstoffen betreffend den Critical Raw Materials Act

Am 27.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu Produkten, Bestandteilen und Abfallströmen mit hohem Potenzial für die Verwertung kritischer Rohstoffe veröffentlicht. Die Verordnung zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen (Verordnung (EU) 2024/1252) ermächtigt die Kommission, eine Liste der Produkte, Bestandteile und Abfallströme zu erstellen, die als relevant für das Rückgewinnungspotenzial kritischer Rohstoffe angesehen werden. Diese vorgesehene Liste umfasst u. a. Produkte und Komponenten aus den Bereichen Batterien und

elektrische und elektronische Geräte. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 25.07.2025 möglich. Die Annahme der Durchführungsverordnung ist für zeitnah geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Konsultation

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Umgebungslärm

Am 24.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht zur Lärmbelastung in der EU und deren Folgen für Gesundheit, Wirtschaft und Umwelt veröffentlicht. Hauptquelle für Lärmbelastung in der EU ist nach dem Bericht der Verkehrslärm: 110 Mio. Menschen – über 20 % der Bevölkerung – sind gesundheitsschädlichem Verkehrslärm ausgesetzt. Etwa 92 Mio. Menschen erleben Lärmpegel über den EU-Grenzwerten (55 dB tagsüber, 50 dB nachts) gemäß der Umgebungslärmrichtlinie (Richtlinie 2002/49/EG) durch den Straßenverkehr. Zusätzlich sind rund 18 Mio. Menschen durch Schienen- und 2,6 Mio. durch Fluglärm belastet. Die EEA warnt, dass die Fortschritte im Lärmschutz zu langsam sind, um das Ziel einer 30 %igen Reduktion chronischer Lärmbelastung bis 2030 zu erreichen. Lärm führt zu schweren Gesundheitsproblemen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, psychischen Belastungen und vorzeitigem Tod. Laut EEA sind besonders Kinder betroffen; sie zeigen häufiger Lernschwierigkeiten und Übergewicht. Auch die Umwelt leidet: Fast 30 % der Natura-2000-Schutzgebiete sind durch Lärm beeinträchtigt. Die jährlichen wirtschaftlichen Schäden belaufen sich auf fast 96 Mrd. €. Die EEA fordert daher dringend stärkere Maßnahmen wie Verkehrsberuhigung, leisere Fahrzeuge, mehr Grünflächen und nachhaltige Mobilität, um Gesundheit, Umwelt und Lebensqualität zu schützen.

Pressemitteilung

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Badegewässerqualität 2024

Am 20.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) ihren Bericht zur Qualität der europäischen Badegewässer im Jahr 2024 veröffentlicht. Demnach ist bei 85 % der EU-Badegewässer die Qualität ausgezeichnet- 96 % hielten die Anforderungen der EU-Badegewässerrichtlinie (Richtlinie 2006/7/EG) ein. Allein bei Binnengewässern, also Flüssen und Seen, waren es 78 %. Laut EEA bestehen weiterhin erhebliche Verschmutzungen, die nicht von der EU-Badegewässerrichtlinie erfasst werden und sich in Folge des Klimawandels weiter verschärfen werden. Bezogen auf die Gewässer in Deutschland war bei 90,5 % der untersuchten Gewässer die Qualität ausgezeichnet, bei 6,2 % gut, bei 1 % ausreichend, bei 0,4 % schlecht und 1,8 % konnten nicht bewertet werden. 97,8 % aller Gewässer in Deutschland erfüllten die Anforderungen der EU-Badegewässerrichtlinie. Bezogen allein auf Binnengewässer war die Qualität bei 90,9 % ausgezeichnet, bei 5,9 % gut, bei 1 % ausreichend, bei 0,4 % schlecht und 1,8 % der Gewässer konnten nicht bewertet werden.

Pressemitteilung

Konsultation zur Wiederherstellungsverordnung – Methode zur Datenerhebung – veröffentlicht

Am 19.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (Verordnung (EU) 2024/1991) veröffentlicht. Die Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Vielfalt der Bestäuber zu fördern und den Rückgang der Bestäuberpopulationen bis 2030 umzukehren. Zur Bewertung der Fortschritte müssen die EU-Mitgliedstaaten geeignete Daten erheben, insbesondere zur Anzahl und Vielfalt der Bestäuberarten. Die Kommission schlägt hierfür in einem Entwurf eines delegierten Rechtsakts eine wissenschaftlich fundierte Methodik zur Datenerhebung vor. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 17.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Konsultation

Kommission initiiert Sondierung zum „Bürger-Energiepaket“

Am 19.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zum Bürger-Energiepaket veröffentlicht. Das Bürger-Energiepaket soll sicherstellen, dass alle Menschen in der EU an der Energiewende teilhaben können. Es soll Energiearmut bekämpfen und Verbraucherrechte stärken. Das Paket setzt auf Aufklärung, digitale Lösungen und die Unterstützung besonders betroffener Regionen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 11.09.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Konsultation

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Schutz und Erhalt von Bestäubern

Am 18.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Bericht zum Schutz und Erhalt von Bestäubern und deren Lebensräumen in Europa veröffentlicht. Die EEA unterstreicht darin die zentrale Bedeutung von Bestäubern für funktionierende Ökosysteme und die Ernährungssicherheit. Rund 80 % der Nutzpflanzen und Wildblumen in der EU sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Der wirtschaftliche Wert der Bestäubung für die Landwirtschaft wird auf mindestens 5 Mrd. € geschätzt. Dennoch sind viele Bestäuberarten stark gefährdet. So sind fast 40 % der Schwebfliegenarten, 20 % der Schmetterlinge und 9 % der Bienen vom Aussterben bedroht, da sie durch intensive Land- und Forstwirtschaft, den Einsatz von Pestiziden sowie den Klimawandel zunehmend Lebensraum verlieren. Laut EEA hat die EU mit der Biodiversitätsstrategie 2030, der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) und der Bestäuber-Initiative bereits wichtige Schutzmaßnahmen eingeleitet. Die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (Verordnung (EU) 2024/1991) verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, den Rückgang der Bestäuberpopulationen bis 2030 zu stoppen. Ein EU-weites Monitoring soll die Bestandsdaten vereinheitlichen und die Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen bewerten. Die EEA betont die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit aller

Wirtschaftsbereiche, Regierungsebenen und gesellschaftlichen Akteure, um den Schutz der Bestäuber langfristig sicherzustellen.

Pressemitteilung

VERBRAUCHERSCHUTZ

Konsultation zur europäischen Bürgerinitiative „Pelzfreies Europa“ veröffentlicht

Am 04.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu ihrer Bewertung der europäischen Bürgerinitiative „Pelzfreies Europa“ veröffentlicht. Die Bürgerinitiative hat zum Ziel, die Zucht und Haltung von Tieren zum Zwecke der Pelzgewinnung, sowie das Inverkehrbringen von Pelzen von Zuchttieren und Produkte daraus auf dem EU-Markt zu verbieten. Die Kommission wird 2026 eine Mitteilung veröffentlichen, in der sie die Maßnahmen, die sie in Reaktion auf das Bürgerbegehren ergreifen will, und eine Bewertung der Forderungen sowie der tierschutzrechtlichen Situation und der wirtschaftlichen Auswirkungen benennen wird. In Vorbereitung auf diese Veröffentlichung erfolgt die vorliegende öffentliche Konsultation. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 01.08.2025 möglich. Die Annahme der Mitteilung durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2026 geplant.

Konsultation

Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Verbreitungswegen der Vogelgrippe

Am 03.07.2025 hat die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht zur Ausbreitungssituation des hochpathogenen Vogelgrippe-Genotyps (HPAI) in den Vereinigten Staaten von Amerika und zu möglichen Verbreitungswegen veröffentlicht. Als solche werden die Züge von Wildvögel über den Atlantik und die Einfuhr von bestimmten Produkten wie Rohmilchkäse oder Rindfleisch aus den betroffenen Gebieten der USA genannt. Allerdings werde das Virus nur selten in Fleisch gefunden und für die Einfuhr gelten strenge Regelungen. Zwischen März 2024 und Mai 2025 sind laut Bericht in den USA 981 Milchviehherden in 16 Bundesstaaten betroffen gewesen. Als Faktoren, die die Verbreitung begünstigen, werden insbesondere der Transport von Rindern und gemeinsam genutzte landwirtschaftliche Geräte genannt.

Pressemitteilung

Konsultation zur Aktualisierung der Prüfmethoden zur Feststellung von Pestizidrückständen in Lebensmitteln veröffentlicht

Am 02.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Aktualisierung der Methoden bei der Beprobung und Analyse von Erzeugnissen pflanzlichen und tierischen Ursprungs wie z. B. Früchten und Körnern und Milch und Honig, veröffentlicht. Diese Produkte werden darauf untersucht, ob sie die für Pestizidrückstände geltenden

Höchstwerte einhalten. Mit der vorgesehenen Durchführungsverordnung sollen die Modalitäten dieser Probenahmen an den aktuellen technischen Wissenstand angepasst werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 30.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah vorgesehen.

Konsultation

Konsultation zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Nutztieren im Haltungsbetrieb veröffentlicht

Am 18.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu Überarbeitung von EU-Tierschutzvorschriften veröffentlicht. Es sollen die geltenden Vorschriften in Bezug auf Tierwohlstandards aufgrund veränderter gesellschaftlicher und ethischer Erwartungen modernisiert werden. Diese Überarbeitung soll u. a. auch die Verpflichtung enthalten, die Käfighaltung von bestimmten Tierarten schrittweise abzuschaffen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 16.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMELF in diesem EB).

Konsultation

Kommission veröffentlicht ersten Teil des Chemie-Omnibusses

Am 08.07.2025 hat die Kommission den ersten Teil des Chemie-Omnibusses veröffentlicht, der Vereinfachungen der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008), der Kosmetik-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1223/2009) und der EU-Düngeprodukte-Verordnung (Verordnung (EU) 2019/1009) vorsieht. In der CLP-Verordnung sollen u. a. die Etikettierungsvorschriften gelockert werden. So soll z. B. bei kleineren Behältern künftig nicht mehr nachgewiesen werden müssen, dass es unmöglich ist, alle Informationen auf dem Etikett anzugeben. Auch die strengen Anforderungen an die Etikettformatierung sollen abgeschafft werden. Bei der Kosmetik-Verordnung sollen Ausnahmen vom Verbot bestimmter Stoffe erleichtert werden, wobei die strengen Regeln für das Verbot von krebserregenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsgefährdenden Stoffen beibehalten werden sollen. Wenn ein Produkt einen nicht essbaren Stoff enthält, soll das nicht bedeuten, dass dieser Stoff bei Verwendung in einer kosmetischen Formel zur Anwendung auf der menschlichen Haut nicht sicher ist. Die „Standard“-Vorschriften zur Chemikaliensicherheit nach der REACH-Verordnung sollen künftig auch auf Stoffe im Anwendungsbereich der EU-Düngeprodukte-Verordnung angewandt werden. Der Kommissionsvorschlag wird in einem nächsten Schritt dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt, die sich dazu positionieren werden.

Pressemitteilung

Kommission veröffentlicht Vorschlag für eine ECHA-Basisverordnung

Am 08.07.2025 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Chemikalienagentur (COM(2025) 386 final) veröffentlicht. Der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA)

werden im Rahmen der Umsetzung der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit und in Folge der Legislativvorschläge des Pakets „Ein Stoff, eine Bewertung“ neue zusätzliche Aufgaben zugewiesen. Vor diesem Hintergrund soll ihr ein eigenständiger Rechtsrahmen gegeben werden, mit dem ihre Organisationsstruktur verbessert wird und sie in die Lage versetzt wird, die ihr zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die Agentur wirksam auf neue Herausforderungen reagieren und die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Pflichtenträger besser unterstützen kann. Insbesondere sollen die Kapazitäten der Ausschüsse für Risikobewertung (RAC) und für sozioökonomische Analyse (SEAC) erweitert werden, indem die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, jeweils zwei Mitglieder zu benennen und die Ausschüsse die Möglichkeit erhalten, Sachverständige zur Unterstützung heranzuziehen. Der Wissenschaftliche Ausschuss für Verbrauchersicherheit (SCCS) soll von der Kommission hin zur ECHA verlagert werden. Die Zusammenarbeit der ECHA mit anderen EU-Agenturen und mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten soll verbessert werden. Schließlich soll es künftig ein einziges Budget für die gesamte Agentur geben statt wie bisher drei verschiedene.

Pressemitteilung

Kommission legt Aktionsplan für die chemische Industrie vor

Am 08.07.2025 hat die Kommission einen Aktionsplan für die chemische Industrie vorgelegt. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen in den Bereichen „Resilienz und gleiche Wettbewerbsbedingungen“, „Bezahlbare Energie und Dekarbonisierung“, „Leitmärkte und Innovation“ und „Maßnahmen gegen Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS)“ vor. Zur Förderung der Nachfrage nach sauberen Chemikalien sollen steuerliche Anreize gesetzt werden. Im bereits angekündigten Gesetz zur Beschleunigung der industriellen Dekarbonisierung sollen EU-weite Inhalts- und Nachhaltigkeitsvorschriften festgelegt werden, um Investitionen in saubere Technologien zu unterstützen. Außerdem sollen die Ressourceneffizienz und das Recycling von Chemikalien verbessert und der Markt für biobasierte und recycelte Alternativen zu fossilen Rohstoffen durch die neue Bioökonomie-Strategie und das für 2026 angekündigte Kreislaufwirtschaftsgesetz gestärkt werden. PFAS-Emissionen sollen durch strenge, wissenschaftlich fundierte Beschränkungen reduziert werden, gleichzeitig soll ihre weitere Verwendung in kritischen Anwendungen unter strengen Auflagen weiterhin gewährleistet bleiben, sofern es keine Alternativen gibt. Im Bereich PFAS soll in Innovationen investiert werden, Sanierungen nach dem Verursacherprinzip gefördert und die Entwicklung von Alternativen unterstützt werden (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung

Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung von Heizkörpern veröffentlicht

Am 01.07.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung von Niedertemperatur-Wärmestrahlern (Heizkörpern) veröffentlicht. Diese wurden in den Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2022 - 2024 aufgenommen. Es sollen EU-weite Anforderungen

festgelegt werden, um einen optimierten Einsatz von Niedrigtemperaturstrahlern mit dem Ziel, möglichst kosteneffizienter Energieeinsparungen, zu ermöglichen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 29.07.2025 möglich. Die Annahme der delegierten Verordnung durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 vorgesehen.

Konsultation

Konsultation zu Ausnahmen vom Vernichtungsverbot unverkaufter Bekleidung und Schuhe veröffentlicht

Am 30.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Festlegung der Fälle, in denen die Vernichtung unverkaufter Bekleidung und Schuhe zulässig sein soll, veröffentlicht. Eine Vernichtung soll insbesondere dann möglich sein, wenn ein Produkt gefährlich ist, oder es so beschädigt ist, dass es nicht mehr zum vorgesehenen Zweck verwendet werden kann, oder sonst dafür ungeeignet ist, oder wenn gerichtlich entschieden wurde, dass ein Produkt geistige Eigentumsrechte verletzt. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 11.08.2025 möglich. Die Annahme der geplanten delegierten Verordnung durch die Kommission ist zeitnah geplant.

Konsultation

Konsultation zur Einführung von Garantiehinweisen veröffentlicht

Am 30.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur besseren Verbraucherinformation veröffentlicht. Es soll eine Hinweispflicht auf die gesetzliche Garantieverpflichtungen bei Verkaufsstellen sowie eine EU-Kennzeichnung von Produkten bei einer herstellerseitig versprochenen gewerblichen Haltbarkeitsgarantie auf Produktebene eingeführt werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 28.07.2025 möglich. Die Annahme der geplanten Durchführungsverordnung durch die Kommission ist zeitnah geplant.

Konsultation

IMCO: Billigung der neuen Vorschriften zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie

Am 26.06.2025 hat der federführende Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) seinen Bericht zum Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie (COM(2023) 905 final) mit 35 Ja-Stimmen zu einer Gegenstimme bei vier Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten sprechen sich u. a. dafür aus, dass Reisende besser geschützt werden, wenn Reiseveranstalter in die Insolvenz fallen. Es soll z. B. sichergestellt sein, dass Reisende Rückerstattungen für Vorauszahlungen und noch nicht erbrachte Dienstleistungen erhalten und bei der Rückreise unterstützt werden. Darüber hinaus sprechen sich die Abgeordneten u. a. für bestimmte Vorgaben bei der Verwendung von Gutscheinen aus, wenn diese anstelle einer Rückerstattung angeboten werden.

Bevor die Verhandlungen mit Rat und Kommission über die endgültige Fassung des künftigen Rechtstextes beginnen können, muss der Bericht noch im Plenum des EP bestätigt werden (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

Pressemitteilung

Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zu Verordnungsvorschlägen zu Passagierrechten und zu multimodularen Reisen

Am 24.06.2026 hat der federführende Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) des Europäischen Parlaments (EP) die Berichte zu den Vorschlägen der Kommission zur Verordnung über die Durchsetzung von Fahr- und Fluggastrechten (COM(2023) 753 final) und zur Verordnung über Fahr- bzw. Fluggastrechte bei multimodalen Reisen (COM(2023) 752 final) angenommen. Den Berichtsentwurf zur Verordnung über die Durchsetzung von Fahr- und Fluggastrechten nahm der Ausschuss mit 38 Ja-Stimmen zu zwei Nein-Stimmen und bei zwei Enthaltungen an, der Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen wurde mit 40 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme gefasst. Die Verhandlungsposition des EP umfasst u. a. die Verpflichtung, Reisende bei der Buchung über die Kostenzusammensetzung und die Modalitäten eines etwaigen Erstattungsverfahrens zu informieren, die Einführung einer einheitlichen Handgepäcksgröße sowie die kostenlose Mitreise für Kinder und für die Begleitperson eines mobilitätseingeschränkten Reisenden. Den Berichtsentwurf zur Verordnung über Fahr- bzw. Fluggastrechte bei multimodalen Reisen nahm der Ausschuss mit 32 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme und bei neun Enthaltungen an, der Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen wurde einstimmig gefasst. Die Verhandlungsposition des EP umfasst u. a. eine Verpflichtung, Reisende vor dem Kauf zu informieren, welche Art von Ticket sie kaufen. Wenn es wegen eines verpassten Anschlussverkehrsmittels zu einer Verspätung von mehr als 60 Minuten kommt, sollen Reisende Leistungen wie z. B. Getränke oder Mahlzeiten erhalten.

Nachdem die Beschlüsse über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen vom Plenum des EP während der Plenartagung vom 07.07.2025 - 10.07.2025 gebilligt wurden, können die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission über die endgültige Fassung der künftigen Rechtstexte nunmehr beginnen.

Pressemitteilung

Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung veröffentlicht

Am 19.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung (Verordnung (EU) 2019/1009) veröffentlicht. Diese enthält gemeinsame Vorschriften über Sicherheits-, Qualitäts- und Kennzeichnungsanforderungen für Düngeprodukte mit CE-Kennzeichnungen. Mit der Konsultation soll die Verordnung nach den Kriterien Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und EU-Mehrwehrt überprüft werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 19.09.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Konsultation

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS

Tagung des Agrarrates

Die EU-Agrarminister trafen sich am 23./24.06.2025 letztmalig unter polnischer Präsidentschaft und tauschten sich über nachfolgende Themen aus. Neben der Verabschiedung seiner Position zum Waldmonitoring (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), diskutierte der Rat über Handelsfragen, die Vereinfachung der GAP und verschiedene Themen der Fischerei.

Die EU-Agrarminister diskutierten verschiedene handelsbezogene Agrarfragen. Im Mittelpunkt standen hier die Handelsbeziehungen zu den USA, der Ukraine sowie das Mercosur-Abkommen, insbesondere mit Blick auf finanzielle Entschädigungen für betroffene Landwirte. Kommissar *Christophe Hansen* berichtete über die positive Handelsbilanz der EU 2024 (64 Mrd. €) und das gute Niveau im 1. Quartal 2025 (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Dabei wurde eine Vielfalt von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen in alle Regionen der Welt ausgeführt. Er verwies auf die Notwendigkeit zur Diversifizierung und Reduktion kritischer Abhängigkeiten. Außerdem bedarf es gleicher Wettbewerbsbedingungen (sog. Spiegelklauseln) bei Handelsbeziehungen der EU mit Drittländern insbesondere bei Pestizideinsatz und Tierschutz. Außerdem diskutierte der Rat über das Mercosur-Abkommen und finanzielle Entschädigungen für betroffene Landwirte, die Zollpolitik der USA und den Import von Agrarprodukten aus der Ukraine.

Es fand auch eine Aussprache zum Vereinfachungspaket der laufenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – der sog. Omnibus-Verordnung zur Landwirtschaft – statt. Dabei begrüßten die Mitgliedstaaten das Vereinfachungspaket im Grundsatz (u.a. Vereinfachung der Umweltanforderungen und -kontrollen, stärkere Schwerpunkt auf Anreize, mehr Flexibilität bei der Anpassung ihrer GAP-Strategiepläne und verbesserte Krisen- und Risikomanagementinstrumente). Weiterhin forderten sie, dass auch teilweise ökologisch wirtschaftende Betriebe unter die Vereinfachungen fallen sollten. Kritisiert wurde die Einführung einer für die Daten-Governance im Rahmen der GAP zuständigen Behörde. Es werde eine rasche Annahme des Vorschlags angestrebt.

Der Vorsitz unterrichtete den Rat über die bisherigen Fortschritte beim Vorschlag für den Schutz von Tieren beim Transport und zum Vorschlag für Pflanzenvermehrungsmaterial. Während jeweils die erzielten Fortschritte und die Bedeutung der Vorschläge gelobt wurden, warnte man zugleich vor unnötigem Verwaltungsaufwand.

Bei der Aussprache zu Fischereimöglichkeiten für 2026 betonten die Minister, wie wichtig es sei, ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit sowie Stabilität und Vorhersehbarkeit für den Sektor zu gewährleisten. Sie betonten außerdem, dass es entscheidend sei, bei den jährlichen Konsultationen mit Drittländern gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und eine angemessene Finanzierung sicherzustellen.

Unter Sonstiges stellte die polnische Delegation zum Ende ihrer Ratspräsidentschaft zahlreiche Fortschrittsberichte zu laufenden Gesetzesinitiativen, unter anderem zur Verordnung zur Änderung der gemeinsamen Marktorganisation (GMO), zur grenzüberschreitenden Durchsetzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken (UTP), zu neuen genomischen Techniken (NGT) und Stützungsmaßnahmen im Weinsektor, vor.

Außerdem besprach der Rat die Forderung Österreichs zur Sicherstellung der Verfügbarkeit wirksamer Pflanzenschutzmittel und die Forderung Frankreichs einer Absenkung der Rückstandshöchstgehalte auf die Bestimmungsgrenze für in der EU verbotene Pflanzenschutzmittel bei importierten Erzeugnissen. Zusätzlich forderten Tschechien und weitere Mitgliedstaaten den Schutz traditioneller Namen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs, um Verbraucher vor irreführenden Bezeichnungen durch pflanzliche Ersatzprodukte zu schützen.

Der nächste Agrarrat findet unter dänischer Präsidentschaft am 14.07.2025 statt.

Pressemitteilung

Rat erzielt allgemeine Ausrichtung beim Waldmonitoring

Am 24.06.2025 erzielte der Agrarrat eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag der Kommission zur Einführung eines neuen EU-weiten Waldbeobachtungsrahmens (FML = Forest Monitoring Law).

Der Vorschlag der Kommission sieht den Aufbau eines Überwachungssystems harmonisierter Walddaten vor, das auf den bestehenden Messsystemen der Mitgliedstaaten aufbaut. Dieses soll auch den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten sowie mit der EU ermöglichen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstütze den Vorschlag, schlug jedoch eine Reihe von Änderungen vor, die den administrativen Aufwand und die zusätzlichen Kosten reduzieren sollen. Deutschland stimmte aufgrund des zusätzlichen Indikators „Fläche von Primär- und Altwäldern“ dagegen; Österreich und Bulgarien enthielten sich.

Der Rat unterstützt das Ziel harmonisierter Daten, fordert aber mehr Flexibilität, um bürokratische Belastungen für Waldbesitzer und Verwaltungen zu vermeiden. So soll das neue System auf der Harmonisierung der bereits in den nationalen Waldinventuren erhobenen Daten und den Indikatoren aufbauen. Aufgrund vom Rat geäußerter Bedenken hinsichtlich der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der durch Fernerkundung (Erhebung mittels Satelliten oder Drohnen) gewonnenen Daten, solle die Kartierung daher weiterhin in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten liegen.

Der Rat hat sich zudem entschieden sowohl die Vorgaben zu langfristigen nationalen Forstplänen als auch das von der Kommission vorgeschlagene Konzept von Waldeinheiten aus dem Vorschlag zu streichen.

Die Kommission kritisierte die Ausrichtung des Rates deutlich, da aufgrund der umfassenden Streichungen das Ziel der Verordnung, eine Verbesserung der Resilienz der Wälder gegenüber dem Klimawandel und dem Erhalt der Biodiversität, gefährdet sei. Sie behält sich ein Zurückziehen des Verordnungsvorschlags vor, wodurch das Gesetzgebungsverfahren abgebrochen würde.

Der Rat ist nun bereit, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen, sobald dieses seinen Standpunkt beschlossen hat.

Pressemitteilung
Allgemeine Ausrichtung – Waldbeobachtungsrahmen (FML)
Erklärung der Kommission

Rat positioniert sich zum Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Weinsektors

Am 19.06.2025 haben die Vertreter der Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL) das Verhandlungsmandat des Rates zum Kommissionsvorschlag für unterstützende Maßnahmen für den europäischen Weinsektor angenommen. Ziel des sog. Weinpakets ist eine der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung gerecht werdende Unterstützung des Weinsektors.

Die wichtigsten Elemente des Kommissionsvorschlags umfassen dabei Maßnahmen zur Vermeidung von Überschüssen, zur Ausweitung der Flexibilität bei der Pflanzung, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, zur Vereinfachung der Etikettierung sowie zur Förderung der ländlichen Wirtschaft durch Weintourismus.

Den übergeordneten Zielen des Kommissionsvorschlags wurde seitens des Rates zugestimmt, wobei eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen wurden:

Für Erzeugnisse mit einem reduzierten Alkoholgehalt sieht der Rat die Bezeichnung „low-alcohol“ vor, anstatt wie von der Kommission vorgeschlagen „alcohol-light“.

Der Rat stimmt dem Kommissionsvorschlag zu, die Dauer der von der EU finanzierten Absatzförderungskampagnen in Nicht-EU-Ländern von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Die EU-Unterstützung für Absatzförderungs- und Informationsmaßnahmen soll nach Auffassung der Mitgliedstaaten bis zu 60 % der Kosten abdecken. Laut Ratsposition könnten die Mitgliedstaaten nationale Zahlungen zur Deckung von bis zu 30 % gewähren. Die nationalen und EU-Zahlungen zusammen dürften maximal 80 % betragen.

Die Mitgliedstaaten sind der Auffassung, dass Wein, der für die Ausfuhr bestimmt ist, von der Verpflichtung ausgenommen werden sollte, auf seinem Etikett das Verzeichnis der Zutaten und die für den EU-Binnenmarkt vorgeschriebene Nährwertdeklaration anzugeben.

Um die Ausbreitung der Rebkrankheit „Flavescence dorée“ („goldgelbe Vergilbung“) zu verhindern, führt der Rat Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung ein, u. a. bei Überwachung, Diagnostik, Ausbildung, Kommunikation und Forschung. Abschließend erlaubt der Rat die Verwendung von Roséwein im Falle zusätzlicher regionaler aromatisierter Weinerzeugnisse

Sobald auch das Europäische Parlament seine Verhandlungsposition angenommen hat, können die Trilogverhandlungen beginnen. Dies ist nach aktuellem Stand im zuständigen Agrarausschuss im 4. Quartal 2025 vorgesehen.

Pressemitteilung
Kommissionsvorschlag

Informelles Treffen des Agrarrats in Warschau

Vom 15. - 17.06.2025 trafen sich die Landwirtschaftsminister der EU auf Einladung der polnischen Ratspräsidentschaft zu einem informellen Austausch in Warschau (Polen). Sie berieten über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), wobei der Generationswechsel in der Landwirtschaft als Schlüssel für eine moderne, widerstandsfähige und wettbewerbsfähige Agrarpolitik im Fokus stand.

Die Ausgestaltung der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2028 spielt bei der Förderung des Generationenwechsels eine zentrale Rolle. Allerdings reiche die GAP allein nicht aus; vielmehr müsse ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, bei dem sowohl die Attraktivität des Agrarsektors als auch die des ländlichen Raums im Mittelpunkt stehen.

Dafür sei es notwendig, ein umfassendes Paket an Instrumenten in den Bereichen Bildung, digitaler und sozialer Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und wirtschaftlicher Chancen auf den Weg zu bringen. Die Vereinfachung von Hofübergaben und die Eindämmung von Bodenspekulation bleiben Herausforderungen. Die Ergebnisse fließen in eine neue EU-Strategie zum Generationswechsel ein.

An den Gesprächen nahmen neben den Ministern auch Agrarkommissar *Christophe Hansen*, der stellvertretende Vorsitzende des Agrarausschusses, *Daniel Buda*, Vertreter des Europäischen Rates der Junglandwirte (CEJA), des europäischen Dachverbandes der Landwirte (COPA) und des europäischen Dachverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften (COGECA), teil.

Pressemitteilung

Landwirtschaftsausschuss legt Prioritäten für die Finanzierung der GAP nach 2027 fest

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat am 07.07.2025 in einer Sondersitzung über den Initiativbericht „Die Zukunft der Landwirtschaft und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2027“ abgestimmt. Der Bericht wurde mit 29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.
Die EVP-Fraktion bekräftigte ihre Forderung für eine „starke, faire und zukunftsorientierte GAP“ nach 2027. „Wir lehnen jeden Versuch ab, diese Politik zu nationalisieren oder ihre Finanzierung mit anderen EU-Instrumenten zusammenzulegen. Die GAP muss eine wirklich gemeinsame Politik bleiben, mit zweckgebundenen Fonds und unabhängigen Säulen, die eine faire und gleiche Unterstützung für alle europäischen Landwirte gewährleisten“ betonte Berichterstatterin *Carmen Crespo Díaz* (EVP / ESP). Die EVP-Fraktion setzt sich für eine Vereinfachung und „intelligente“ Anreize ein, um die Rentabilität und Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in ganz Europa zu verbessern, und befürwortet konkrete Maßnahmen, um Junglandwirte durch einen besseren Zugang zu Land, Finanzierung und Ausbildung im Sektor zu halten bzw. neu zu gewinnen. Die Fraktionen EVP, Renew und S&D stimmten geschlossen für den Vorschlag. Die Abgeordneten unterstützen die Maßnahmen,

insbesondere die Forderung nach einem eigenständigen Budget und weniger Bürokratie für Landwirte. Sie betonen die Bedeutung der GAP für die Ernährungssicherheit und die ländliche Entwicklung in der EU.
Pressemitteilung

EU-Parlament verabschiedet Einwand gegen Risiko-Klassifizierungen der Entwaldungsverordnung (EUDR)

Am 07.07.2025 hat das Europäische Parlament (EP) den Einwand gegen den Durchführungsrechtsakt der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) beschlossen.

Während unter anderem die EVP-Fraktion dem Einwand gegen die Risiko-Klassifizierungen der EU-Entwaldungsverordnung EUDR zustimmte, votierten S&D, Liberale, Grüne und Linke gegen den Einwand, der für die EU-Kommission rechtlich nicht bindend ist. Der Verband der Waldbesitzender begrüßte die Anpassungen.

Bereits am 24.06.2025 hat der Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments dem Einwand mit 49 Ja-Stimmen zu 37 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Die EVP-Fraktion hatte in einer Pressemitteilung angekündigt, gegen die von der Kommission vorgeschlagene Liste der von Entwaldung bedrohten Länder zu stimmen. Sie fordert einen differenzierteren Vorschlag, der Bürokratie für Landwirte, Waldbesitzer und Industrie vermeidet. „Das Länderklassifizierungssystem der Kommission ist fehlerhaft und weist Ländern Risikostufen zu, ohne die Komplexität der Entwaldung und Waldschädigung angemessen zu berücksichtigen. Wir brauchen einen differenzierteren Ansatz, einschließlich einer „Null-Risiko“-Kategorie für Länder mit stabilen oder wachsenden Waldgebieten. Dies würde Bürokratie abbauen und sicherstellen, dass unsere Bemühungen zur Bekämpfung der Entwaldung zielgerichtet und wirksam sind", sagte *MdEP Alexander Bernhuber* (EVP/AUT), federführender Verhandlungsführer der EVP-Fraktion.

Die federführende Berichterstatterin für das Dossier, *Christine Schneider* (EVP/DEU), betonte, dass der vorliegende Vorschlag nicht wirksam sei. „Die derzeitige Methodik ist unzureichend: es versäumt, die illegale Entwaldung wirksam zu bekämpfen, und stellt stattdessen eine bürokratische Belastung für alle dar. In Europa sollten wir diejenigen unterstützen, die unsere Wälder intelligent und verantwortungsvoll bewirtschaften, anstatt sie mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand zu bestrafen. Diejenigen, die entwaldungsfrei arbeiten, sollten nicht einem Generalverdacht unterliegen, nur weil andere den Wald ausbeuten. Wir brauchen einen praktischen, ergebnisorientierten Ansatz, der auf Länder mit einem tatsächlichen Entwaldungsrisiko abzielt", sagt sie. Die EVP-Fraktion fordert einen überarbeiteten Ansatz, der den einzigartigen nationalen Gegebenheiten Rechnung trägt, diejenigen unterstützt, die die Wälder verantwortungsvoll bewirtschaften, und den bürokratischen Aufwand für Landwirte und Industrie minimiert.

Pressemitteilung EVP
Entwurf des Entschließungsantrags

Europäisches Parlament: Berichtsentwurf zur beschleunigten Zulassung biologischer Pflanzenschutzmittel

Am 03.07.2025 stellten die EU-Abgeordneten *Alexander Bernhuber* (EVP/AUT, AGRI) und *Anna Strolenberg* (FEA/NLD, ENVI) im gemeinsamen ENVI/AGRI-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) ihren Berichtsentwurf zur beschleunigten Zulassung biologischer Pflanzenschutzmittel vor. Der Bericht ist eine Reaktion auf den für das 4. Quartal 2025 erwarteten Legislativvorschlag der Kommission zur Erleichterung des Marktzugangs von Biopestiziden, der in der Mitteilung „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ angekündigt wurde.

Der Berichtsentwurf fordert die Schaffung einer einheitlichen und bestimmten Definition für biologische Pflanzenschutzmittel, die eine Abgrenzung zwischen chemischen und biologischen Pflanzenschutzmitteln ermöglicht. Ferner soll das Zulassungsverfahren für biologische Pflanzenschutzmittel beschleunigt und hierdurch der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel reduziert werden. Auch intensive Schulungen der Landwirte hinsichtlich des Einsatzes biologischer Pflanzenschutzmittel sowie eine entsprechende Finanzausstattung der Behörden der Mitgliedstaaten werden in dem Berichtsentwurf aufgegriffen und als wesentliches Instrument hervorgehoben.

Die Abgeordneten der verschiedenen politischen Gruppen haben sich auf eine gemeinsame Zusammenarbeit geeinigt. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass der Bericht noch vor dem Vorschlag der Kommission fertiggestellt wird. Die ENVI- und AGRI-Mitglieder werden nun Änderungsanträge einreichen, über die in der Plenarsitzung im Oktober abgestimmt werden soll.

Berichtsentwurf

Kommission genehmigt neue gentechnisch veränderte (GVO) Sojasorte als Lebens- und Futtermittel

Die Kommission hat am 04.07.2025 nach gründlicher Prüfung eine neue gentechnisch veränderte (GVO) Sojabohne zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Die Genehmigung umfasst nicht den Anbau der Sojasorte in der EU. Nach der Entscheidung der Kommission unterliegt jedes aus dieser gentechnisch veränderten Sojabohne hergestellte Erzeugnis den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU.

Die Zulassungsentscheidung war von der Kommission zu treffen, da die Mitgliedstaaten weder eine qualifizierte Mehrheit dafür, noch gegen die Genehmigung erreicht hatten. Die Zulassung hat eine Geltungsdauer von zehn Jahren. Sie wird nur unter der Voraussetzung erteilt, dass im Rahmen einer gründlichen Bewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Stellen der Mitgliedstaaten nachgewiesen wird, dass kein Risiko für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt besteht.

Pressemitteilung

EU und Ukraine einigen sich auf überarbeitetes Handelsabkommen

Die Kommission hat am 30.06.2025 über den Abschluss der Verhandlungen über die Überprüfung der vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und der Ukraine informiert. Das überarbeitete Abkommen baut auf drei wesentliche Säulen auf. Diese umfassen die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, die Einführung von Schutzklauseln und ein differenzierter Marktzugang (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Der differenzierte Marktzugang berücksichtigt die Empfindlichkeiten bestimmter EU-Agrarsektoren. Für die empfindlichsten Produkte wie Zucker, Geflügel, Eier, Weizen, Mais und Honig soll es nur geringe Quotenerhöhungen im Vergleich zur bisherigen Regelung geben. Für andere Produkte sollen Quoten festgelegt werden, die beiden Seiten zugutekommen. Schließlich wurde für bestimmte nicht empfindliche Produkte wie Vollmilchpulver, fermentierte Milch, Pilze und Traubensaft eine vollständige Liberalisierung vereinbart.

Die EU und die Ukraine haben vereinbart, Maßnahmen zu prüfen, um ukrainischen Exporteuren den Zugang zu traditionellen Märkten in Drittländern zu erleichtern. Das Abkommen enthält eine Klausel zur Überprüfung der Lage, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration und Beitrittsaussichten der Ukraine. Beide Seiten arbeiten nun an der Feinabstimmung der technischen Elemente des Abkommens. Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament werden über die Einzelheiten informiert. Nach der rechtlichen Überarbeitung werden die EU und die Ukraine ihre Verfahren zur förmlichen Billigung einleiten. Übergangsmaßnahmen gelten seit dem 05.06.2025, wobei die Zollkontingente aus dem Vorjahr reaktiviert wurden.

Pressemitteilung
Fragen und Antworten

Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz im Agrar- und Lebensmittelsektor im 1. Quartal 2025

Die Kommission hat am 25.06.2025 ihren Bericht über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln für das 1. Quartal 2025 veröffentlicht.

Die Handelsbilanz der EU im Agrar- und Lebensmittelsektor blieb trotz eines im Vergleich zu 2024 verzeichneten und durch die erhöhten Importpreise verursachten Rückgangs weitgehend positiv und erreichte im 1. Quartal 2025 11,6 Mrd. €.

Im März 2025 betrugen die Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU 21,1 Mrd. €. Insgesamt beliefen sich die Ausfuhren im 1. Quartal 2025 auf 59,7 Mrd. €. Im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres 2024 ist ein Anstieg von 3 % zu verzeichnen. Hinsichtlich der Ausfuhren blieb im 1. Quartal 2025 mit einem Umfang von 13,5 Mrd. € das Vereinigte Königreich weiterhin das wichtigste Exportziel. Exporte nach China waren hingegen aufgrund geringerer Getreideexporte rückläufig.

Die Ausfuhren von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen verzeichneten Anfang 2025 das größte Wachstum im Vergleich zu 2024 und stiegen um 1,1 Mrd. € (+51 %), was auf einen starken Anstieg der Preise für

Kakaoerzeugnisse zurückzuführen ist. Auch die Exporte von Süßwaren und Schokolade stiegen deutlich (+ 21 %, + 539 Mio. €), ebenso wie die Exporte von Milchprodukten (+ 7 %, + 327 Mio. €), was hauptsächlich auf höhere Preise zurückzuführen war. Dagegen gingen die Getreideexporte um 1 Mrd. € (- 27 %) zurück, was vor allem auf geringere Weizen- und Maismengen zurückzuführen war.

Im 1. Quartal 2025 stiegen zudem die Agrar- und Lebensmittelimporte der EU gegenüber demselben Vorjahreszeitraum um 20 % auf 48,1 Mrd. €. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf höhere Preise für Kakao, Kaffee und andere Produkte. Brasilien, die USA und das Vereinigte Königreich blieben die wichtigsten Importländer, wobei auch Côte d'Ivoire (+ 84 %, + 1,2 Mrd. €) und China (+ 35 %, + 732 Mio. €) deutliche Zuwächse verzeichneten. Demgegenüber gingen die Importe aus Russland und der Ukraine aufgrund des geringeren Handels mit Getreide und Ölsaaten zurück.

Die Importe von Kakao, Kaffee, Früchten und Nüssen sowie nicht essbaren Produkten verzeichneten ein starkes Wachstum, wobei sich die Kakaopreise verdoppelten und die Kaffeepreise um 65 % stiegen. Dagegen gingen die Einfuhren von Zucker und Isoglucose (- 39 %, - 197 Mio. €) sowie Olivenöl (- 32 %, - 167 Mio. €) aufgrund niedrigerer Preise und geringerer Mengen zurück.

Pressemitteilung
Bericht der Kommission zum EU-Agrar- und Lebensmittelhandel

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) beschließt Handelsabkommen mit Mercosur

Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) – bestehend aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz – hat nach zehn Jahren Verhandlungen am 02.07.2025 ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) abgeschlossen. Dieses Abkommen sieht die Abschaffung oder Senkung von Zöllen auf fast alle Handelsströme vor. Das Abkommen umfasst dabei auch wichtige Agrarprodukte wie brasilianisches Geflügel, argentinisches Rindfleisch und norwegischen Lachs.

Im Gegensatz dazu stagniert das nach 25 Jahren Verhandlungen erzielte EU-Mercosur-Abkommen noch immer, da der finale Gesetzestext bisher nicht vorgelegt wurde und im Ausschuss für Handelspolitik das Mercosur-Abkommen von der Tagesordnung gestrichen wurde. Stattdessen wird sich der Ausschuss angesichts der drohenden Zölle aus Washington auf die Handelsbeziehungen zu China und insbesondere zu den USA konzentrieren.

Innerhalb des europäischen Agrarsektors gibt es gegenüber dem Mercosur-Abkommen teils erhebliche Bedenken. Landwirtschaftliche Interessenverbände und Landwirte fordern, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Auch die Landwirtschaftsverbände und Landwirte der EFTA-Länder äußerten sich kritisch gegenüber dem abgeschlossenen Abkommen.

Konsultation zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Nutztieren im Haltungsbetrieb veröffentlicht

Die Kommission hat am 18.06.2025 eine Konsultation zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Nutztieren im Haltungsbetrieb veröffentlicht.

Bei dieser Initiative handelt es sich um eine Maßnahme im Rahmen der Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften. Ziel der Initiative ist die Harmonisierung und Modernisierung der Tierwohlstandards. Sie ist auch eine Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative „Schluss mit der Käfighaltung“. Die EU strebt damit auch eine stärkere Angleichung der Tierschutzstandards für importierte Erzeugnisse an.

Betroffen sind die Halter von Legehennen, Schweinen, Kälbern, Junghennen, Kaninchen, Enten, Gänsen und Wachteln.

Rückmeldungen sind bis zum 16.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Konsultation

Konsultation zur Wiederherstellungsverordnung – Methode zur Datenerhebung – veröffentlicht

Die Kommission hat am 19.06.2025 eine Konsultation zu einem Entwurf eines delegierten Rechtsakts zur Überwachung der Vielfalt von Bestäubern und deren Populationen vorgelegt. Die Rechtsgrundlage des delegierten Rechtsakts ergibt sich aus der EU-Wiederherstellungsverordnung.

Ziel des delegierten Rechtsakts ist es, eine wissenschaftlich fundierte Methode zur Überwachung der Vielfalt und der Populationen von Bestäubern festzulegen. Diese Methode soll eine standardisierte Herangehensweise für die jährliche Datenerhebung zur Häufigkeit und Vielfalt von Bestäuberarten in verschiedenen Ökosystemen bieten und die Trends der Bestäuberpopulationen sowie die Wirksamkeit von Wiederherstellungsmaßnahmen bewerten.

Definiert werden insbesondere die zu überwachenden Bestäuberarten, Überwachungsstandorte sowie Kriterien der Erhebungsprotokolle und der Identifizierung von Arten. Außerdem werden Kriterien hinsichtlich der Bestandsentwicklung und der Wirksamkeit der Wiederherstellungsmaßnahmen geregelt. Betroffen sind die Bestäubergruppen Bienen, Schwebfliegen, Tagfalter und Nachtfalter.

Für die Mitgliedstaaten sind Flexibilitäten hinsichtlich der Datenerhebungsmethodik, der optimalen Überwachungsstandorte, des Beobachtungszeitraums und der regionalen Umweltbedingungen vorgesehen.

Rückmeldungen sind bis zum 17.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2025 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Konsultation

Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung veröffentlicht

Am 19.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der Düngeprodukteverordnung veröffentlicht. Ziel der Konsultation ist die Überprüfung, ob die gemeinsamen Vorschriften über Sicherheits-, Qualitäts- und Kennzeichnungsanforderungen für Düngeprodukte mit CE-Kennzeichnungen funktionieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der Vereinfachung der Regelungen und der Erleichterung des Marktzugangs für Düngeprodukte.

Rückmeldungen sind bis zum 19.09.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Konsultation

EUROSTAT veröffentlicht Kennzahlen zum Einsatz von Mineraldüngern in der EU.

EUROSTAT veröffentlichte am 04.07.2025 Kennzahlen zum Einsatz von Mineraldüngern in der EU. Demnach wurden im Jahr 2023 in der EU insgesamt 9,3 Mio. t Mineraldünger (Stickstoff und Phosphor) in der Landwirtschaft eingesetzt, was einem Rückgang von 3,7 % gegenüber 2022 und einem kumulierten Rückgang von 20,5 % gegenüber dem relativen Höchststand im Jahr 2017 entspricht. Stickstoff- und Phosphordünger steigern die pflanzliche Produktion zwar erheblich, ein übermäßiger Einsatz kann jedoch zur Auswaschung von Nährstoffen führen und damit zur Umweltverschmutzung beitragen.

Der Einsatz von stickstoffhaltigen Düngemitteln in der landwirtschaftlichen Produktion der EU ging auf schätzungsweise 8,3 Mio. t im Jahr 2023 zurück, was einer Reduktion von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die meisten stickstoffhaltigen Düngemittel wurden in Frankreich (1,7 Mio. t), Polen und Deutschland (1,0 Mio. t) verwendet.

Hinsichtlich der Verwendung von Phosphordüngemitteln war ein Rückgang gegenüber der im Jahr 2022 verwendeten Menge von 2,2 % auf 0,9 Mio. t zu verzeichnen. Die Länder mit dem höchsten Einsatz von phosphorbasierten Düngemitteln in der Landwirtschaft im Jahr 2023 waren Frankreich, Polen, Deutschland, Spanien, Italien und Rumänien. Zusammen ergab der Einsatz von Phosphordüngemitteln dieser Länder fast drei Viertel des Gesamtverbrauchs in der EU.

Nachrichtenartikel

Europäischer Rat der Junglandwirte: *Peter Meedendorp* als Vorsitzender wiedergewählt

Die nationalen Delegierten des Europäischen Rates der Junglandwirte (CEJA) wählten am 02.07.2025 im Rahmen der Generalversammlung einen neuen Vorstand für die Amtszeit 2025 - 2027.

Der niederländische Junglandwirt *Peter Meedendorp* ist zusammen mit den Vizepräsidenten *Elisabeth Hidén* (SWE), *Katharina Schobersberger* (AUT), *Rūdolfs Pulkstenis* (LVA) und *Matteo Pagliarani* (ITA) für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Mit der Wiederwahl des Vorsitzes soll in unsicheren Zeiten ein deutliches

Zeichen für Kontinuität gesetzt werden. Der erneut gewählte CEJA-Vorsitz wird seine inhaltlichen Schwerpunkte bei ersten Arbeitsgruppentreffen im September vorstellen.

CEJA dient als zentrale Plattform für den Dialog zwischen Junglandwirten und europäischen Entscheidungsträgern. Sein Hauptziel besteht in der Förderung eines jüngeren und innovativeren Agrarsektors in der EU sowie in der Schaffung attraktiver Arbeits- und Lebensbedingungen für Junglandwirte.

Pressemitteilung

Europäischer Gerichtshof untersagt Nutzung von Bio-Logo für Arzneimitteltees

Mit Urteil vom 26.06.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache *C-618/23* | *SALUS* entschieden, dass ein Arzneitee, der als traditionelles pflanzliches Arzneimittel eingestuft ist, grundsätzlich nicht mit dem Bio-Logo vermarktet werden darf.

Begründet wurde dies damit, dass in diesem Fall die Regelungen für Arzneimittel anzuwenden seien, die eine derartige Kennzeichnung nicht vorsehe.

Anders sei dies nur zu bewerten, wenn eine zuständige Behörde feststelle, dass sich die ökologische Anbaumethode positiv auf die therapeutische Wirkung des Arzneimittels auswirke.

Die Firma SALUS vertreibt Arzneitees mit dem Bio-Logo. Geklagt hatte ein Wettbewerber der Firma SALUS, der der Ansicht ist, dass das Unionsrecht einer Verwendung des Bio-Logos auf der Verpackung eines Arzneimittels entgegensteht.

Pressemitteilung

STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Bayerischer Tag der Jugend in Europa

Am 14.07.2025 findet der 8. Bayerische Tag der Jugend in Europa in der Bayerischen Vertretung statt. Beim Bayerischen Tag der Jugend in Europa handelt es sich um ein Partizipationsformat auf europäischer Ebene. Hier können junge Menschen u. a. mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Kommission diskutieren. Ziel der Veranstaltung ist es, bayerische Anliegen der Jugend nach Brüssel und europäische Themen nach Bayern zu tragen und damit die außerschulische Demokratiebildung zu stärken. Im Jahr 2016 wurde der Bayerische Tag der Jugend von der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Jugendring ins Leben gerufen.

Der Bayerische Jugendring präsentiert auch in diesem Jahr ausgewählte Best-Practice-Projekte der Bayerischen Jugendarbeit, um junge Menschen mit Expertinnen und Experten aus den Europäischen Institutionen und Netzwerken ins Gespräch zu bringen und eine Plattform für ihre Anliegen und Ideen zur Zukunft der EU zu bieten.

Mitteilung

Eurostat-Statistik: Nahezu ein Viertel aller EU-Haushalte mit mindestens einem Kind

Mit 23,6 % machten Haushalte mit Kindern im Jahr 2024 nahezu ein Viertel der 202 Mio. privaten Haushalte in der EU aus. Während europaweit die Slowakei (35,6 %), Irland (31,0 %) und Zypern (28,6 %) den höchsten Anteil an Haushalten mit Kindern haben, ist der Anteil in Finnland (18 %), Litauen (19,6 %) und Deutschland (20,1 %) am niedrigsten.

In fast allen EU-Ländern waren im Jahr 2024 Haushalte mit einem Kind vorherrschend. Ungefähr die Hälfte (49,8 %) der Haushalte mit Kindern umfasste ein Kind. Der Anteil von Haushalten mit zwei Kindern betrug 37,6 %. Haushalte mit drei oder mehr Kindern waren in allen EU-Ländern am wenigsten weit verbreitet (12,6 %).

Pressemitteilung

Europäischer Globalisierungsanpassungsfond: Nach Betriebsschließung des Chipherstellers BelGaN werden entlassene Arbeitnehmer aufgefangen

Der Chiphersteller BelGaN stellte den Betrieb im Juli 2024 ein. Die Betriebsschließung führte zu einem Verlust von 417 Arbeitsplätzen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 9 % in der Stadt Oudenaarde in Ostflandern. Belgien beantragte im Februar 2025 Unterstützung im Rahmen des Europäischen Globalisierungsanpassungsfonds (EGF).

Der am 07.07.2025 angenommene Vorschlag der Kommission hat eine Förderung der durch die Betriebsschließung entlassenen 417 Arbeitnehmer durch den EGF in einem Umfang von 930.000 € zum

Gegenstand. Finanziert werden sollen hierdurch Beratungs- und Berufsorientierungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Unterstützung bei der Arbeitssuche sowie Kompetenztrainings. Nicht finanziert werden hingegen Sozialschutzmaßnahmen wie Altersrenten oder Arbeitslosengeld. Der EGF-Vorschlag bedarf nun der Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates.

Der Europäischen Globalisierungsanpassungsfond (EGF) unterstützt entlassene Arbeitnehmer und Selbstständige, die aufgrund unerwarteter und erheblicher betrieblicher Umstrukturierungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Seit 2007 wurden 709 Mio. € für die Unterstützung von mehr als 172.000 Menschen in 20 Mitgliedstaaten bereitgestellt.

Pressemitteilung
Vorschlag der Kommission bzgl. einer EGF Förderung für BelGaN

Informelles Treffen der EU-Arbeitsminister in Aalborg

Am Montag, den 07.07.2025 begann das zweitägige informelle Treffen der EU-Arbeitsministerinnen und -minister in Aalborg. Im Fokus des Treffens stehen Bemühungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Maßnahmen zur Gewährleistung einer freien und fairen Arbeitskräftemobilität in der EU. Die Diskussionen in Aalborg werden Grundlage für das künftige Mobilitätspaket der Kommission sein, welches für 2026 geplant ist.

In der ersten Plenarsitzung am 07.07.2025 hob die dänische Arbeitsministerin *Ane Halsboe-Jørgensen* in ihrem Begrüßungswort das Ziel der Ratspräsidentschaft hervor, die Kommission in ihren Bestrebungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas zu unterstützen. Mit Bezug auf die Arbeitskräftemobilität führte sie aus, dass ein Schutz sowohl der in das Ausland ziehenden Arbeitnehmer als auch des nationalen Arbeitsmarktes angestrebt wird.

Esther Lynch, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, wies hinsichtlich der Bedeutung von fairer Arbeitskräftemobilität darauf hin, dass Gastarbeitern die gleichen Rechte und Ansprüche zukommen müssen wie inländischen Arbeitnehmern. Die Realität sei jedoch vor allem in der Landwirtschaft, im Bauwesen, im Gastgewerbe und im Transportwesen eine andere.

Im Rahmen des Redebeitrages des früheren italienischen Premierministers *Enrico Letta* sprachen die Minister über die Nachteile der Arbeitskräftemobilität. In diesem Zusammenhang war auch das – derzeit in Dänemark getestete – Projekt eines Europäischen Sozialausweises Gegenstand der Diskussion.

Die zweite Plenarsitzung am 08.07.2025 hatte die Wettbewerbsfähigkeit im Beschäftigungsbereich, insbesondere durch Arbeitsgesetzgebung, zum Thema. Dabei wurden als Schlüsselelemente ein kontinuierlicher Fokus auf Investitionen in Kompetenzen zur Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte sowie ein gemeinsames Engagement für eine einfache und effiziente EU-Regulierung ohne unnötigen Verwaltungsaufwand hervorgehoben. Als Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit wurden u. a. die Vorschriften zur Arbeitszeit und zur Lohnindexierung identifiziert.

Programm des informellen Treffens der Arbeitsministerinnen und -minister
Pressemitteilung

Europa hört zu: Der Jugendbeirat der Präsidentin der Europäischen Kommission nimmt seine Arbeit auf

Der Jugendbeirat der Präsidentin der Europäischen Kommission wurde offiziell ins Leben gerufen. Er setzt sich aus 28 jungen Vertreterinnen und Vertretern zusammen: jeweils aus einer Vertreterin bzw. einem Vertreter eines nationalen Jugendrates jedes Mitgliedstaates sowie aus einer Vertreterin bzw. einem Vertreter des Europäischen Jugendforums. Aufgabe des Jugendbeirats ist die Beratung der Kommission zu Maßnahmen, die für die Lebenswirklichkeit junger Menschen relevant sind.

Der Jugendbeirat der Präsidentin soll mit verschiedenen politischen Initiativen der Union zusammenwirken und so für Kohärenz und Komplementarität zwischen diesen Initiativen sorgen. Ziel ist es, junge Menschen direkt in die EU-Politikgestaltung einzubeziehen und ihre Anliegen hörbar zu machen.

Die Einführung des Jugendbeirats geht auf die politischen Leitlinien für 2024 - 2029 der Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* sowie auf den Beschluss der Kommission vom 25.06.2025 zurück.

Pressemitteilung
Beschluss der Kommission

Kommunal- und Regionalpolitiker warnen vor kurzfristiger Ausrichtung der EU-Politik

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 02.07.2025 eine Stellungnahme verabschiedet, in der lokale und regionale Entscheidungsträger fordern, junge Menschen und künftige Generationen besser vor kurzfristig orientierter Politik zu schützen. Seitens des AdR wird zu einer stärkeren Berücksichtigung der Jugendperspektive und Generationengerechtigkeit gemahnt.

Konkret wird auf die Notwendigkeit jugendpolitischer Maßnahmen hingewiesen, die auf die Gegebenheiten im ländlichen Raum und in Randgebieten zugeschnitten sind. Für die Verwirklichung einer Generationengerechtigkeit sei eine langfristige und nachhaltige Politik in den Bereichen Finanzen, Umwelt und soziale Fürsorge notwendig. Teil dieser Politik müsse ein Wirtschaftsmodell der EU sein, welches Generationsgerechtigkeit widerspiegele. Hierunter fiele auch eine Reform der Rente sowie ein gerechtes Steuersystem, welches die Auswirkungen auf junge Generationen berücksichtige.

In diesem Zusammenhang erinnert der AdR an seine Empfehlung, das Wahlalter bei Kommunal- und Regionalwahlen auf 16 Jahre zu senken.

Pressemitteilung

Exekutivvizepräsidentin *Roxana Mînzatu* hat das Stakeholder-Forum zur digitalen Bildung 2025 eröffnet

Das Digital Education Stakeholder Forum 2025 brachte rund 250 Teilnehmer aus der allgemeinen und beruflichen Bildung zusammen. Lehrkräfte, Studierende, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger diskutierten über Europas digitales Potenzial im Bildungsbereich. Die Diskussionen stützten sich auf die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans für digitale Bildung (2021 - 2027) und konzentrierten sich auf die Integration von künstlicher Intelligenz in die Bildung, die Förderung digitaler Kompetenzen und die ethischen Herausforderungen durch neue Technologien.

Roxana Mînzatu, Exekutivvizepräsidentin für soziale Rechte und Qualifikationen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge, eröffnete die Veranstaltung in Brüssel: „Wir müssen die Lücke zwischen den digitalen Fähigkeiten der europäischen Bürger und den Anforderungen des heutigen Arbeitsmarktes schließen."

Das Forum wird in den Fahrplan 2030 für die Zukunft der digitalen Bildung und Kompetenzen einfließen, der noch in diesem Jahr erwartet wird.

Sitzungen des Forums

Der European Accessibility Act ist in Kraft

Am 28.06.2025 ist in der EU der European Accessibility Act (EAA) in Kraft getreten. Wichtige Produkte und Dienstleistungen wie Telefone, Computer, Bankdienstleistungen und elektronische Kommunikation müssen nun für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein.

Der EAA ist ein Schritt, um Barrieren abzubauen, mit denen Menschen mit Behinderungen täglich konfrontiert sind. Ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft soll erleichtert werden. Außerdem trägt der EAA zu einer größeren Mobilität bei, weil das Niveau der Barrierefreiheit in der gesamten EU ähnlich sein wird.

Der Rechtsakt legt EU-weit einheitliche Anforderungen an die Zugänglichkeit ausgewählter Produkte und Dienstleistungen fest, zum Beispiel angemessene Schriftgrößen oder Text-to-Speech-Funktionen in Selbstbedienungszahlungsautomaten oder Smartphones. So werden auch die Vorschriften für die Wirtschaftsakteure vereinfacht und vereinheitlicht.

Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten durch regelmäßige Treffen mit den nationalen Kontaktstellen, um länderspezifische Fragen zu klären.

Mitteilung

Hochrangige Veranstaltung der Europäischen Allianz für Lehrlingsausbildung in Brüssel

Am 30.06.2025 hat *Roxana Mînzatu*, Exekutivvizepräsidentin für soziale Rechte und Qualifikationen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge, die jährliche hochrangige Veranstaltung der Europäischen Allianz für Lehrlingsausbildung (EAfA) eröffnet, die bis zum 01.07.2025 in Brüssel stattfand. Es wurde untersucht, wie die

Lehrlingsausbildung die Umsetzung der Union der Kompetenzen und des Clean Industrial Deal unterstützen kann.

Mînzatu rief auf der Veranstaltung außerdem zum Handeln auf, um die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen in MINT-Bereichen (Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik) zu verbessern. Dies ist Teil der Initiative „Girls go STEM“, mit der im Rahmen des EU-Strategieplans für MINT-Bildung bis 2028 eine Mio. Mädchen ausgebildet werden sollen. Es wurden auch Elemente der kommenden Berufsbildungsstrategie vorgestellt und neue EAfA-Mitglieder begrüßt.

Mitteilung

Neue Methode der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Bewertung der Beeinträchtigung von Berufen durch die Einführung von KI

Eine von der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Kommission entwickelte Methode ermöglicht es zu bewerten, welche Berufe am ehesten von künstlicher Intelligenz betroffen sein werden.

Die GFS hat einen „KI-Expositions-Score“ erstellt, der aufzeigt, welche Berufe anfälliger für Störungen oder Veränderungen durch die Weiterentwicklung von KI-Systemen sind. Die Analyse zeigt eine klare Kluft: Berufe, die auf Verständnis, dem Auffinden relevanter Informationen und abstraktem Denken beruhen (z. B. Ingenieure, Lehrer und Politiker) sind der KI weitaus stärker ausgesetzt als Berufe, die manuelle und körperliche Arbeit erfordern (z. B. Reinigungskräfte oder Bauarbeiter).

Ein hohes Maß an KI bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass Arbeitsplätze verschwinden werden, aber dass sich ihr Inhalt erheblich verändern könnte. Statt ganze Berufe zu ersetzen, kann die KI eher bestimmte Aufgaben übernehmen.

Die GFS unterstreicht, dass dieser Wandel eine doppelte politische Antwort erfordert. Die Bildungssysteme müssen die Arbeitnehmer nicht nur für die Nutzung von KI-Tools ausrüsten sondern auch für deren Ergänzung, indem sie die menschlichen Stärken wie emotionale Intelligenz, Kommunikation und komplexes Urteilsvermögen stärken.

Studie der GFS

Kommissar *Micallef* hält ersten Umsetzungsdialog über die jugendpolitische Toolbox

Am 26.06.2025 fand der erste Umsetzungsdialog über die jugendpolitische Toolbox der EU statt. Der Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, *Glenn Micallef*, und Vertreter von Interessengruppen der europäischen Jugend haben daran teilgenommen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Instrumente und Programme der EU-Politik für junge Menschen, einschließlich des Feedbacks zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019 - 2027. Darüber hinaus wurden

Erfahrungen zur gestärkten Wirkung von Erasmus+ Jugend und des Europäischen Solidaritätskorps in diesem Programmplanungszeitraum geteilt.

Der Dialog ergänzt die laufenden Bemühungen zur Förderung der Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung der EU-Politik, darunter der EU-Jugenddialog, die EU-Interessengruppe Jugend und die 27 jährlichen jugendpolitischen Dialoge mit allen Kommissaren. Die Umsetzungsdialoge wurden im Frühjahr 2025 als neues Instrument für ein direktes Feedback zur Umsetzung der EU-Politik eingeführt. Die Kommissare veranstalten diese zweimal im Jahr.

Mitteilung

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION

Stärkung der Krisenbereitschaft und Gesundheitssicherheit: Neue EU-Strategien vorgestellt

Am 09.07.2025 hat die Kommission die Strategie zur Unterstützung medizinischer Gegenmaßnahmen gegen Gefahren für die öffentliche Gesundheit (Strategy to support medical countermeasures against public health threats) vorgelegt.

Die Strategie ist Teil der Bemühungen der EU, die Gesundheitssicherheit zu stärken. Ziel ist es, die EU umfassend auf künftige Gesundheitskrisen vorzubereiten – von Pandemien über antimikrobielle Resistenzen bis hin zu chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN-) Bedrohungen. Dazu sollen die Entwicklung, Produktion, Verfügbarkeit und der Zugang zu lebensrettenden medizinischen Produkten wie Impfstoffen, Antibiotika, antiviralen Mitteln und Diagnostika gestärkt werden.

Die Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen wurde zusammen mit der EU-Bevorratungsstrategie (EU Stockpiling Strategy) veröffentlicht. Sie sind zwei der wichtigsten Maßnahmen, die in der im März 2025 angenommenen Preparedness Union Strategy angekündigt wurden und basieren auf den Empfehlungen des sogenannten *Niinistö*-Berichts.

Zu den wichtigsten Maßnahmen der Strategie gehören:

- Weiterentwicklung von Grippeimpfstoffen der nächsten Generation, neue Antibiotika für antimikrobielle Resistenzen, antivirale Mittel für vektorübertragene Krankheiten und Verbesserung des Zugangs zu CBRN-Gegenmaßnahmen.
- Förderung von Erkenntnissen und Überwachung durch die Erstellung einer EU-Liste vorrangiger medizinischer Gegenmaßnahmen, von Vorsorgefahrplänen und von EU/globalen Abwasser-Sentinel-Systemen.
- Beschleunigung der Innovation über den Medical Countermeasures Accelerator, F&E-Hubs und Erweiterung des HERA Invest-Programms.
- Sicherstellen einer skalierbaren Produktion durch die ständig warme Kapazität der EU-FAB und die neue RAMP UP-Partnerschaft.
- Verbesserung des Zugangs zu und des Einsatzes von Arzneimitteln durch gemeinsame Beschaffung und Unterstützung gebrauchsfertiger Labore.
- Stärkung der globalen Zusammenarbeit und der sektorübergreifenden Zusammenarbeit, einschließlich zivil-militärischer Vorsorge, öffentlich-privater Bemühungen, Bürgerbereitschaft und Investitionen in Arbeitskräfte.

A Medical Countermeasures Strategy - European Commission
Pressemitteilung
Fragen & Antworten
HERA-Invest-Programm

Neue Strategie für Biowissenschaften

Die Kommission hat am 02.07.2025 eine Strategie vorgestellt, die Europa bis 2030 an die Spitze der Innovation in den Biowissenschaften bringen und innovative Therapien den europäischen Patienten schneller zur Verfügung stellen soll. Die Strategie, die mit mehr als 10 Mrd. € jährlich aus dem laufenden EU-Haushalt unterstützt wird, sieht einen koordinierten Ansatz für die gesamte Wertschöpfungskette der Biowissenschaften vor. Ziel ist es, die Innovation zu beschleunigen, den Marktzugang zu erleichtern und das Vertrauen der Öffentlichkeit in neue Technologien zu stärken.

In der Strategie werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Optimierung des Forschungs- und Innovationsökosystems

Die Kommission will einen EU-Investitionsplan vorlegen, um die Finanzierung grenzüberschreitender klinischer Studien zu erleichtern und die europäischen Infrastrukturen für klinische Forschung zu stärken. Im Rahmen der Strategie wird zudem das „One Health"-Konzept in Forschung und Innovation gezielt gefördert. Bis zu 100 Mio € sollen aus den Arbeitsprogrammen 2026 - 2027 von Horizont Europa für die Entwicklung und Anwendung mikrobiombasierter Lösungen gefördert werden. Zusätzlich sind 250 Mio. € für sektorübergreifende Life-Science-Technologien vorgesehen, um die Entwicklung innovativer Produkte zu fördern, die industrielle Innovation und Nachhaltigkeit vorantreiben – darunter neue Wirkstoffansätze, neuartige Moleküle, fortschrittliche Materialien sowie eine effizientere biobasierte Produktion

- Schneller Marktzugang für Innovationen im Bereich der Biowissenschaften

Um den Marktzugang für Innovationen im Bereich der Biowissenschaften zu beschleunigen, wird die Kommission ein EU-Biotech-Gesetz vorschlagen, das einen innovationsfreundlicheren Rahmen für alle Biotech-Sektoren schaffen wird. Die Kommission wird außerdem eine Matchmaking-Plattform einrichten, um Start-ups, Industrie und Investoren miteinander zu verbinden, wobei sie sich das Portfolio des Europäischen Innovationsrats und sein Netzwerk vertrauenswürdiger Investoren zunutze machen wird.

- Stärkung des Vertrauens, der Akzeptanz und der Nutzung von Innovationen

Die Kommission wird 300 Mio. € bereitstellen, um Innovationen in Bereichen wie Anpassung an den Klimawandel, Impfstoffe der nächsten Generation und erschwingliche Lösungen für die Krebsbekämpfung zu fördern. Die Kommission wird außerdem eine Koordinierungsgruppe für Biowissenschaften einrichten, um die Politik und die Finanzierung sektorübergreifend aufeinander abzustimmen und die Zusammenarbeit mit wichtigen Interessengruppen, darunter Industrie und Bürger, zu unterstützen.

Pressemitteilung

Rat fordert Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter

Der Rat billigte am 20.06.2025 Schlussfolgerungen zur Förderung und zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter. In den Schlussfolgerungen drängt der Rat auf Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche digitale Instrumente auf sichere und gesunde Weise nutzen können, ohne ihre psychische Gesundheit zu gefährden. Diese Maßnahmen beinhalten Folgendes:

- Enge Zusammenarbeit mit wichtigen Interessenträgern, um ein sichereres digitales Umfeld zu schaffen – insbesondere mit der Digitalindustrie, aber auch mit politischen Entscheidungsträgern, lokalen Gebietskörperschaften, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern, Lehrkräften und Familienmitgliedern;
- Sensibilisierung von Eltern, Betreuungspersonen und Lehrkräften für die Risiken des digitalen Umfelds und die Vorteile eines späteren Zugangs zu digitalen Tools oder einer schrittweisen Einführung in einem angemessenen Alter;
- Kampagnen zu Medienkompetenz und digitalen Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen, um sie dabei zu unterstützen, mehr Widerstandsfähigkeit zu entwickeln und mit Gefahren wie Cybermobbing und Online-Desinformation umzugehen;
- Besseres Design digitaler Erzeugnisse, um Datenschutz und Sicherheit zu fördern und junge Nutzerinnen und Nutzer vor Manipulation oder Risiken, die sich auf ihr Wohlergehen und ihre psychische Gesundheit auswirken, zu schützen;
- Verbesserung von Meldemechanismen zur Bekämpfung von sexueller Ausbeutung im Internet und Ermutigung von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen, unangemessenes Verhalten oder schädliche Inhalte zu melden.

Die psychische Gesundheit junger Menschen war eine der zentralen Prioritäten des polnischen Ratsvorsitzes.

Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung und zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Digitalzeitalter.

Pressemitteilung
Ratsschlussfolgerungen
Erläuterungen

Aussprache des Rates der EU zum Gesetz über kritische Arzneimittel

Der EU-Gesundheitsministerrat hat am 20.06.2025 eine Orientierungsaussprache zum vorgeschlagenen Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln (Critical Medicines Act - CMA) geführt. Ziel dieser Verordnung ist es, die

Produktion und Verfügbarkeit kritischer Arzneimittel innerhalb der EU zu stärken – insbesondere vor dem Hintergrund gravierender Engpässe bei Medikamenten wie Antibiotika, Insulin und Schmerzmitteln.

Insgesamt äußerten sich die Ministerinnen und Minister positiv zu der CMA-Verordnung, wobei sich viele darin einig waren, dass Engpässe bei Arzneimitteln angegangen werden müssen, insbesondere im Kontext des allgemeinen Sicherheitsrahmens. Zu den besonders hervorgehobenen Elementen zählten die Einführung strategischer Projekte und die gemeinsame Beschaffung kritischer Arzneimittel und Arzneimittel von gemeinsamem Interesse. Einige Mitgliedstaaten äußerten Zweifel an der Finanzierung der neuen Maßnahmen, wobei viele eine Finanzierung auf EU-Ebene forderten. Weitere angesprochene Punkte waren die Notwendigkeit einer Feinabstimmung der Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, ohne Eingriff in die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung
Lenkungsvermerk des Vorsitzes

Austausch des Rates der EU über EU-Maßnahmen zur Prävention, einschließlich der Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums

Am 20.06.2025 führte der EU-Gesundheitsministerrat einen Gedankenaustausch über politische und rechtliche Maßnahmen zur Prävention und Verringerung des Konsums von Tabak, verwandten Erzeugnissen und Alkohol. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Prioritäten der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie konkrete Vorschläge zur Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit bei Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung.

Mehrere Ministerinnen und Minister sprachen sich dafür aus, der Überarbeitung der EU-Tabakvorschriften Vorrang einzuräumen. Der Rat begrüßte zudem die Zusage der Kommission, einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu entwickeln. Ein zentrales Anliegen vieler Mitgliedstaaten war der Schutz von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Verfügbarkeit und Attraktivität neuartiger Tabakprodukte und alkoholischer Getränke.

Pressemitteilung
Lenkungsvermerk des Vorsitzes

Beschaffung von Medizinprodukten aus China eingeschränkt

Am 20.06.2025 hat die Kommission einen Beschluss verkündet, nachdem bei Käufen von Medizinprodukten im Rahmen öffentlicher Aufträge ab einem Wert von mehr als 5 Mio. € künftig chinesische Hersteller ausgeschlossen sind. Die Kommission verfolgt damit das Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen aus der EU zu schaffen. Die Maßnahme ist als Reaktion auf den langjährigen Ausschluss europäischer Medizinprodukte von chinesischen Regierungsaufträgen. Ausgenommen sind dabei Produkte, für die keine Alternative verfügbar ist.

Beschaffung von Medizinprodukten: Kommission schränkt chinesische Beteiligung ein - Kommission

STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Kommission stellt Quantenstrategie vor

Die Kommission hat am 02.07.2025 die EU-Strategie für Quantentechnologie vorgestellt. Ziel ist es, ein widerstandsfähiges und souveränes Quantenökosystem in Europa aufzubauen, das u. a. Start-ups fördert und wissenschaftliche Erkenntnisse in marktreife Anwendungen überführt. Bis 2030 soll die EU weltweit führend im Quantenbereich sein. Die Kommission plant unter anderem die Forschungsinitiative Quantum Europe, den Aufbau von Pilotanlagen für Quantenchips und das Quanten-Internet sowie die Gründung einer Europäischen Akademie für Quantenkompetenzen. Zudem entwickelt sie gemeinsam mit der Europäischen Weltraumorganisation einen Fahrplan für Quantentechnologie im All. Die Strategie sieht eine Vielzahl an Maßnahmen zu deren Umsetzung vor. Der erste Entwurf einer Quanten-Verordnung ist für 2026 angekündigt.

Pressemitteilung der Kommission
EU Quantenstrategie

Kommission bereitet Aufbau von KI-Gigafactories vor

Die Kommission will Europa zum führenden KI-Kontinent machen und plant Investitionen in Höhe von 20 Mrd. € in zunächst fünf sogenannte Gigafactories. Diese sollen auf dem EuroHPC-Supercomputing-Netzwerk aufbauen und das Konzept der KI-Fabriken weiterentwickeln. Um frühzeitig relevante Akteure zu identifizieren, hat die Kommission einen Aufruf zur Interessenbekundung gestartet. Bis zum Fristende am 20.06.2025 gingen 76 Rückmeldungen aus 16 Mitgliedstaaten ein, darunter sechs aus Deutschland – unter anderem von Telekom, Ionos, Schwarz Digits, Silicon Saxony sowie aus Bayern mit dem Projekt „Blue Swan“. Die Kommission wertet das große Interesse als Beleg für die Dynamik im Bereich KI. Im 4. Quartal 2025 soll eine offizielle Ausschreibung über das Gemeinsame Unternehmen EuroHPC folgen. Ob mehr als fünf Gigafactories gefördert werden, ist noch offen.

Pressemitteilung der Kommission

Kommission startet Überprüfung des Digital Markets Act

Die Kommission hat am 03.07.2025 eine öffentliche Konsultation zur ersten Überprüfung des Digital Markets Act (DMA) gestartet. Ziel ist es, die bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung des DMA zu bewerten und mögliche Anpassungen zu identifizieren. Die Konsultation richtet sich an alle relevanten Akteure, darunter Unternehmen, Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Beiträge können bis zum 24.09.2025 eingereicht werden.

Konsultation der Kommission

Rat fordert gezielte Maßnahmen für Gleichstellung im KI-Zeitalter

Der Rat hat am 19.06.2025 Schlussfolgerungen verabschiedet, in denen er gezielte Anstrengungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im digitalen und KI-geprägten Zeitalter fordert. Er betont die Notwendigkeit, bestehende Ungleichheiten zu beseitigen, den Zugang von Frauen zu digitalen Kompetenzen zu verbessern und ihre Teilhabe an der Entwicklung und Nutzung von KI-Systemen zu stärken. Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollen entsprechende Maßnahmen in Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt und Regulierung vorantreiben.

Pressemitteilung des Rats

Debatte um Altersverifikation in sozialen Netzwerken

Die dänische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, das Thema Minderjährigenschutz im digitalen Raum aufzugreifen. Im Zentrum steht die mögliche Einführung einer verpflichtenden Altersverifikation für den Zugang zu sozialen Netzwerken. Die Initiative, ursprünglich von Frankreich angestoßen, erfährt von mehreren Mitgliedsstatten Zustimmung.

Mit Verweis auf die Bedeutung von Medienkompetenz und elterlicher Verantwortung stößt die Initiative auf Vorbehalte, u.a. aus Bayern.

Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft

Maßnahmen gegen Desinformation großer Plattformen evaluiert

Das European Digital Media Observatory (EDMO) hat im Juli 2025 eine Analyse zur Umsetzung des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation durch sehr große Online-Plattformen (VLOPs) veröffentlicht. Der Kodex ist ein freiwilliges Instrument, mit dem Plattformen wie Meta, Google oder TikTok Maßnahmen gegen Desinformation ergreifen sollen – etwa durch Faktenchecks, Transparenz bei Werbung oder die Förderung von Medienkompetenz. Die aktuelle Bewertung zeigt, dass die Umsetzung bislang lückenhaft ist: Viele Plattformen berichten unvollständig, setzen Maßnahmen uneinheitlich um oder liefern keine belastbaren Daten zur Wirksamkeit. Besonders kritisch sieht EDMO die mangelnde Kooperation mit unabhängigen Prüfinstanzen und die unzureichende Unterstützung lokaler Faktenchecker.

Bericht der EDMO

Code of Practice für General-Purpose AI übergeben

Am 10.07.2025 hat eine Expertengruppe der Kommission den Code of Practice (Praxisleitfaden) für General-Purpose AI (GPAI) übergeben. Dieser soll GPAI-Anbietern eine Möglichkeit bieten, die Einhaltung der KI-Verordnung (KI-VO) vereinfacht nachzuweisen. Nach Überprüfung durch die Kommission kann der Code of Practice per Durchführungsrechtsakt genehmigt und ihm unionsweite Gültigkeit verliehen werden. Die

Veröffentlichung erfolgte später als ursprünglich geplant – der Code of Practice hätte bereits am 02.05.2025 vorliegen sollen. Er wurde unter Beteiligung von über 1.000 Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft entwickelt und umfasst die Themen Transparenz, Urheberrecht sowie Sicherheit bei Modellen mit systemischem Risiko. Für bayerische Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups – bietet der Code of Practice eine Orientierung zur Umsetzung der neuen Vorgaben und kann den administrativen Aufwand reduzieren.

Pressemitteilung der Kommission
Code of Practice
Q&A der Kommission